

# WELT-SICHTEN

Magazin für globale Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit



## Idealismus und Karriere

Arbeiten in internationalen Organisationen

**KREDITVERGABE:** Wie die Weltbank dem Klima schadet | **CORONA IN**

**BRASILien:** Kliniken am Amazonas | **CÔTE D'IVOIRE:** Wettbewerb der alten Männer

# NO ZEITUNG FOR OLD MEN.

*„It's 2020, baby!“*



**Ab sofort mit noch mehr Links.**

Die neue taz App fürs Telefon. Jetzt laden  
und 6 Wochen kostenlos testen.



taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



**KEINE ANGST  
VOR NIEMAND**



**Barbara Erbe**  
Redakteurin

### *Liebe Leserinnen und Leser,*

„Mich hat immer der Wunsch angetrieben, anderen zu helfen“, sagt Ludmilla Guimarães Abreu, die für die brasilianische Kinderpastoral in Mosambik arbeitet. Sie fasst damit in Worte, was viele antreibt, die in internationalen Organisationen arbeiten, ob staatlich oder nichtstaatlich. Welche Kenntnisse und Eigenschaften diese Menschen über ihren Idealismus hinaus mitbringen, habe ich bei meinen Recherchen zu den Einstiegsmöglichkeiten in das Berufsfeld der internationalen Zusammenarbeit erfahren. Die Anforderungen an Fachkenntnis, Flexibilität und persönliches Engagement sind hoch, aber die Arbeitsverhältnisse für „Einsteiger“ oft über Jahre prekär.

Und die Praxis stimmt dann nicht immer mit Idealen wie Gleichberechtigung überein. Schließlich sind auch Hilfswerke und UN-Organisationen Teil von Gesellschaften, in denen es rassistische und sexistische Diskriminierung gibt. Bettina Rühl zeigt am Beispiel des Personals in Nairobi, wie Herkunft und Hautfarbe nach wie vor das Gehalt und die Karrierechancen von Menschen mitbestimmen, die für die UN oder globale NGOs

arbeiten. Zwischen Beschäftigten aus verschiedenen Gruppen gibt es kaum sozialen Austausch. Mehr gelebte Diversität täte auch hierzulande den Entwicklungsorganisationen gut, betont Boniface Mabanza von der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) im Gespräch mit meinem Kollegen Moritz Elliesen: Sie

würde die Sensibilität für viele Projekte und Projektländer verbessern. Meine Kollegin Melanie Kräuter hat sich angeschaut, was die Skandale um sexistische Vorfälle in internationalen Organisationen verändert haben; sie betont, wie wichtig zugängliche, unabhängige Beschwerdemechanismen sind, um sexuellen Missbrauch wirksam anzugehen.

### *Die Praxis in den Organisationen stimmt nicht immer mit Idealen wie Gleichberechtigung überein.*

Westafrika ist diesmal ein Fokus der Welt-Blicke: Wir analysieren den Putsch in Mali und die Krise in der Côte d'Ivoire – hier strebt Präsident Alassane Ouattara entgegen der Verfassung eine dritte Amtszeit an. Und Bernard Schmid schildert, wie west- und zentralafrikanische Staaten eine von Frankreich unabhängige Geldpolitik schaffen und die aus der Kolonialzeit stammende Währung ersetzen wollen. In allen drei Fällen geht es auch darum, welche Rolle Europa spielen kann und soll.

Eine aufschlussreiche Lektüre wünscht

*Barbara Erbe*



12

Auch in stressigen Situationen die Kontrolle behalten: Die Chefin des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR auf Lesbos, Astrid Castelein, koordiniert im November 2019 die Evakuierung von 800 Flüchtlingen aus dem Lager Moria. Internationale Hilfs- und Entwicklungsorganisationen erwarten viel von ihren Mitarbeitenden – und manchmal fallen sie bei der Behandlung der eigenen Angestellten hinter ihre idealistischen Ansprüche zurück.

MURAT TUEREMIS/LAIF

## ► Titelthemen

Ein Teil der Auflage enthält Beilagen des „Philosophie-Magazins“, der Gesellschaft für bedrohte Völker e.V., das Dossier „Im Einsatz für globale Nachhaltigkeit“ und eine Bestellkarte von **WELT-SICHTEN**.



ENGAGEMENT GLOBAL/MARTIN MAGUNIA

Eine Expertin mit Migrationsbezug berät Kommunen in entwicklungspolitischen Fragen. Mehr Diversität würde deutschen Entwicklungsorganisationen guttun.

22

## SCHWERPUNKT: INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

- **12 „Man muss Unsicherheit aushalten können“**  
Hilfs- und Entwicklungsorganisationen stellen hohe Ansprüche an ihre Nachwuchskräfte  
Barbara Erbe
- 17 Oben die Weißen, unten die Schwarzen**  
In Nairobi entscheiden Herkunft und Hautfarbe manchmal über Gehalt und Karriere in internationalen Organisationen  
Bettina Rühl
- 20 Teil einer globalen Gemeinschaft**  
Mitarbeitende von Hilfsorganisationen aus dem Süden erzählen, wofür sie sich einsetzen
- 22 „Manchmal wurde ich nur eingeladen, weil ich schwarz bin“**  
Gespräch mit Boniface Mabanza von der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika über Rassismus und Diversität in der deutschen Entwicklungsszene
- 25 Die Kontrolle von außen kommt zu kurz**  
Sexuelle Übergriffe von UN-Personal werden selten strafrechtlich verfolgt  
Melanie Kräuter
- 26 Mit Abstand schützen**  
Freiwillige der Peace Brigades International sollen sich nicht in Politik einmischen. Das ist manchmal schwer auszuhalten  
Stephan Kroener
- 28 Corona ist auch eine Chance**  
Die Covid-19-Pandemie verändert die Arbeit in Hilfs- und Entwicklungsorganisationen  
Moritz Elliesen



40

Begräbnis eines an Covid-19 verstorbenen indigenen Chiefs in Manaus, Brasilien. Gemeinsam mit Ärzten und Hilfsorganisationen versuchen Indigene sich vor dem Coronavirus zu schützen.

## WELT-BLICHE

- ▶ **32 Côte d'Ivoire: Wettbewerb der alten Männer**  
Nach dem Tod seines Wunschnachfolgers strebt Präsident Alassane Ouattara eine dritte Amtszeit an  
Marco Bocchese
- 35 Westafrika: Langer Abschied von Frankreichs Währung**  
Die aus der Kolonialzeit stammende Währung Franc CFA steht vor dem Aus  
Bernard Schmid
- 38 Mali: „Der Frust im Militär sitzt tief“**  
Gespräch mit dem malischen Rechtswissenschaftler Youssouf Coulibaly über die Ursachen und Folgen des jüngsten Putsches
- ▶ **40 Brasilien: Kliniken am Amazonas**  
Hilfsorganisation und Ärzte versuchen Indigene vor dem Coronavirus zu schützen  
Sarah Fernandes
- 43 Chile: Christen im Aufruhr**  
Kirchen und Gemeinden ringen um eine Haltung zu den gewalttätigen Protesten  
Christoph Eibach

## STANDPUNKTE

### 6 Auftakt

- ▶ **8 Kommentar:** Keine Finanzspritzen für die Ölkonzerne! Die Weltbank redet von einem grünen Aufschwung, doch das ist wenig glaubwürdig  
Heike Mainhardt
- 10 Kommentar:** Theoretisch gut, doch politisch naiv. Der Plan, die Hälfte der Landfläche unter Naturschutz zu stellen, ist machtpolitisch blind  
Bernd Ludermann
- 11 Leitartikel:** Stärkt die Frauen und hört auf sie. Die Corona-Pandemie verschärft bestehende Ungleichheiten. Das muss nicht so sein  
Melanie Kräuter

## BEWEGUNGSMELDER

- 30 Herausgeberkolumne:** Ernährungssicherheit mit Selbstversorgung  
Bernd Nilles
- 30 Fünf Fragen an:** Matthias Fiedler, Geschäftsführer des Forums Fairer Handel

## JOURNAL

- 46 Britische Entwicklungspolitik:** Neuer Start mit neuem Ministerium?
- 47 Berlin:** Gesetz für mehr Fairness im Lebensmittelhandel
- 50 Brüssel:** Kritik an EU-Rückkehrerprogramm
- 52 Schweiz:** Referendum soll Handelsvertrag mit Indonesien stoppen
- 52 Österreich:** Auch nach dem Brand auf Lesbos ist eine liberale Flüchtlingspolitik nicht in Sicht
- 55 Kirche und Ökumene:** Simbabwe Regierung diffamiert katholische Bischöfe
- 56 Global Lokal:** Interview zu entwicklungspolitischer Bildungsarbeit
- 57 Personalien**

## SERVICE

- 58 Filmkritik**
- 59 Rezensionen**
- 66 Kulturtipp / Impressum**



THOMAS PLASSMANN

## KURZ ERKLÄRT

## Auf dem Weg zum nachhaltig produzierten Autoreifen?



**Michael Radke**  
ist beim  
Reifenhersteller  
Continental  
zuständig für  
nachhaltige  
Beschaffung und  
Lieferketten.

Der Reifenhersteller Continental und das Bundesentwicklungsministerium wollen in einem gemeinsamen Pilotprojekt die Lieferkette für Kautschuk von einer Plantage in Indonesien bis zum fertigen Reifen nachvollziehbar machen. Wie funktioniert das?

Wir wählen zusammen mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit Bauern aus, die dabei mitmachen wollen. Die kriegen ein Training in nachhaltigem Anbau, ihre Farm wird vermessen und kartografiert und der Bauer erhält eine Chipkarte, auf der die Daten registriert sind. Wir wissen dann genau, wie groß die Farm ist und wie viele Bäume auf ihr stehen. Der Bauer zapft den Kautschuk, trocknet und sammelt ihn gemäß den Trainings der GIZ und bringt ihn

zu einem von uns betriebenen Lager.

Und dann?

Dort zeigt er seine Karte, der Kautschuk wird gewogen und registriert, der Bauer wird ausbezahlt. Ein Kleinbauer bringt zwischen 10 und 30 Kilo Kautschuk. Wenn genug da ist, sagen wir eine Lkw-Ladung von fünf Tonnen, wird der Kautschuk zu weiterverarbeitenden Firmen geliefert. Dort wird er erneut registriert und verbucht. Nach der Verarbeitung wird der Kautschuk für den Transport an eines unserer Werke verladen.

Die Lieferkette in diesem Pilotprojekt hat also drei Stufen?

Richtig. So können wir sicherstellen, dass die Bauern den Preis kriegen, den sie erzielen würden, wenn

sie direkt an die verarbeitenden Betriebe liefern. Normalerweise gibt es viele Zwischenhändler, so dass die Bauern einen geringeren Betrag erhalten.

Wie kann im verarbeitenden Betrieb verhindert werden, dass der Kautschuk aus Ihrem Pilotprojekt mit solchem aus anderen Quellen vermischt wird?

Eine vollständige Trennung ist noch nicht möglich. In den verarbeitenden Betrieben werden pro Schicht bis zu hundert Tonnen Kautschuk verarbeitet: So viel müssten wir liefern, um eine vollständige Trennung hinzukriegen.

Was bringt die Rückverfolgbarkeit, wenn Sie dem Verbraucher nicht zusagen können, dass ein Reifen nachweislich aus hundert Prozent nach-

## Reife Leistung

*„Wenn ich am Bahnhof an Plakaten der Welthungerhilfe oder von Save the Children vorbeilaufe, sehe ich darin eine der Quellen des abwertenden Blickes, der mich und alle schwarzen Menschen in Deutschland sehr oft begleitet.“*

Boniface Mabanza von der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika über Rassismus in der deutschen Entwicklungsszene (Seite 22).

Der österreichische Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) ist ein echter Menschenfreund. Er weiß aber auch, dass man es den Leuten nicht zu gemütlich machen darf. Zelte und Decken versprach er den 13.000 Flüchtlingen, die nach dem Brand des Lagers Moria im September auf der griechischen Insel Lesbos umhergeirrt sind. Er hält aber gar nichts davon, die Geflüchteten auf die EU-Mitgliedsstaaten zu verteilen. Wenn man jetzt evakuiert, sei das Lager nach ein paar Monaten ohnehin wieder voll, sagte der einer Adelsfamilie entstammende Politiker im österreichischen Fernsehen. „Wenn wir die Hoffnung geben, dass es geht, werden sich auch andere auf den Weg machen.“

Die Warnung ist berechtigt. Denn längst hat sich in Ländern wie Libyen, Afghanistan und Syrien herumgesprochen, wie schön es auf Lesbos ist. Frei nach Schallenberg nennen Flüchtlinge das Eiland schon „Insel der Hoffnung“. Der Traum vom Leben in

Moria – für Zehntausende könnte er sich endlich erfüllen, wenn das Lager geräumt wird. „Ich stehe schon ewig auf der Warteliste für einen Platz“, sagt die Afghanin Samira O. aufgeregt. „Mein Schlepper hat gesagt, jetzt könnte es endlich klappen.“ Ja, irgendwann würde O. gerne nach Deutschland, Schweden oder Österreich weiterziehen. „Aber das eilt nicht“, sagt sie vergnügt: „Ich war als Kind schon gerne zelten.“

Die Touristikbranche hofft ebenfalls, dass das Lager evakuiert wird und Platz für neue Gäste frei wird. Nach den finanziellen Einbußen während der Coronakrise könnte der Transfer von neuen Schutzsuchenden aus aller Welt die Branche retten. Motto: Lieber mit der MS Europa zu den Traumstränden von Lesbos kreuzen, als mit der Sea-Watch 4 ziellos auf dem Mittelmeer dümpeln. Auch Abenteuerurlauber haben schon nach Tickets gefragt. Zwischen Müllbergen, Ratten und randalierenden Neonazis hoffen sie in Moria das besondere Etwas zu finden. ■

haltig gewonnenem Kautschuk hergestellt wurde? Wir haben das Pilotprojekt nicht gestartet, um ein neues Produkt auf den Markt zu bringen. Wir wollten zeigen, dass es geht, die Produktion von Naturkautschuk rückverfolgbar zu machen. Bisher wurde das noch nie probiert. Wir wollten wissen, wie aufwendig das ist und wie wir mit den Akteuren an den verschiedenen Stufen der Lieferkette kommunizieren müssen. Wir glauben, dass wir in einem nächsten Schritt ausreichend Naturkautschuk produzieren und von anderem Material trennen können, um Produkte mit entsprechender Garantie herzustellen. Dann hat das auch für den Kunden einen Mehrwert.

Das Gespräch führte Tillmann Elliesen.

## Mörderisches Gerät aus der Schweiz

### Welche Firmen exportieren welche Rüstungsgüter in welche Länder?

Nach fünf Jahren Rechtsstreit und einem Urteil des Bundesgerichts zugunsten der Schweizer Wochenzeitung WOZ musste die Regierung in Bern die bisher geheim gehaltenen Angaben zu Rüstungsexporten aus der Schweiz veröffentlichen.

### Kriegsmaterialexporte

Gesamtsumme tatsächlicher Ausfuhren 2017:  
450 Mio. Franken (ca. 416 Mio. Euro)

Feuerleiteinrichtungen	176,2
Bomben, Raketen, Flugkörper	2,6
Panzer, Landfahrzeuge	21,9
Hand- und Faustfeuerwaffen	23,4
Explosiv-, Treibstoffe	23,6
Flieger, Triebwerke	27,1
Waffen sonstige Kaliber	35,6
Munition	136,5

### Empfängerstaaten

Ausfuhren 2017

Thailand	87,6
Brasilien	32,9
Südafrika	32,7
USA	27,6
Schweden	12,7
Frankreich	11,5
Norwegen	11,3
Spanien	9,7
Indien	8,9
Übrige Länder	94,2
Deutschland	117,7

### Die fünf größten Rüstungsexporteure der Schweiz

(bewilligte Exporte in Schweizer Franken, 2017; weicht von den tatsächlichen Exporten ab)

Rheinmetall Air Defence AG, Zürich	1032,39 Mio.
Pilatus Flugzeugwerke AG, Stans	202,76 Mio.
RUAG Ammotec AG, Thun	202,76 Mio.
Ruag Schweiz AG, Emmen	100,39 Mio.
DuPont International Operations Sàrl, Le Grand-Saconnex	75,00 Mio.

Quelle: WOZ Die Wochenzeitung

© WELT-SICHTEN

# Keine Finanzspritzen für die Ölkonzerne!

Die Weltbank redet von einem grünen Aufschwung, doch das ist wenig glaubwürdig

Von Heike Mainhardt

Während der von Covid-19 ausgelösten Gesundheits- und Wirtschaftskrise stellen die Weltbank und andere internationale Finanzinstitutionen Milliardenbeträge für Konjunkturprogramme zur Verfügung. Die Bank rät den Regierungen, das Geld nicht so zu investieren, dass sich dadurch die Klimakrise verschlimmert. Doch dem widerspricht ihre eigene Praxis.

Ausgaben im und wirtschaftliche Anreize für den Energiesektor werden die Infrastruktur für Jahrzehnte prägen. Daher haben die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) die Regierungen aufgefordert, ihre Konjunkturprogramme umweltfreundlich zu gestalten, um eine Klimakrise zu vermeiden. Der IWF argumentiert in einem Dossier vom April 2020, dass die Energiepreise angemessen sein müssten, damit zusätzliche Investitionen aus Corona-Konjunkturpaketen nicht in „schmutzige Sektoren“ fließen – denn das würde von einer in die nächste Krise führen. Um solche angemessenen Energiepreise zu bewirken, müssen nach Ansicht des IWF und der Weltbank die Subventionen für fossile Brennstoffe abgebaut und ein Preis für Kohlenstoff festgelegt werden, etwa über eine Kohlenstoffsteuer.

*Neben Kernenergie sollten Kohle-, Öl- und Gasoperationen von der Budgethilfe von Weltbank und IWF ausgeschlossen werden.*

Während die Weltbank also viel von einem grünen Aufschwung und einem richtigen Energiepreis spricht, ergibt ein genauerer Blick auf ihr eigenes Portfolio ein anderes Bild. Seit der Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens im Jahr 2015 hat die Weltbankgruppe mindestens 9,4 Milliarden Dollar für fossile Energieprojekte in 30 Ländern bereitgestellt. Dazu gehören fünf Ölraffinerien, vier Projekte zur Exploration von Ölvorkommen und viele Gasprojekte, darunter für Treibhausgas-intensives verflüssigtes Erdgas (LNG).

Zusätzlich zur Projektfinanzierung stellt die Weltbank jedes Jahr über entwicklungspolitische Darlehen (Development Policy Loans) 10 bis über 20 Milliarden US-Dollar an Budgethilfe bereit. Die können die Empfängerländer für jede Art von Infrastruktur mit Ausnahme von Kernenergie ausgeben. Voraussetzung für diese Darlehen sind politische Reformen; in einigen Fällen etwa hat die Bank gefordert, Subventionen für Strom oder Treibstoff zu kürzen. In vielen Ländern wie Nigeria, Mosambik, Indonesien und Ägypten unterstützt die Bank jedoch politische Reformen, die auf Steuererleichterungen – und damit Subventionen – für Investitionen in die Infrastruktur bei Kohle-, Öl- und Gasprojekten hinauslaufen. Die Weltbank hat zugesagt, die Projektfinanzierung für Kohlekraftwerke seit 2013 und für die Öl- und Gasförderung ab 2020 einzustellen. Doch sie unterstützt solche Investitionen weiterhin mit entwicklungspolitischen Darlehen und technischer Hilfe.

Die Weltbank leistet technische Hilfe, um Investitionen in Kohle, Öl oder Gas in Brasilien, Mosambik, Guyana, Afghanistan, Kenia, Mauretanien und Ghana zu ermöglichen und zu steigern. Sie sieht das als Beitrag zur „Verbesserung der Regierungsführung“. Mit dem Geld werden Berater finanziert, die den Regierungen unter anderem in Fragen der Steuer- und Regulierungspolitik und beim Abschluss von Verträgen mit Firmen zur Seite stehen. In Mosambik und Guyana wurde festgestellt, dass die von der Bank finanzierten Berater enge Beziehungen zu denselben Ölgesellschaften unterhalten, die dort an der Öl- und Gasförderung beteiligt

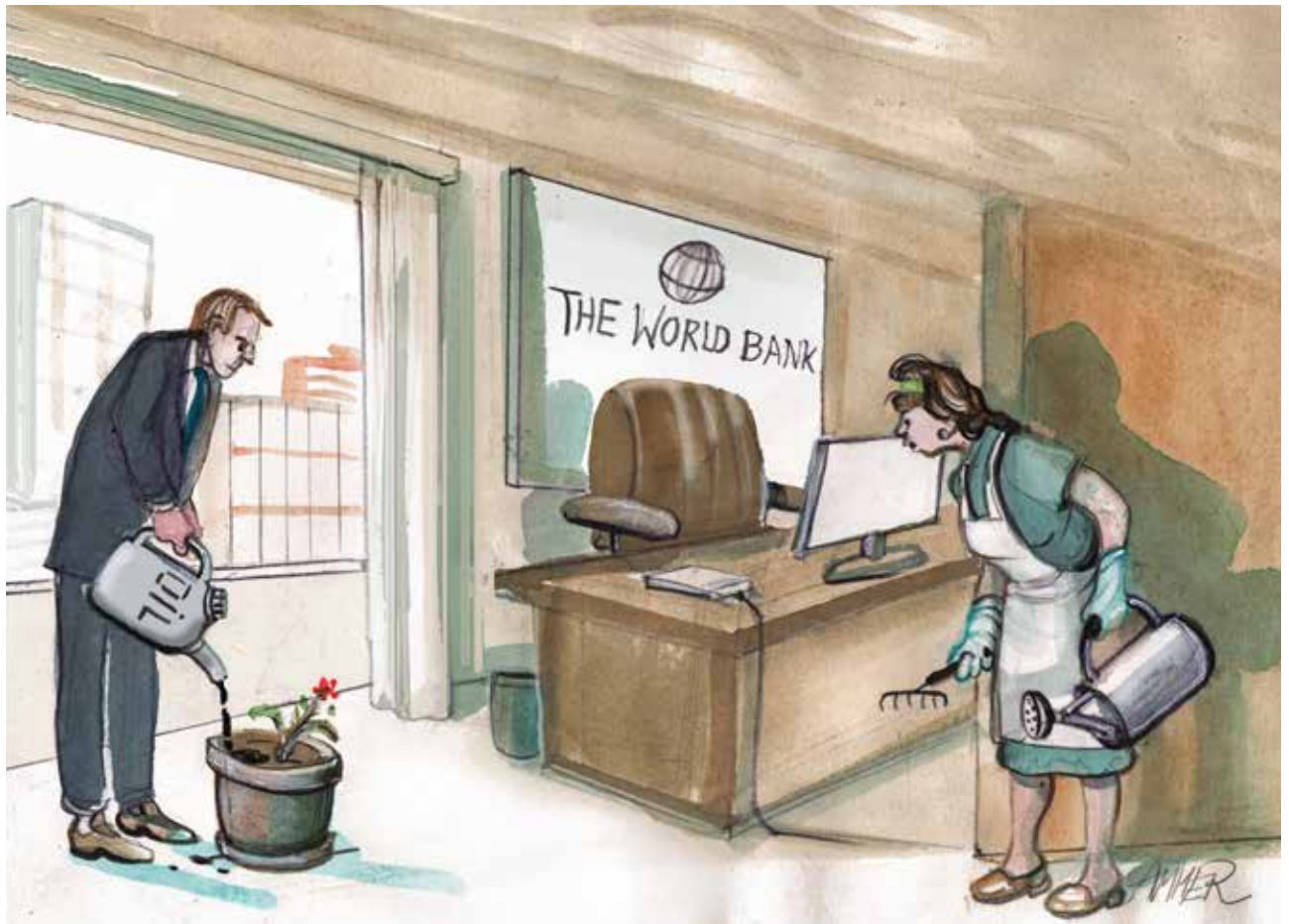
sind; das führt zu erheblichen Interessenkonflikten.

In Brasilien, dem neuntgrößten Ölproduzenten der Welt, hat die Weltbank unter anderem Berater „für die Umsetzung der langfristigen brasilianischen Politik zur Vermarktung von Öl und Erdgas“ finanziert. Laut Programmdokumenten der Bank bemüht sich die Regierung unter anderem, neue Investitionen in die Ausbeutung von Öl- und Gasvorkommen vor der brasilianischen Küste anzulocken. Die Bank ist zu dem Schluss gekommen, dass „die Ausschreibungen nicht so erfolgreich waren wie erwartet ... was die Notwendigkeit zusätzlicher rechtlicher und regulatorischer Reformen unterstreicht“. Im Mai 2020 hat die Bank zusätzliche 38 Millionen Dollar genehmigt, um dieses technische Hilfsprogramm in Brasilien fortzusetzen. In einer Beurteilung stellt die Bank fest, dass „das Projekt vollständig mit den Verpflichtungen der Weltbankgruppe zur Eindämmung des Klimawandels und zur Anpassung an den Klimawandel übereinstimmt“.

Forscher mehrerer Organisationen, darunter vom UN-Umweltprogramm, haben im vergangenen Jahr errechnet, dass die Welt dabei ist, im Jahr 2030 mehr als das Doppelte an fossiler Energie zu produzieren, als mit dem Ziel vereinbar ist, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Mit anderen Worten: Es wird bereits heute viel zu viel in fossile Brennstoffe investiert. Die Weltbank trägt mit ihren Entscheidungen dazu bei, dass dieser Weg fortgesetzt wird.

Am 12. November findet in Paris der „Finance in Common“-Gipfel statt, an dem etwa 450 öffentliche Entwicklungsbanken teilnehmen





WOLFGANG AMMER

werden, um nachhaltige Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen von Covid-19 zu erörtern. Als Orientierungshilfe haben die Internationale Energieagentur (IEA) und der IWF einen gemeinsamen Bericht veröffentlicht, in dem gezeigt wird, wie Sanierungsgelder für einen „nachhaltigeren“ Energiesektor verwendet werden können.

Einer der Vorschläge lautet, Geld bereitzustellen, um die Methanemissionen von Öl- und Gasunternehmen zu verringern. Solche Emissionen entstehen hauptsächlich durch das Abfackeln von austretendem Gas auf Ölfeldern oder durch Lecks bei der Gasförderung und beim Transport. Doch auch wenn es dringend notwendig ist, das Abfackeln von Gas zu stoppen und die Methanemissionen zu reduzieren, sollten nicht die Steuerzahler die Kosten tragen. Ölgesellschaften verkaufen austretendes Gas teilweise, leiten es zurück in Bohrlöcher, um mehr Öl zu gewinnen, oder verwenden es als Rohstoff

für die petrochemische Produktion. Öffentliche Entwicklungsgelder einzusetzen, um hier die Emissionen zu reduzieren, würde den Ölkonzernen zusätzliche Einnahmen verschaffen und wäre das Gegenteil einer Kohlenstoffsteuer.

Darüber hinaus könnten diese zusätzlichen Einnahmen kriselnden Öl- und Gasbetrieben aus der Klemme helfen und den Markt verzerren. In einigen Fällen könnten sie auch Ölkonzerne ermutigen, noch stärker in die Petrochemie einzusteigen. Die Weltbank hat bereits 160 Millionen Dollar Klimafinanzierung für die Abscheidung von Gas im Irak zugesagt. Sie unterstützt damit Pläne von Shell zur Gasverarbeitung und zum Ausbau der Petrochemie sowie für die Ölförderung von ExxonMobil, ENI und BP im Irak.

Der „Finance in Common“-Gipfel sollte es ablehnen, dass öffentliche Entwicklungsgelder für die Reduzierung des Methanausstoßes der Ölkonzerne verwendet werden.

Wenn die Weltbank und der IWF die Subventionen für fossile Brennstoffe wirklich abbauen und eine Klimakrise vermeiden wollen, dürfen sie nicht weiter in fossile Brennstoffe investieren oder solche Investitionen fördern, etwa im Rahmen von Politikempfehlungen.

Sie sollten stattdessen den Regierungen empfehlen, einen Preis für Methanemissionen festzusetzen, der Unternehmen motiviert, das Abfackeln von Gas zu beenden, und zugleich Staatseinnahmen für die Bewältigung der Corona-Krise generiert. Oder sie sollten die Staaten ermutigen, so wie Norwegen das Abfackeln von Gas zu verbieten. Sie sollten jegliche technische Unterstützung zugunsten des Öl-, Gas- und Kohlesektors einstellen. Schließlich sollten zusätzlich zur Kernenergie auch Kohle-, Öl- und Gasoperationen auf die Ausschlussliste für die Budgethilfe von Weltbank und IWF gesetzt werden. ■

Aus dem Englischen von  
**Tillmann Elliesen.**

**Heike Mainhardt**

ist Senior Adviser bei Urgewald und dort zuständig für das Energieportfolio der Weltbank. Davor war sie Expertin beim Weltklimarat (IPCC) und hat zivilgesellschaftliche Organisationen, die US-Regierung, die Vereinten Nationen und die Weltbank beraten.

## Theoretisch gut, doch politisch naiv

Der Plan, die Hälfte der Landfläche unter Naturschutz zu stellen, ist machtpolitisch blind

Um das Artensterben zu bremsen, muss die Hälfte der globalen Landfläche unter Naturschutz gestellt werden, fordern Wissenschaftler. Sie haben nun eine Landkarte der Gebiete erstellt, die zu schützen am meisten zum Klima- und Artenschutz beitragen würde. Das ist ein fragwürdiger Ansatz, globalen Naturschutz voranzubringen.

Mit dem Artensterben drohen nicht nur einzelne Tier- und Pflanzenarten zu verschwinden, sondern ganze Ökosysteme wie der Regenwald. Es ist der bedrohlichste Megatrend neben dem Klimawandel. Beide verstärken sich gegenseitig – und beide kann man laut einer Gruppe um den US-amerikanischen Naturschützer Eric Dinerstein dadurch abmildern, dass etwa die Hälfte der Landfläche einen Schutzstatus bekommt. Die Forderung aus dem Jahr 2019 hat die Gruppe nun mit einer Landkarte der zu schützenden Gebiete namens „Global Safety Net“ konkretisiert. Die für biologische Vielfalt wichtigen Regionen stimmen weitgehend mit denen überein, die viel Kohlenstoff binden.

Das ist ein wichtiger Befund, aber ein fragwürdiger Politikansatz. Den Anteil von Naturparks und Schutzgebieten an der globa-

len Landfläche von heute rund 15 auf 30 Prozent auszuweiten, ist unter den Vertragsstaaten der UN-Biodiversitätskonvention umstritten. Und Menschenrechtsorganisationen wie Survival International kritisieren diese Zielmarke als Landnahme: Schon heute würden lokale Gemeinschaften, besonders indigene, im Namen des Naturschutzes gewaltsam vertrieben oder an der Nutzung ihres Landes gehindert.

Das will die Gruppe um Dinerstein zwar nicht: Sie sieht, dass ein gutes Drittel des zusätzlich zu schützenden Landes von Indigenen bewohnt wird, und fordert, deren Landrechte zu sichern und ihre naturverträglichen Wirtschaftsweisen zu schützen. Aber das ist politisch naiv. Zu den Ländern, die nach dem Plan der Gruppe die größten Gebiete neu schützen müssten, gehören Russland, China, Brasilien, Indone-

sien und die USA. Werden die wegen des „Global Safety Net“ Minderheiten mehr Landrechte oder ein Veto gegen Bergbau- und Agrarprojekte geben? Unter den herrschenden Machtverhältnissen werden im Norden erdachte Naturschutzziele am ehesten im Süden durchgesetzt und da, wo Betroffene sich kaum wehren können. Nicht zufällig finden sich die meisten großen Naturparks in armen Ländern mit dem größten Mangel an demokratischen Institutionen. Wichtiger als Zielzahlen wäre, lokale Umweltschutzinitiativen besser zu schützen und die Nachfrage reicher Länder nach Soja, Rindfleisch und Bergbauprodukten zu verringern, denn die treibt die Erschließung von ungenutztem Land mit voran. Dafür allerdings müssten Naturschützer mehr Konflikte annehmen – auch mit Wirtschaftsinteressen zu Hause. (bl)

Anzeige

# GREEN WORLD TOUR

- Lifestyle & Mode
- Ernährung & Gesundheit
- Freizeit & Wohnen
- Mobilität & Logistik
- Strom & Wärme
- Bauen & Sanieren
- Gewerbe & Wissenschaft
- Geld & Versichern
- Studium & Karriere

## NACHHALTIGKEITSMESSEN

Messen  
2020/21

Berlin 5./6. Sept.  
Köln 19./20. Sept.  
Hamburg 26./27. Sept.  
Münster 10./11. Okt.

Heidelberg 7./8. Nov.  
Frankfurt 20./21. Nov.  
Düsseldorf 5./6. Dez.  
Wien 12./13. Dez.

München 16./17. Jan. 21  
Luxembourg 11.-14. März 21  
Kiel 29./30. Mai 21  
Stuttgart 12./13. Juni 21



AUTARKIA  
Green World Tour

Infos für Aussteller & Besucher auf: [autarkia.info](http://autarkia.info)

# Stärkt die Frauen und hört auf sie

Die Corona-Pandemie verschärft bestehende Ungleichheiten. Das muss nicht so sein

Von Melanie Kräuter



Die UN-Weltfrauenkonferenz von Peking ist in diesem Jahr 25 Jahre her. Die Konferenz brachte mehrere wegweisende Veränderungen ins Rollen – zum Beispiel gehen heute mehr Mädchen zur Schule, die Kinder- und Müttersterblichkeit ist drastisch gesunken und es sind mehr Frauen in Parlamenten vertreten.

Doch auch ein Vierteljahrhundert nach der Konferenz müssen Teilnehmerinnen von damals wie die frühere Leiterin des World Food Programmes Catherine Bertini konstatieren, dass Frauen noch immer „als Letzte essen“, weil das Wohlergehen ihrer Männer und Söhne als wichtiger gilt. In Krisenzeiten wird das besonders akut. Die Auswirkungen der Pandemie und die Lockdowns in vielen Ländern könnten bisher erreichte Fortschritte zunichtemachen. Zwar sterben weniger Frauen als Männer an einer Corona-Infektion, dafür sind sie viel stärker von den sozialen, ökonomischen und indirekten gesundheitlichen Folgen betroffen.

Seit dem Ausbruch der Pandemie konzentrieren sich die Gesundheitssysteme vor allem im globalen Süden auf Corona, Angebote zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit sind weggefallen und weil sie Einkommen verloren haben, können sich viele Frauen Verhütungsmittel nicht mehr leisten. Sieben Millionen ungewollte Schwangerschaften könnten die Folge sein, schätzt Natalia Kanem, Leiterin des UN-Bevölkerungsfonds. Die Folge davon wiederum könnte sein, dass Tausende Frauen und Mädchen bei unsicheren Abtreibungen sterben.

*In Kenia wurden während des Lockdowns 4000 Mädchen schwanger, die sonst zur Schule gegangen wären.*

Auch die ökonomischen Folgen sind groß. Ob es nun darin liegt, dass mehr Frauen in Teilzeit arbeiten, dass es große Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen gibt oder dass Frauen in schlechter bezahlten Berufen arbeiten: Männer verdienen in den meisten Fällen mehr als Frauen. Vor allem Frauen haben daher während des Lockdowns ihre Jobs zugunsten der Kinderbetreuung reduziert, ganz aufgegeben oder sie wegen Einbußen ihrer Arbeitgeber etwa in der Tourismusbranche oder dem Gastgewerbe verloren.

Und wer einmal arbeitslos ist, kommt nicht so schnell wieder zurück: Schon die Ebola-Krise 2014 in Liberia hat gezeigt, dass Frauen deutlich länger als Männer gebraucht haben, um wieder Jobs zu finden. Wer im informellen Sektor beschäftigt ist – in Entwicklungs-

ländern sind das zum Großteil Frauen –, hat zudem keinen Zugang zu Sozialleistungen und keine Möglichkeit Verdienstaufwände zu kompensieren. Bittere Ironie: Die Corona-Krise zeigt, dass vor allem Frauen in „systemrelevanten“ Berufen in der Gesundheitsbranche oder der Nahrungsmittelproduktion arbeiten – und trotzdem sind sie die letzten, die etwas zu essen bekommen, wenn überhaupt.

Zu den gesundheitlichen und wirtschaftlichen kommen soziale Folgen: Die monatelangen Schulschließungen könnten in vielen ärmeren Ländern dazu führen, dass vor allem ältere Mädchen nicht mehr zurück in die Schule gehen, sondern früh verheiratet werden. Der UN-Bevölkerungsfonds rechnet mit bis zu 5,6 Millionen Kinderehen weltweit als Folge der Pandemie. Dabei ist gerade Bildung der Schlüssel, um Mädchen und Frauen zu stärken und den Teufelskreis der Unterdrückung und Ungleichheit zu durchbrechen. Außerdem sind Schule oder der Arbeitsplatz oft sicherer als das eigene Zuhause: Eine Umfrage des kenianischen Gesundheitsministeriums hat ergeben, dass während des Lockdowns in dem ostafrikanischen Land 4000 Mädchen schwanger wurden, die sonst zur Schule gegangen wären. Das zeigt auch die häusliche Gewalt gegen Frauen, die überall – von Frankreich bis Kolumbien – deutlich angestiegen ist.

Die Liste der Folgen der Corona-Krise für Frauen ist lang. Die Probleme und Ungleichheiten sind nicht neu, aber sie werden jetzt noch verschärft. Auch Lösungsansätze gibt es schon lang, aber sie müssen umgesetzt werden – hier hat es bisher an politischem Willen gefehlt. Zudem sind viele Ungleichheiten strukturell bedingt und durch traditionelle Rollenverständnisse legitimiert. „Build back better“ – besser wiederaufbauen – heißt nun die Forderung nach der Corona-Krise – nicht nur für Frauen, sondern auch in der Wirtschaft.

Hoffnungsvolle Ansätze gibt es überall auf der Welt: Sozialhilfe und andere Geldtransfers direkt in Frauenhände, Kredite für von Frauen geführte Kleinbetriebe, bessere Angebote für Kinderbetreuung am Arbeitsplatz und mehr Flexibilität vom Arbeitgeber, gerechtere Aufteilung von unbezahlter Arbeit, mehr Investitionen in bessere Strom- und Wasserversorgung, so dass Frauen nicht jeden Tag Stunden vergeuden, um Wasser zu holen. Und vor allem: Frauen mitbestimmen lassen und auf sie hören.

Dass sich das lohnt, haben wir gesehen: Neuseeland mit Premierministerin Jacinda Ardern an der Spitze oder Deutschland mit einer Wissenschaftlerin als Kanzlerin sind deutlich besser durch die Krise gekommen als die Länder mit großmäuligen Männern an der Spitze, die das Virus als „harmlos“ abgetan haben. ■

# „Man muss Unsiche aushalten können“



# rheit



**Guislain Defurne, Leiter der Israel-Delegation des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz mit Bauern in Gaza. Die Arbeit bei internationalen Organisationen ist oft nicht bloß ein Job, sondern soll Sinn stiften.**

REUTERS

Die Berufschancen in internationalen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen werden besser. Aber die Arbeitsverhältnisse von Nachwuchskräften sind dort oft über Jahre prekär.

Von Barbara Erbe

**P**romoviert, 32 Jahre oder jünger und mit mehrmonatiger Auslandserfahrung, flüssig in mindestens drei Sprachen, zwei bis vier Jahre Berufserfahrung. Wer damit aufwarten kann, darf sich Chancen ausrechnen in den Bewerbungsverfahren der EU, der Vereinten Nationen (UN) und anderer renommierter internationaler Organisationen. Oftmals liegen die deutschen Nachwuchskräfte aber über der Altersgrenze, sobald sie diese Kriterien erfüllen, meint Silke Stöber, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) der Humboldt-Universität zu Berlin. Das SLE bildet in einem Postgraduiertenstudium Fach- und Führungskräfte für die internationale Zusammenarbeit aus und führt Forschungsprojekte mit entwicklungspolitischen Organisationen durch. Zum einen sei hierzulande das Ausbildungssystem so strukturiert, dass die Absolventen oft zu alt sind, bis sie die erforderlichen Zugangsvoraussetzungen erreicht haben. Zum anderen werde beispielsweise an niederländischen Universitäten auf Englisch gelehrt, Praktika und Auslandsaufenthalte gehörten dort selbstverständlich zum Studium, und internationaler Austausch spiele eine größere Rolle. Damit qualifizieren sich die Studierenden früher für eine internationale Laufbahn, und sie werden auch offener und selbstbewusster im persönlichen Auftreten. Es sei kein Zufall, dass die Niederlande und Skandinavien, aber auch Österreich in den meisten internationalen Organisationen überrepräsentiert seien.

Der Deutsche Martin Ihm ist einer der SLE-Alumni, die auf der internationalen Ebene angekommen sind, seine Laufbahn ist ein gutes Beispiel für den Weg in das Arbeitsfeld. Seit November 2019 ist er „Programme Policy Officer“ beim Welternährungsprogramm (WFP) der UN in Addis Abeba, Äthiopien; zuvor hat er Agrarökonomie in Konstanz (Bachelor)

## Raus in die Welt: Informationen zur Arbeit in internationalen Organisationen

Postgraduiertenprogramme wie am Seminar für ländliche Entwicklung (SLE) der Humboldt-Universität zu Berlin, am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) oder am Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) in Berlin, ebenso am NADEL – Center for Development and Cooperation in Zürich oder an der Diplomatischen Akademie Wien bereiten Nachwuchskräfte praxisorientiert auf eine berufliche Laufbahn in der internationalen Zusammenarbeit vor. Informationen zu Bewerbungsverfahren und Fördermöglichkeiten in puncto Arbeiten in internationalen staatlichen oder nichtstaatlichen Organisationen gibt es unter anderem hier:

**Internationaler Stellenpool und Internationaler Personalpool des Auswärtigen Amtes:** [www.jobs-io.de](http://www.jobs-io.de). Dort können sich Interessenten tagesaktuell über rund 1400 Stellenausschreibungen von circa 300 internationalen Organisationen und europäischen Institutionen informieren. Außerdem gibt es Informationen zum JPO-Programm und anderen Förderprogrammen für Nachwuchskräfte bei internationalen Organisationen.

Die **Stellenplattform cinfoPoste** konzentriert sich hauptsächlich, aber nicht nur auf Schweizer Organisationen und internationale Organisationen mit Sitz in der Schweiz unter [www.cinfo.ch/jobs](http://www.cinfo.ch/jobs) oder [www.cinfo.ch/poste](http://www.cinfo.ch/poste).

Die Schweizerische Eidgenossenschaft fördert jedes Jahr 30 Stellen als **UN Youth Volunteer** für junge Hochschulabsolventen (bis 28 Jahre alt). Diese einjährigen Stellen ermöglichen es, Arbeitserfahrung im Feld bei UN-Organisationen zu sammeln: [www.cinfo.ch/unyv](http://www.cinfo.ch/unyv).

Für etwas erfahrenere Fachpersonen (bis 32 Jahre alt) bietet das **Schweizer JPO-Programm** die Möglichkeit, einer UN-Organisation als Junior professional beizutreten. Diese zwei- bis dreijährigen Stellen zielen darauf ab, Personen nach ihrem Einsatz in den Organisationen zu halten: [www.cinfo.ch/jpo](http://www.cinfo.ch/jpo).

Die internationale **Medienplattform Devex** veröffentlicht internationale Stellenausschreibungen unter [www.devex.com](http://www.devex.com).

Viele große internationale Organisationen bieten unter dem Namen **Young Professionals Programmes** Einstiegs- und Nachwuchsförderprogramme an. Bewerbungsformalitäten und Modalitäten unterscheiden sich je nach Organisation. YPP-Programme gibt es unter anderem bei den Vereinten Nationen, der Weltbank, der OECD oder dem Internationalen Währungsfonds (IWF).

Die Broschüre „Arbeiten bei internationalen Organisationen – weltweit im Einsatz“ des Büros Führungskräfte in internationalen Organisationen (BFIO) enthält viele wichtige Tipps und Adressen für Interessierte. Sie kann unter [www.arbeitsagentur.de/datei/dok\\_ba013189.pdf](http://www.arbeitsagentur.de/datei/dok_ba013189.pdf) kostenfrei heruntergeladen werden.

Finanzielle Unterstützung für Auslandspraktika bieten unter anderem der **Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD)** sowie das **Carlo-Schmid-Programm** und das **Mercator Kolleg für internationale Aufgaben der Studienstiftung des Deutschen Volkes** an.

(erb)



und Berlin (Master) studiert. Seine erste längere internationale Erfahrung machte er nach dem Zivildienst, als er sechs Monate durch Mittelamerika zog, um zu jobben und Spanisch zu lernen. Sein Interesse an der Region und seine Sprachkenntnisse verhalfen ihm als Bachelor-Student 2007 zu einem Praktikum in Ecuador bei der damaligen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), der heutigen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ). 2011 kehrte er nochmals in die Region zurück: für seine Masterarbeit über Waldnutzung in Ecuador, bezuschusst von der Stiftung für tropische Agrarforschung der Humboldt-Universität zu Berlin.

Nach einem „Pausenjahr“ und dem einjährigen Studium der Internationalen Zusammenarbeit und nachhaltigen Entwicklung am SLE suchte er Ende 2015 erstmals eine feste Stelle, möglichst in Deutschland, mit Bezügen zu Lateinamerika. Das erwies sich als schwieriger als gedacht. „Ich habe mehrere Monate gesucht und dann gemerkt, dass es nicht gut ist, sich zu Beginn der eigenen Laufbahn auf eine Region festzulegen.“ Schließlich trat er eine auf zwei Jahre befristete Stelle als Entwicklungshelfer für die giz in Malawi an, bei der es um den Aufbau von Grundversicherung ging. „Es gibt viel mehr Positionen in Afrika, da in diese Region auch am meisten Entwicklungshilfe fließt.“ Wieder in Deutschland, arbeitete ihm zunächst als freiberuflicher Berater und als wissenschaftlicher Angestellter im SLE, bis er als Mittdreißiger mit Hilfe des JPO-Programmes des Auswärtigen Amtes in seine jetzige Stelle kam.

Das relativ unbürokratische JPO-Programm ist die Eintrittspforte für Deutsche in internationale Organisationen, berichtet Silke Stöber vom SLE. Diese Form der Nachwuchsförderung wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ent-



Viele Entwicklungshelfer haben aus ihrem Engagement einen Beruf gemacht. Links: Eine Friedensfachkraft von Brot für die Welt unterstützt einen Radiosender in Freetown in Sierra Leone. Rechts: Entwicklungshelferin des katholischen Entsendedienstes Agiamondo in Kenia.

CHRISTOPH PÜSCHNER/BROT FÜR DIE WELT  
FLORIAN KOPP/AGIAMONDO

wicklung (BMZ) und vom Auswärtigen Amt gemeinsam gesteuert und über das Büro Führungskräfte zu internationalen Organisationen der Bundesagentur für Arbeit umgesetzt. „Ein wichtiges Ziel ist es, den Anteil des deutschen Personals in internationalen Organisationen zu erhöhen“, sagt Stöber. Obwohl die jeweiligen Stellen von verschiedensten internationalen Organisationen ausgeschrieben werden, werden die Kandidatinnen und Kandidaten von deutscher Seite ausgewählt – und bis zu einer Dauer von zwei, maximal drei Jahren auch von Deutschland bezahlt.

Dass es hier anders als bei den meisten internationalen Organisationen keine offizielle Altersgrenze gibt, ist für die Nachwuchskräfte von großem Vorteil. So kann man auch noch mit Mitte 30 als Junior anfangen. „Unsere SLE-Alumni werden nach Ablauf der Befristung von ihrer jeweiligen Organisation auch übernommen“, berichtet Stöber. Insgesamt werden laut Programminformation Jahr für Jahr 60 bis 70 deutsche Nachwuchskräfte als JPO neu eingesetzt, bislang auch trotz Corona.

*Stellen sind umkämpft, aber die Jobaussichten in internationalen Organisationen dürften in den nächsten Jahren besser werden.*

Wer eine berufliche Laufbahn in internationalen – staatlichen oder auch nichtstaatlichen – Organisationen anstrebt, sollte aber „bereit sein, Unsicherheit auszuhalten“, betont Beat Geiser von cinfo – das Kompetenzzentrum für Berufe in der internationalen Zusammenarbeit – im schweizerischen Biel. Denn in der internationalen Zusammenarbeit seien die Arbeitsverhältnisse anfangs oft prekär. Die Zeit zwischen

Studienabschluss und einer ersten festen Stelle könne viele Jahre dauern, in denen sich Nachwuchskräfte als Praktikanten, Honorarkräfte und auf Basis von befristeten Verträgen Stück für Stück in dem Berufsfeld etablieren können. „Wer in einem internationalen Wirtschaftskonzern arbeitet, ist mit 27 Jahren meist schon ‚Senior-Irgendwas‘. Wer in der internationalen Zusammenarbeit beschäftigt ist, ist möglicherweise erst Praktikant.“

**E**in Grund ist laut Geiser, dass viele Absolventen nach einer häufig theoretischen Universitätsausbildung Zeit bräuchten, um sich an das praktische berufliche Umfeld einerseits und an das Umfeld der internationalen Zusammenarbeit andererseits anzupassen. Studiengänge wie die am SLE oder am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) sollen just diese Lücke schließen. Zudem arbeiteten und akquirierten heute so gut wie alle Organisationen projektbezogen. „Die Mittel, die sie einwerben, bekommen sie für ein bestimmtes Programm und einen begrenzten Zeitraum, darüber hinaus machen sie keine Beschäftigungszusagen.“ Für Nachwuchskräfte geht es so immer aufs Neue darum, eine Anschlussbeschäftigung zu finden – so lange, bis sie die übergeordnete Hierarchiestufe erreichen: eine dauerhaftere Stelle, vielleicht auf der Planungs- und Steuerungsebene.

Das wiederum erfordert ein hohes Maß an Kommunikationsbereitschaft, erklärt Hellmut Meinhof, der Leiter des Büros Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO). „In vielen Ländern spielen persönliche Kontakte eine sehr viel wichtigere Rolle als bei uns, das sollte man immer im Kopf behalten.“ Ob zu Kollegen, Projektpartnern vor Ort oder zur Steuerungsebene im „Headquarter“: „Es ist gut, sich jenseits vom fachlichen Austausch über E-Mail und Telefon persönliche Netzwerke und Beziehungen auf-



Achim Steiner leitet seit dem Jahr 2017 das UN-Entwicklungsprogramm UNDP. Davor stand er zehn Jahre an der Spitze des UN-Umweltprogramms. Steiner ist einer der wenigen Deutschen, die es in der Weltorganisation bis nach ganz oben geschafft haben.

UN PHOTO

zubauen. Diese Bereitschaft ist bei den Deutschen manchmal nicht so ausgeprägt.“

Meinhof geht davon aus, dass sich die Jobperspektiven im Bereich der internationalen Zusammenarbeit in den kommenden Jahren weiter verbessern werden. Nicht zuletzt die Agenda 2030 der UN und die Nachhaltigkeitsstandards hätten dafür gesorgt, dass die Bedeutung des Sektors enorm gewachsen sei. „Inzwischen müssen sich auch strategische Unternehmensberatungen wie McKinsey damit auseinandersetzen, welche Überlegungen etwa im Umweltprogramm der Vereinten Nationen angestellt werden, weil diese sich beispielsweise direkt auf die Automobilindustrie auswirken.“

Stellen in der internationalen Zusammenarbeit sind allerdings auch sehr umkämpft, berichtet Melany Riquetti. Die Politikwissenschaftlerin mit ecuadorianischen Wurzeln spricht fließend Spanisch, Englisch und Deutsch und ist Regional Programme Officer für das Büro der Vereinten Nationen für die Verringerung des Katastrophenrisikos (UNDRR) in Panama. Ihrer Erfahrung nach gibt es im Bereich der internationalen Zusammenarbeit „deutlich mehr Berufstätige als Beschäftigungsmöglichkeiten.“ Die 32-Jährige hat Kurse in politischer Ökonomie, Völkerrecht und Menschenrecht sowie in internationaler Sicherheit und Konflikte abgeschlossen, ihren Bachelor in Ecuador gemacht und im Rahmen ihres Masterstudiums in den Niederlanden Praktika bei den Vereinten Nationen in New York sowie bei der Europäischen Kommission in Brüssel absolviert. Darüber hinaus hat sie wie Martin Ihm das SLE-Postgraduiertenkolleg durchlaufen. Bei der UNDRR arbeitet sie in einem Team mit mehr als zehn verschiedenen Nationalitäten.



**Barbara Erbe**  
ist Redakteurin bei WELT-SICHTEN.

Besser als im Bereich der internationalen staatlichen Organisationen stehen die Eintrittschancen bei nichtstaatlichen Organisationen, betont Silke Stöber. „Wer zu Oxfam, Plan oder dem WWF geht und dort bereits ehrenamtlich engagiert war oder ist, kennt das Umfeld besser und möchte auch beruflich sinnstiftend tätig werden.“ Die Entlohnung spielt dabei manchmal eine weniger große Rolle als der günstige Standort (Berlin, London oder Hamburg) und der hohe Wirkungsgrad der Arbeit auf vielen Ebenen. Auch Work-Life-Balance und Familienorientierung spielen eine Rolle. „Beispielsweise für die UN im Dreijahresrhythmus von Land zu Land zu ziehen, heißt meist für einen Partner hinterher zu ziehen. Teilweise in Gebiete und Regionen, die klimatisch und sicherheitsmäßig nicht nur vorteilhaft sind.“ 15 Prozent der SLE-Alumni arbeiten bei NGOs, bei den internationalen Organisationen sind es lediglich 9 Prozent.

Martin Ihm gibt nicht nur für Praktika, sondern auch für Projektstellen zu bedenken: „An den Auslandsstandorten können Chancen höher sein, da die Bewerberzahl kleiner ist.“ Dennoch hat sich insgesamt der Anteil der Stellen in der internationalen Zusammenarbeit, die im Bereich Steuerung/Policyentwicklung oder auch in der Bildung angesiedelt und deshalb weniger ortsgelunden sind, in den vergangenen Jahren stärker erhöht als im Bereich Implementierung „im Feld“. „Von unseren Absolventen treten heute nur noch 30 Prozent direkt eine Stelle im Ausland an, früher war es ungefähr die Hälfte“, berichtet DIE-Expertin Regine Mehl. Flexibilität sei indes nicht nur örtlich, sondern auch fachlich wichtig, ergänzt Beat Geiser. „Ich selbst bin Forstingenieur und wollte immer ‚etwas mit Wald machen‘. Das hat mich lange Zeit eher gebremst, denn das eigene Fachgebiet ist meist nur bei den allerersten Schritten ins Berufsfeld wichtig, danach schon relativ bald nicht mehr.“ Was nicht zuletzt daran erkennbar sei, dass auf der Arbeitsebene internationaler Organisationen alle Fachgebiete willkommen seien.

Allerdings sind die Studiengänge der Kandidatinnen und Kandidaten nach Erfahrung des DIE spezieller geworden als noch vor einem Jahrzehnt, hat Regine Mehl festgestellt. „Heute studiert man zum Beispiel nicht mehr Politik, sondern gleich Entwicklungsstudien oder Global Change Management – da fehlt es dann manchmal etwas an der breiteren Perspektive.“

Zudem ist ihr aufgefallen: In den Postgraduierten-Lehrgängen des DIE und SLE, die wegen ihrer hohen Vermittlungsquoten in das Berufsfeld vielerorts als Kaderschmieden gelten, sind qualifizierte junge Frauen seit einigen Jahren deutlich in der Mehrheit. Auch unter denjenigen, die anschließend auf internationaler Ebene arbeiten, sind laut BFIO-Sprecher Meinhof rund zwei Drittel Frauen. Was in vielen qualifizierten Berufsfeldern schier unerreichbar wirkt, scheint im Bereich der staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen Wirklichkeit geworden zu sein: Das Feld ist eindeutig weiblicher geworden. ■





„Karibuni – Willkommen“: So begrüßen die Vereinten Nationen in Nairobi Gäste und Mitarbeiterinnen. Hinter den Kulissen knirscht es zuweilen, wenn es um Jobs und Bezahlung geht.

YASUYOSHI CHIBA VIA GETTY IMAGES

# Oben die Weißen, unten die Schwarzen

In Kenias Hauptstadt Nairobi sitzen viele Entwicklungsorganisationen, von den Vereinten Nationen bis zur kleinen kenianischen Graswurzelorganisation. Ausländer und Einheimische arbeiten dort zusammen, aber noch immer bestimmen die Herkunft und die Hautfarbe oft über Gehalt und Karriere-möglichkeiten.

Von Bettina Rühl

**E**ine Deutsche mittleren Alters mit Promotion und 14 Jahren Berufserfahrung am Horn von Afrika hat zwei prägende Erfahrungen gemacht. Sie haben beide mit UN-Organisationen zu tun, liegen gut sechs Jahre auseinander, ähneln

sich aber. In Nairobi befindet sich das Regionalbüro der Vereinten Nationen für den afrikanischen Kontinent, 24 UN-Organisationen und -Programme haben hier ihren Sitz. Das erste Mal hatte die Deutsche im Jahr 2011 mit den Vereinten Nationen zu tun, damals mit dem UN-Entwicklungsprogramm UNDP. Der Expertin war von einer Mitarbeiterin der Organisation empfohlen worden, sich als „Consultant“ oder Beraterin auf eine Ausschreibung für einen Auftrag im Bürgerkriegsland Somalia zu bewerben. „Alle Formalitäten waren geklärt“, erzählt sie im Rückblick, „der Vertrag war unterschrieben.“

Nur über das Honorar war noch nicht gesprochen worden. In dem Projekt gab es eine andere Deutsche, ebenfalls promoviert. „Ich wusste,

## Die Werte der UN schützen nicht vor Rassismus



Gute Laune bei der Parade der Nationen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der UN im September 2019 in New York. Doch es gibt Klagen über Rassismus am Arbeitsplatz.

UN PHOTO

Die Vereinten Nationen setzen sich für gleiche Rechte für alle Menschen ein – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Rasse oder Religion. Dass das allein nicht vor Rassismus schützt, zeigen zwei aktuelle Umfragen. Von 688 befragten UN-Mitarbeitern in Genf gab ein Drittel an, schon einmal selbst rassistisch diskriminiert worden oder Zeuge einer solchen Diskriminierung geworden zu sein. Zwei Drittel der persönlich Betroffenen sagten, sie seien aufgrund ihrer Herkunft oder Rasse diskriminiert worden.

Meist wurden die Betroffenen von Entscheidungen, Aufgaben oder Fortbildungen ausgeschlossen; viele sahen dadurch ihre Karrierechancen gemindert. Die Hälfte der Betroffenen gab an, diese Diskriminierungen am Arbeitsplatz nicht gemeldet haben – vor allem, weil sie kein Vertrauen hatten, dass die Organisation die Vorfälle aufarbeitete, und weil sie Vergeltungsmaßnahmen der „Täter“ fürchteten. Diejenigen, die Vorfälle gemeldet hatten, kritisierten, dass nichts getan worden sei, um die Diskriminierung zu beenden.

Eine andere Befragung von UN-Beschäftigten am Hauptquartier in New York wurde nach harscher interner Kritik zurückgezogen. Denn die Befragten waren gebeten worden, sich als „weiß,

braun, schwarz, gemischt-rassig“ zu identifizieren. Eine Ankreuzmöglichkeit war auch „gelb“, die rassistische Bezeichnung für Asiaten. Der Fragebogen soll nun überarbeitet werden. Doch schon vorher kam heraus, dass 59 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass die UN sich nicht effektiv mit dem Thema Rassengerechtigkeit befasst und es an Diversität in der Organisation mangelt.

Das Rassismusproblem bei den UN wird nicht nur anonym geäußert: Der frühere Peacekeeping-Offizier Roderic Grigson sagte in einem Gespräch mit dem Nachrichtendienst IPS mit Blick auf mehrere UN-Friedensmissionen im Nahen Osten, „die internationalen UN-Mitarbeiter behandelten die Einheimischen wie Lakaien“. Grigson, der britische Vorfahren hat und in Sri Lanka aufgewachsen ist, sagte, er selbst habe sich bei den UN „angesichts der damals vorherrschenden europäischen Clique als ‚Internationaler zweiter Klasse‘“ gefühlt.

Louis Charbonneau, Direktor der Vereinten Nationen bei Human Rights Watch (HRW), nennt die Ergebnisse der Mitarbeiter-Befragungen „äußerst besorgniserregend“. „Die UN-Führung sollte praktizieren, was sie predigt, und daran arbeiten, den Rassismus im gesamten UN-System zu beenden“, sagte er. (mek)

wie viel die bekommt, und ging davon aus, dass ich dasselbe kriegen werde.“ Aber dem war nicht so: „Sie haben mir nur ein Drittel von dem angeboten, was die andere Deutsche bekam.“ Die hatte zwar eine ebenso gute Ausbildung, war aber noch nie in Somalia gewesen – im Gegensatz zu der neuen Beraterin, die dort sogar einige Jahre lang gelebt hatte.

Der Unterschied zwischen beiden Frauen: Während die eine einen offensichtlich deutschen Namen hat, klingt der Name der anderen nicht so – in diesem Artikel soll sie Zahra Mohammed heißen. Sie wurde in Eritrea geboren und hat dunkle Haut. „Mein Name verrät natürlich alles“, sagt Mohammed. „Mögliche Auftraggeber denken automatisch, dass ich Somalierin oder Kenianerin bin, jedenfalls aus der Region stamme.“ Dabei geht aus ihrem Lebenslauf hervor, dass sie mehr als die Hälfte ihres Lebens in Deutschland verbracht hat, in Deutschland sozialisiert und ausgebildet wurde und die deutsche Staatsbürgerschaft hat.

Mohammed drohte damit, den Auftrag zurückzugeben, wenn das Honorar nicht erhöht werde. Erst nach einer Rückfrage im UN-Hauptquartier in New York wurde ihr daraufhin der doppelte Tagessatz angeboten: immer noch ein Drittel weniger als die weiße Deutsche bekam. „Aber ich habe das dann akzeptiert. Man will ja nicht den Ruf kriegen, aggressiv oder schwierig zu sein.“

Sechs Jahre später wiederholte sich die Erfahrung beim Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen, kurz UN-Women. Wieder hatte auch die weiße Deutsche von damals einen Beratervertrag. Deren Tagessatz war mittlerweile um 200 Dollar erhöht worden – „und zwar ohne dass sie hätte verhandeln müssen“, erzählt Mohammed. Sie weiß das, weil die beiden gut miteinander bekannt sind. Sie selbst bekam denselben Tagessatz angeboten wie vor sechs Jahren. Wieder fühlte sie sich überrumpelt, akzeptierte den Honorarvorschlag aus ähnlichen Gründen wie beim ersten Mal. Sie ärgert sich bis heute darüber, wenn sie daran denkt. „Denn so was ist verletzend und beleidigend.“ Zumal sie auch für diesen Auftrag wieder riskante Reisen in abgelegene somalische Dörfer unternahm, während die weiße Deutsche ihren Job vom komfortablen und sicheren Nairobi aus erledigte. „Was ich in Deutschland an Alltagsrassismus erlebt habe, erfahre ich hier als Alltagsrassismus in den internationalen Organisationen“, sagt Mohammed.

Die Bandbreite der in Nairobi ansässigen Entwicklungshilfe-Organisationen ist groß. Sie reicht von kleinen Graswurzelorganisationen bis hin zu den Vereinten Nationen. Entsprechend vielfältig sind die Strukturen, die das Miteinander von internationalen und einheimischen Angestellten prägen. Und entsprechend unterschiedlich sind die Erfahrungen, die Kenianer und Kenianerinnen und ihre Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland – die sogenannten Expats – im täglichen

Miteinander machen. So gibt es in den Organisationen und Programmen der Vereinten Nationen durchaus auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Ländern des Kontinents, die in Nairobi als Expats eingestellt wurden und entsprechend bezahlt werden.

Zahra Mohammed arbeitet nicht nur für UN-Organisationen als Beraterin, sondern auch für eine deutsche nichtstaatliche Hilfsorganisation. Dort verdient sie nur die Hälfte ihres UN-Tagessatzes, aber da alle deutlich weniger verdienen, findet sie das unproblematisch. „Diese Organisation ist die einzige, in der ich den Eindruck habe, dass meine Expertise geschätzt wird, dass die Leute mir zuhören und dass sie mich sehr respektieren.“ Nach Jahren in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit meint sie: „Ich weiß: Es kann immer eine jüngere Praktikantin aus Europa kommen, die als die Expertin geschätzt wird, während ich mit meiner gesammelten Erfahrung danebenstehe und als weniger qualifiziert gelte.“

### *Freundschaften zwischen Expats und kenianischen Angestellten scheinen die Ausnahme zu sein.*

Birgit Waldkötter sagt hingegen: „Ich glaube nicht, dass Unterschiede in der Bezahlung an der Hautfarbe liegen.“ Ihrer Erfahrung nach liegen die Unterschiede eher im Budget der unterschiedlichen Organisationen. In gut ausgestatteten Organisationen hätten auch viele gut ausgebildete Afrikaner hoch dotierte Führungspositionen. Waldkötter ist seit mehr als fünf Jahren in der Entwicklungszusammenarbeit tätig, die meiste Zeit mit einem Vertrag einer europäischen Entsendeorganisation und dem Auftrag, in Kenia Graswurzelorganisationen zu unterstützen. Vor einem halben Jahr hat sie sich selbstständig gemacht und arbeitet jetzt als Beraterin unter anderem für ein Gesundheitszentrum bei den Massai, einem Volk von Viehzüchtern.

Eine prägende Erfahrung machte sie in einem Projekt in Mathare, einem der Slums von Nairobi. Minderjährige Mütter nähen und verkaufen dort wiederverwertbare und damit preisgünstige Hygienebinden aus Stoff. Waldkötter kam als technische Beraterin in die Organisation, um die Produktion gemeinsam mit den kenianischen Mitarbeitern aufzubauen und ein profitables Unternehmen zu entwickeln. Ihre Expertise liegt im Management, die kenianischen Mitarbeiter waren Sozialarbeiter. Mit ihrer jahrzehntelangen Berufserfahrung in europäischen Ländern waren die 2000 Euro, die sie von der europäischen Entsendeorganisation jeden Monat überwiesen bekam, ein wirtschaftlicher Rückschritt. Doch sie wollte helfen: „Für mich war das ein jahrelanger Traum“, sagt sie.



**Bettina Rühl**

ist freie Journalistin in Nairobi, Kenia.

Sie arbeitet unter anderem für den Deutschlandfunk, den WDR und den Evangelischen Pressedienst (epd).

Obwohl sie für ihre Verhältnisse wenig verdiente, bekam sie dennoch ein Vielfaches von dem, was der kenianische Projektleiter erhielt, nämlich 600 US-Dollar, umgerechnet etwas mehr als 500 Euro. Die Graswurzelorganisation habe ein Jahresbudget von nur 100.000 Dollar gehabt, größtenteils aus privaten Spenden. Damit war sie zu klein und hatte auch nicht die Kapazitäten, um sich bei der Europäischen Union oder anderen Gebern um Gelder zu bewerben.

Doch aus Sicht von Waldkötter geht das Problem über den großen Einkommensunterschied zwischen ihr und dem Projektleiter hinaus. Die Erwartungen, die sie selbst an ihre neue Aufgabe hatte, wurden enttäuscht. „Ich kam als Vollzeitbeschäftigte in dieses Projekt, das mich ja beauftragt hatte, und über Tage war kein anderer im Büro. Ich habe mich gewundert, warum niemand mit mir zusammenarbeiten will.“ Nach Wochen habe sich einer der kenianischen Angestellten geöffnet und erzählt, dass sie alle seit Wochen nicht bezahlt würden, höchstens mal einen Tag alle zwei Wochen. Die Organisation brauchte dringend mehr Geld und die Hoffnung war, dass Waldkötter Spenden akquiriere, „weil ich weiß bin und gute Kontakte habe“.

Den Job, für den sie geschickt worden war, konnte Waldkötter nicht erledigen, weil im Büro kein Gegenüber anwesend war und die Organisation etwas ganz anderes von der weißen Beraterin erwartet hatte. Selbst etwas umsetzen, also beispielsweise neue Vorlagen für die Buchhaltung entwickeln, durfte sie auch nicht – sie sollte ja nicht von oben herab Lösungen diktieren, sondern sie gemeinsam mit den Partnern entwickeln.

**W**aldkötter sieht im ganzen System viel Verlogenheit: Zu einer echten „Entwicklungszusammenarbeit“ komme es nur selten, denn die meisten Partner wollten „weder Expertise noch Beratung, sondern vor allem mehr Geld oder eine bezahlte Arbeitskraft, die sie selber vor Ort nicht finanzieren können“, sagt Waldkötter. Diese Unaufrichtigkeit im System zwinge sie letztlich in eine Rolle, die sie eigentlich gar nicht einnehmen wolle: die der weißen Besserwisserin, mit den Händen auf dem Rücken, also letztlich ohne Einfluss. Ihr Fazit: „Ich bin nicht generell gegen Entwicklungszusammenarbeit und die Entsendung von gut bezahlten Fachkräften, aber das System muss sich ändern.“ Unter anderem müsste über die verschiedenen Erwartungen offener gesprochen werden.

Auch in der Organisation, in der Lawrence Okello beschäftigt ist, sind die Hierarchien noch immer weitgehend die alten. Zwar gibt es auch Kenianerinnen und Kenianer in leitenden Positionen, aber ganz oben sitzen die weißen Experten, die schwarzen Untergebenen arbeiten zu. Der 30-Jährige arbeitet in einem der Flüchtlingslager von Kenia für eine nichtstaatliche Gesundheitsorganisation. Unter den 79 Angestellten gibt es einen Expat, und

der hat die oberste Leitung. Okello rückt erst nach und nach mit seiner Meinung dazu heraus. Natürlich wollten die Verantwortlichen einer internationalen Organisation sicher sein, „dass die Kenianer das nötige Know-how und die Grundidee der Organisation verstanden haben, bevor sie die Leitung an sie geben“, sagt er einerseits. Andererseits erwarte er, dass nach einer angemessenen Zeit die Verantwortung auf die Einheimischen übertragen wird. Seine Organisation habe seit den 1990er Jahren Projekte in Kenia, „und ich denke, in all diesen Jahren hätten sie dafür sorgen müssen, dass Kenianer die Leitung übernehmen können“.

**W**as die Bezahlung angeht, findet er das System einerseits transparent und nachvollziehbar: Die Gehälter sind nach Qualifikation und Berufserfahrung gestaffelt. Andererseits aber saßen ganz oben immer die Weißen, das höre er auch von Kollegen in anderen Organisationen. Wirklich ungerecht findet er die ungleiche Auszahlung von Spesen, der sogenannten per diems. „Die Ausländer kriegen doppelt so viel wie wir“, sagt er. Zwar räumt er ein, dass die Ernährungsvorlieben der Expats kostspieliger seien als die üblichen Gerichte der Kenianerinnen und Kenianer. Dennoch sollte das geändert werden, sagt Okello. Als Angestellter zweiter Klasse fühlt er sich aber nicht: Auch der oberste Chef behandle ihn mit Respekt.

Freundschaften zwischen Expats und kenianischen Angestellten scheinen allerdings eher die Ausnahme zu sein. „Ein Kenianer hat mal gesagt: In der Kantine sitzen die Schwarzen und die Weißen jeweils für sich“, erzählt Norbert Thürnich, der für ein internationales Agrarforschungsinstitut in Nairobi arbeitet. „Und ich muss sagen: Er hat recht.“

Bevor er nach Kenia kam, hat Thürnich lange für ein ähnliches Institut in Indien geforscht; er blickt auf etwa 15 Jahre Erfahrung zurück. In dieser Zeit hätten diese Institute viel getan, um die strukturelle Benachteiligung einheimischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beseitigen. Alle Positionen werden nach einem einheitlichen System beschrieben und klassifiziert. Für Stellen mit besonders hohen Anforderungen gilt die Promotion als Minimum. Darauf können sich auch Kenianerinnen und Kenianer bewerben. Und künftig werde es nur noch eine Arbeitnehmervertretung für alle geben statt wie früher jeweils eine für meist weiße Ausländer und eine für meist schwarze Inländer.

Einen latenten Rassismus beobachtet er in dem Institut in Nairobi aber doch, wobei Klischees und Vorurteile sich nicht nur auf Schwarze oder Weiße bezögen. „Auch in Bezug auf Somalier oder Inder oder Kongolesen und andere gibt es bestimmte Erwartungen und Vorurteile.“ Während der Arbeit sei das Miteinander jedoch unproblematisch und kollegial, persönliche Kontakte in der Freizeit entstünden aber kaum. Die Expats bleiben mehr oder weniger unter sich. ■

Alle Namen wurden geändert.

Längst arbeiten in internationalen Organisationen auch viele Menschen aus Entwicklungsländern. Drei von ihnen erklären, wofür sie sich einsetzen.

## „Meine schwierigste Aufgabe ist, schlechte Nachrichten zu überbringen“

Ich bin humanitäre Helferin von Herzen. Geboren wurde ich in Beitbridge in Simbabwe, einer der belebtesten Grenzstädte im südlichen Afrika. Dort begünstigen poröse Grenzen heute noch die irreguläre Migration. In meiner

Kindheit wurde ich Zeugin, wie Menschen aus Südafrika zurückkehrten, nachdem sie von bewaffneten Banden ausgeraubt oder vergewaltigt worden waren.

Als Studentin engagierte ich mich freiwillig in meiner Heimatstadt. Im humanitären Bereich arbeite ich seit 2006, zunächst für die Internationale Organisation für Migration, seit 2014 für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz. Meine

Erfahrung im Migrationsbereich und die Ziele der Organisation – das passte von Beginn an gut zusammen.

Familien in Simbabwe kommen auf mich zu, um ihre verschollenen Verwandten in Südafrika ausfindig zu machen. Der Kontakt reißt oft ab aufgrund fehlender Mobilverbindungen, längerer Gefängnis- und Krankenhausaufenthalte oder wegen psychischer Erkrankungen infolge der Migration. Dann suche ich nach den Vermissten und unterrichte die Familien über die Ergebnisse. Unseren Erfolg messen wir am Aufwand, den wir in einen Fall stecken, von dem Moment, an dem wir die Daten einer vermissten Person sammeln, über den Fahndungsprozess bis hin zum Feedback an die Familie.

Meine schwierigste Aufgabe ist, schlechte Nachrichten zu überbringen – vor allem wenn wir herausfinden, dass ein vermisster Migrant tot ist. Wenn die Umstände des Ablebens völlig unklar sind, lässt das viele Familien verzweifeln. Oft rührt es sie zu Tränen, wenn das IKRK ihnen ein offenes Ohr gibt, wenn sie erkennen: Da ist jemand, der ihren Schmerz und ihren Verlust versteht. Andererseits ist es wie eine Belohnung, zu wissen, dass manche gesuchte Migranten noch leben, und Familien zu vereinen. Meinen Job aufzugeben hieße, die Familien, die auf uns zählen, im Stich zu lassen.

Aufgezeichnet von **Markus Schönherr**.



Unita Ndou (Zw. v. r.), 48, ist Sozialarbeiterin beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) in Simbabwe und Südafrika

# Teil einer globalen Gemeinschaft

## „Mich treibt der Wunsch an, anderen zu helfen“

Ich bin im Bundesstaat Minas Gerais in Brasilien geboren und aufgewachsen. Dort habe ich auch meinen Abschluss in Tourismus gemacht und als Reisebüroleiterin gearbeitet. Ich habe immer viel Sozialarbeit für die Gemeinde Árvore da Vida geleistet, die mit der Pastoral da Criança verbunden ist. Ich habe in einem Pflegeheim und in Erholungsheimen für Drogenabhängige geholfen.

Die Koordinatorin unserer Gruppe war 2017 in Mosambik, und der damalige Bischof von Gurué, der inzwischen verstorbene Francisco Lerma Martinez, lud sie ein, eine alte Mission aus der Kolonialzeit zu übernehmen, die seit 1985 wegen des Bürgerkriegs keine ansässigen Missionare mehr hatte. Wir nahmen die Bitte an, und 2018 haben ich und drei weitere Missionare unsere Arbeit in Moneia begonnen, einem ländlichen Dorf in Sambesi, im Norden des Landes.

Mich hat immer der Wunsch angetrieben, anderen zu helfen, und da ich die Bedürfnisse der Familien von Moneia kannte, nahm ich diese Herausforderung an. Es ist eine arme Region, in der nicht einmal der Zugang zu Wasser gewährleistet ist. Die Menschen müssen kilometerweit laufen, um eine Quelle zu erreichen.

Ich arbeite mit Kindern, Frauen und Jugendlichen und bin verantwortlich für die Ausbildung lokaler Führungskräfte, für das Angebot von Hygiene- und Gesundheitserziehung, und ich überwache die Entwicklung von schwangeren Frauen und Kindern bis zu sechs Jahren. Alle sind sehr empfänglich, und

trotz kultureller Unterschiede schaffen wir Bindungen.

Wir stehen vor einigen Herausforderungen: Das sind vor allem die Mängel im Gesundheitswesen und die Perspektivlosigkeit der Menschen, die viele Jahre des Krieges erlebt haben. Es ist jedoch erfreulich zu wissen, dass meine Arbeit die besten Lebensbedingungen für Kinder bietet und dass diese Betreuung ihre Zukunft bestimmen wird. Deshalb versuche ich immer dann, wenn etwas nicht wie geplant läuft, neue Wege zu finden, um meine Ziele zu erreichen.

Ich glaube, dass die Zusammenarbeit zwischen den Ländern wesentlich ist, um die Armut zu überwinden. Vor allem, wenn es nicht nur darum geht, Geld zu schicken, sondern auch um die Arbeit von Angesicht zu Angesicht, bei der wir die Realität der Bevölkerung verstehen und uns mit ihr verändern können.

Aufgezeichnet von Sarah Fernandes.



Ludmilla Guimarães Abreu, 29, brasilianische Missionarin in Mosambik für Pastoral da Criança

## „Als humanitärer Helfer muss ich geduldig sein“

Ich arbeite seit mehr als vier Jahren in al-Hudaïda; davor war ich in anderen Provinzen tätig. Ich habe diese Art Arbeit gewählt, weil ich Teil der weltwei-

ten humanitären Gemeinschaft sein möchte, die Zeit und Anstrengung darauf verwendet, Leben zu retten und unseren Planeten zu einem besseren Ort zu machen. An meiner Arbeit gefällt mir, dass sie immer wieder ein Lächeln auf entnervte Gesichter von Menschen zaubert, die unter Armut und Unsicherheit als Folge von Krieg leiden, die gefährdet und stark betroffen sind und denen wir helfen. Ich mag es nicht, wenn Zwänge unsere humanitären Bemühungen behindern, Leben zu retten – besonders in schwer zugänglichen Gebieten, in denen der größte Teil der Bevölkerung dringend Hilfe benötigt. Aber als humanitärer Helfer muss ich geduldig sein und spüren, wo unsere Anstrengung glückliche Wirkungen hat.

In meiner täglichen Arbeit messe ich den Erfolg daran, wie weit wir Indikatoren erfüllen und nachhaltige Projektergebnisse erreichen. Wir gehen logisch, vernünftig, geduldig und beharrlich voran, um all die frustrierenden Erfahrungen zu bewältigen. Unsere Aufgabe ist umfassend und inspirierend: mehr als 150.000 Haushalte mit ununterbrochener Notfallhilfe zu versorgen. Dazu gehören Nahrungsmittel, Gesundheitsdienste, Wasser, sanitäre Einrichtungen und Hygiene – und das in schwer zugänglichen, an Kriegsfrennen angrenzenden Gebieten, die unter lang anhaltenden, von Menschen verursachten Katastrophen leiden. Ich tue diese Arbeit gern und werde weiterhin mein Bestes tun, damit bedürftige Menschen in meinem Land Hilfe erhalten können.

Aufgezeichnet von Amal Mamoon.



Salem Ja'afar Baobaid leitet die humanitäre Arbeit der Nothilfeorganisation Islamic Relief in der jemenitischen Provinz al-Hudaïda

# „Manchmal wurde ich nur eingeladen, weil ich schwarz bin“

Über Rassismus in der deutschen Entwicklungsszene – und was dagegen helfen würde

Gespräch mit Boniface Mabanza

In deutschen Entwicklungsorganisationen arbeiten zu wenige Menschen mit schwarzer oder dunkler Haut, kurz People of Colour. Das gilt für staatliche und nichtstaatliche Organisationen gleichermaßen, sagt Boniface Mabanza, der die Szene seit langem gut kennt. Mehr People of Colour würden die deutsche Entwicklungszusammenarbeit verändern, sagt Mabanza – zu ihrem Vorteil.

Herr Mabanza, im Zuge der „Black Lives Matter“-Debatte haben schwarze Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter internationaler Organisationen von Rassismus am Arbeitsplatz berichtet. Geht es Ihnen ebenso?

Nein, ich erlebe hier, wo ich arbeite, keinen Rassismus. Aber es gibt in der deutschen Entwicklungsszene Vorfälle, die ich als unreflektierte Formen von Rassismus bezeichnen würde.

Zum Beispiel?

Mich erreichen immer wieder Anfragen von Entwicklungsorganisationen für Veranstaltungen, in denen mir automatisch Kompetenzen für alle Belange auf dem afrikanischen Kontinent zugeschrieben werden. Ich werde als „Stimme Afrikas“ angesprochen und soll „die“ afrikanische Perspektive vertreten. Die gibt es

Das betrifft PoC, die sich wundern, dass sie nicht mehr zu sehen sind, wenn ihre Organisationen Bilder nach außen zeigen.

Wie gehen Sie mit Einladungen um, in denen Sie als „Stimme Afrikas“ angefragt werden?

Die nehme ich in der Regel nicht an, höchstens um die Gelegenheit zu nutzen, die Veranstalter ausgiebig aufzuklären. Ich verstehe mich als Grenzgänger zwischen Europa und Afrika. Meine Perspektive gründet auf Erfahrungen auf beiden Kontinenten – in Afrika vor allem von Menschen aus der Zivilgesellschaft, mit denen ich zu Handelsfragen arbeite. Deren Perspektiven kann ich hier vertreten. Ich teile hingegen nicht, was der Präsident der DR Kongo oder der von Südafrika zum Rohstoffabbau sagen.

Man sollte denken, dass deutsche Entwicklungsorganisationen Afrika nicht undifferenziert als einen homogenen Kontinent sehen.

Solche Anfragen kommen von Organisationen, die entwicklungspolitische Bildungsarbeit machen und es eigentlich besser wissen sollten. Natürlich betonen alle Organisationen, Afrika als einen Kontinent mit verschiedenen Gesellschaften, Kulturen und Konflikten zu sehen. Aber wenn es konkret wird, fallen manche deutsche Entwicklungsorganisationen in die alten Muster der Homogenisierung zurück.

Sind deutsche Entwicklungsorganisationen zu weiß?

Ja. Ich war bei vielen großen Hilfsagenturen und Hilfswerken zu Gast. Selbst die Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeiter dort haben mir gesagt, dass Ihre Organisationen zu weiß sind. Die merken das also schon selbst.

Gibt es in dieser Hinsicht einen Unterschied zwischen staatlichen Agenturen und kirchlichen oder zivilgesellschaftlichen Hilfswerken?

Nein, das betrifft die Gesamtheit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Kirchliche Organisationen sind nicht diverser als staatliche Agenturen. Dennoch gibt es natürlich unterschiedliche Arbeitsweisen: Bei Brot für die Welt zum Beispiel, einer Organisation ohne eigene Strukturen in den Partnerländern, hat die Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort einen anderen Stellenwert als bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) mit eigenen Länderbüros und Personal in Führungspositionen nur aus Deutschland.

Warum sind deutsche Entwicklungsorganisationen so wenig divers?

In der deutschen Entwicklungsszene werden bestimmte Rekrutierungsmuster reproduziert und damit auch die Profile der Mitarbeitenden. Freie Stellen werden zunächst hausintern ausgeschrieben. Wer nicht drinnen ist, hat es grundsätzlich schwer reinzukommen. Wenn Stellen öffentlich ausgeschrieben werden, erreichen sie People of Color oft nicht.

Warum?

Sie sind nicht vertreten in den Netzwerken und Kanälen, über die Stellenausschreibungen verbreitet werden. Bei Dachverbänden wie Venro oder den entwicklungspolitischen Landesnetzwerken sind

*„Langfristig müssen Organisationen aus dem globalen Süden darin investieren, mehr Finanzierung vor Ort zu kriegen.“*

aber nicht. Und selbst wenn es sie gäbe, hätte ich kein Mandat, sie zu vertreten. Ich lebe nicht in Afrika, sondern in Deutschland und vertrete eine deutsche Organisation. Auf der anderen Seite wird mir manchmal aufgrund meiner Herkunft jegliche Qualifikation abgesprochen. Mir wurde schon gesagt, ich sei nur eingeladen, weil ich schwarz bin und aus Afrika komme. Es gibt beide Extreme. Darüber hinaus gibt es Fälle, in denen die wenigen People of Colour, PoC, die in den Organisationen präsent sind, unsichtbar gemacht werden.

Boniface Mabanza ist Philosoph, Literaturwissenschaftler und Theologe und stammt aus Kimbongo in der Demokratischen Republik Kongo. Er arbeitet seit 2008 bei der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) in Heidelberg.



*„Ich habe von Menschen mit Migrationsbiografien gehört, dass ihre Bewerbungen bei Entwicklungsorganisationen nie berücksichtigt würden.“*

kaum migrantische Organisationen oder Diaspora-Gruppen aktiv. Es gibt aber noch einen anderen Grund: Ich habe von Menschen mit Migrationsbiografien gehört, ihre Bewerbungen bei Entwicklungsorganisationen würden nie berücksichtigt – selbst wenn sie auf das Stellenprofil passen. Ich kann das empirisch nicht belegen, aber solche Geschichten höre ich immer wieder. Bei kirchlichen Organisationen kommt die Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft hinzu, die etwa Muslime im Prinzip ausschließt.

Wie können entwicklungspolitische Organisationen in Deutschland diversiver werden?

Sie müssen aktiv auf migrantische Menschen zugehen. Zum Beispiel sollten sie Stellenausschreibungen über entsprechende Kanäle verbreiten, etwa ausländische Kirchen und Diaspora-Verein-

ne. Gleichzeitig müssen Menschen mit Migrationshintergrund ermutigt werden, sich früh auf Praktika zu bewerben, um einen Einstieg zu finden.

Kennen Sie viele PoC, die gerne in der Entwicklungszusammenarbeit unterkommen würden?

Ja, weil ihnen das ermöglicht, sowohl in Deutschland als auch in ihren oder den Herkunftsländern ihrer Eltern aktiv zu sein. Für viele PoC ist die Entwicklungszusammenarbeit attraktiv, weil sie gerne etwas für die Herkunftsregion ihrer Eltern tun wollen – auch wenn sie in Deutschland geboren sind. Natürlich gibt es auch in der Diaspora viele, für die Entwicklungszusammenarbeit nicht in Frage kommt. Sie sehen darin eine Kontinuität des Kolonialismus mit seiner Zivilisierungsmission und eine Verschleierung imperialistischer Interessen.

Würde die Präsenz von PoC in Entwicklungsorganisationen die Projektarbeit im globalen Süden verbessern?

Die Entwicklungszusammenarbeit würde auf jeden Fall sensibler werden für relevante Faktoren in den Projektländern. Ich habe zum Beispiel durch meine Herkunft ein Wissen über die kongolesische Gesellschaft und kulturelle Feinheiten, das ich in meine Arbeit einbringen kann. Auch die zweite Generation der in Deutschland lebenden Kongolesen hat durch die Biografie ihrer Eltern einen Zugang zum Land, den die meisten weißen Deutschen nicht haben. Das wäre ein großer Mehrwert für die Projektarbeit der Organisationen. Auch die Wahrnehmung innerhalb der Organisationen würde sich durch Perspektiven und Biografien von PoC verändern.

Inwiefern?

Ich kenne eine afrodeutsche Person, die in der Öffentlichkeitsstelle einer großen deutschen Entwicklungsagentur arbeitet. Seitdem sie den Job hat, wird dort viel intensiver über die Bilder zur Spendenwerbung diskutiert. Die Darstellung von schwarzen Kindern und Erwachsenen in verletzlichen Situationen ist dort nicht mehr möglich. Natürlich kann auch eine weiße Person ansprechen, dass solche Bilder problematisch sind. Aber eine afrodeutsche Person kann erzählen, was diese Bilder mit ihr gemacht haben. Wenn ich am Bahnhof an Plakaten der Welthungerhilfe oder von Save the Children vorbeilaufe, sehe ich darin eine der Quellen des abwertenden Blickes, der mich und alle schwarzen Menschen in Deutschland sehr oft

Diversität schafft neue Perspektiven: Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global vermittelt Fachleute mit Migrationsbezug an Kommunen, um sie in entwicklungspolitischen Fragen zu beraten.

ENGAGEMENT GLOBAL/MARTIN MAGUNIA



begleitet. Wenn persönliche Geschichten erzählt werden, haben wir eine andere Diskussion in den Organisationen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Aktivist\*innen aus dem globalen Süden kritisieren, dass finanzstarke Geber aus dem Norden bei Kooperationen den Ton angeben und über lokale Entwicklungsprojekte bestimmen. Würde mehr Diversität in den Organisationen etwas an diesem strukturellen Machtgefälle ändern?

Nein. Das Machtgefälle besteht weiter, auch wenn ein schwarzer Mitarbeiter in Deutschland das Geld verwaltet. Eine diversere Personalpolitik alleine löst dieses Problem nicht. Vor allem die Richtlinien für Projekte üben eine unsichtbare Macht aus, die oft unterschätzt wird. Ein Projekt zum Thema Bürgerbeteiligung etwa muss immer auf eine bestimmte Weise durchgeführt und evaluiert werden, von Tunesien bis Südafrika. Das ist eine unsichtbare Homo-

genisierung des Denkens und Arbeitens der Menschen im globalen Süden.

Wie lässt sich dieses Machtgefälle abbauen?

Auf lange Sicht muss die finanzielle Macht des globalen Nordens reduziert werden. Es muss möglich sein, dass Länder des globalen Südens ihre Projekte selbst finanzieren – und Geber aus dem Norden nur zu einem geringeren Teil daran beteiligt sind, wenn überhaupt.

Wäre es dann nicht konsequent, dass in der Entwicklungszusammenarbeit gar kein Geld mehr vom globalen Norden in den Süden fließt?

Die Wirklichkeit ist komplexer. In Ländern mit einer autokratischen Regierung sind unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen auf die Finanzierung von außen angewiesen. Selbst in vergleichsweise liberalen Ländern wie Südafrika und Botsuana sind zivilgesellschaftliche Organisati-

onen dankbar für Geld aus dem Ausland, weil sie sich dann freier äußern können. Aber lokale Organisationen müssen entscheiden, was sie für wichtig halten. Sie sollten keine Projekte stricken, nur weil es dafür gerade einen entsprechenden Fonds gibt. Langfristig müssen Organisationen aus dem globalen Süden darin investieren, mehr Finanzierung vor Ort zu kriegen.

Können PoC die Diskussion über das Machtgefälle zwischen den großen Organisationen im globalen Norden und der Zivilgesellschaft im globalen Süden eher anstoßen als weiße Mitarbeiter?

Ich glaube schon, weil sie das Machtgefälle aus einer anderen, radikaleren Perspektive wahrnehmen. Sie sind besser geeignet zu vermitteln, dass Entwicklung keine Sache der Weißen sein kann, sondern von innen angestoßen werden und den jeweils lokalen Notwendigkeiten entsprechen muss.

Das Gespräch führte **Moritz Elliesen**.

Anzeige

## Jede\*r hat das Recht auf Bildung.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Art. 26 (1)

### Wer wir sind

Der **World University Service (WUS)** setzt sich auf nationaler und internationaler Ebene für das **Menschenrecht auf Bildung** ein. Das Netzwerk wurde 1920 gegründet, um Menschen im Hochschulbereich zu unterstützen. Es ist politisch und konfessionell nicht gebunden und in über 50 Ländern weltweit vertreten. Der WUS in Deutschland nimmt an nationalen und internationalen Initiativen im Bildungs- und Entwicklungsbereich teil. Er informiert, berät und führt Stipendienprogramme und Projekte durch.

### Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika

Der WUS unterstützt Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika durch:

- **Lobbyarbeit**, um die Studienbedingungen zu verbessern
- Angebote zu **beruflicher Orientierung** und **Reintegration**
- das **Studienbegleitprogramm STUBE** für Studierende in Hessen durch Seminare, Akademien und andere Angebote sowie
- das **Portal Hessische Hochschulen im Nord Süd Kontext** mit Informationen zu Angeboten hessischer Hochschulen und Organisationen.

### Globales Lernen

Die WUS-Projekte fördern das Globale Lernen. Sie basieren auf der Agenda 2030 und dem Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung:

- Die **Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd** vernetzt staatliche und nicht-staatliche Akteur\*innen. Sie berät und informiert über aktuelle Entwicklungen und Angebote im Bereich der entwicklungspolitischen Bildung in Deutschland.
- Das **Portal Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik** präsentiert im Auftrag der 16 Deutschen Länder deren entwicklungspolitische Ziele und Aktivitäten.
- Das **Portal Globales Lernen** hält Informationen und Bildungsangebote zu Globalem Lernen bereit.
- Das Projekt **Grenzenlos** kooperiert mit berufsbildenden Schulen und vermittelt Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika als Referent\*innen.
- Der **WUS-Förderpreis** zeichnet Studienabschlussarbeiten aller Fachrichtungen aus, die ausgewählte Themen der Agenda 2030 behandeln.



World University Service (WUS) –  
Deutsches Komitee e. V.  
Goebenstr. 35, 65195 Wiesbaden,  
Tel. 0611 446648  
info@wusgermany.de  
www.wusgermany.de



# Die Kontrolle von außen kommt zu kurz

Immer wieder sind Mitarbeiter der UN, von Hilfsorganisationen sowie Peacekeeping-Soldaten in sexuellen Missbrauch und in Ausbeutung von Hilfsbedürftigen verwickelt. Doch statt die Fälle strafrechtlich verfolgen zu lassen, arbeiten viele Organisationen sie lieber intern auf.

Von Melanie Kräuter

Mehr als zwei Jahre sind seit dem letzten großen Skandal vergangen: Im Februar 2018 berichtete die britische Zeitung „The Times“ als erste, dass einige Oxfam-Führungskräfte aus Großbritannien während ihres Hilfeinsatzes 2011 nach dem Erdbeben in Haiti Sexpartys mit Überlebenden gefeiert hatten. Der Zeitung war eine vertrauliche Oxfam-Untersuchung zugespielt worden. Daraus ging auch hervor, dass einem der Führungskräfte in Haiti, Roland van Hauwermeiren, schon 2006 als Leiter von Oxfam im Tschad Sex mit Prostituierten vorgeworfen worden war – und genauso 2004, als er Landesdirektor der Hilfsorganisation Merlin in Liberia war. In keinem der Fälle folgte ein strafrechtliches Verfahren. Er durfte selbst kündigen und arbeitete nach 2011 noch mehrere Jahre für die Hilfsorganisation Action Against Hunger in Bangladesch.

Wie kann jemand, der mehrmals schamlos seine Machtposition gegenüber Hilfsbedürftigen ausgenutzt und deren Grundrechte verletzt hat, so lange und ohne Folgen in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sein? Und wie kann man so etwas verhindern?

Vielleicht hätte in diesem Fall ein internationales Register für humanitäre Helfer geholfen, über das derzeit das britische Entwicklungsministerium DfID diskutiert. Seit Januar 2019 haben schon 46 Hilfsorganisationen weltweit das sogenannte Misconduct Disclosure

Scheme umgesetzt – weitere sollen folgen. Dort werden Personen erfasst, die schon mal durch sexuelle Übergriffe auffällig wurden und gegen die Untersuchungen oder disziplinarische Maßnahmen laufen. Hilfsorganisationen sollen sich damit über die Vergangenheit ihrer Bewerber informieren können. Das vom DfID vorgeschlagene Aid Worker Registration Scheme soll darüber hinaus biometrische Daten enthalten, auch Interpol soll darauf zugreifen können.

Kritiker aus der Branche bezweifeln, dass diese Daten und die

Privatsphäre der Erfassten ausreichend geschützt wären. „Das vorgeschlagene Register ist ein unverhältnismäßiger und teurer Eingriff in die persönlichen Daten von Millionen von Angestellten im humanitären Sektor, besonders wenn man bedenkt, dass die überwiegende Mehrheit von ihnen gewissenhaft arbeitet und sich an Gesetze hält“, sagt Asmita Naik, Beraterin für internationale Entwicklung und Menschenrechte in Großbritannien.

Aber sexuelle Ausbeutung und Missbrauch (SEA) sind in der Entwicklungshilfe keine seltene Ausnahme. Seit 2001 ein Skandal in Westafrika bekannt wurde – Mitar-

beiter von Hilfsorganisationen hatten im Tausch für Hilfe Sex geordert –, ist das verbreitete Problem erkannt. Bei NGOs und den Vereinten Nationen folgten Bekenntnisse zur „Null-Toleranz-Politik“ und die Verschärfung von Verhaltenskodizes. Seit ihrer Einführung 2016 gelten bei den meisten Hilfsorganisationen die Standards zum Schutz vor sexueller Ausbeutung und Missbrauch, die vom Inter-Agency Standing Committee (IASC) der Vereinten Nationen erarbeitet wurden. Sie sehen auch Mitarbeiterschulungen und die Einrichtung von Hotlines oder E-Mail-Adressen für Whistleblower vor.

Doch eines der Hauptprobleme bei sexuellen Übergriffen im humanitären Sektor bleibt, dass Kontrolle von außen fehlt. Die Vorwürfe werden in der Regel erst einmal intern untersucht und jede NGO entscheidet für sich, wie sie reagiert. Insider sagen, die öffentlich bekannt-

sonal ist die Aufarbeitung der Fälle besonders schwierig. Denn die meisten UN-Mitarbeiter genießen durch ihr Mandat zunächst Immunität und können daher nicht strafrechtlich verfolgt werden. Und bei Peacekeeping-Soldaten entscheidet das entsendende Land darüber, ob der Fall untersucht wird und welche Strafen verhängt werden.

Paula Donovan ist Leiterin der globalen Kampagne Code Blue, die sich seit 2015 für Opfer sexueller Gewalt durch UN-Mitarbeiter einsetzt. Sie kritisiert, die Aufklärungsquote sei niedrig: „2019 lag der Anteil der Anklagen, die entweder wegen Mangels an Beweisen fallengelassen oder nicht aufgeklärt wurden, bei 94 Prozent.“ Um die Interessenskonflikte innerhalb der UN zu umgehen und mehr Fälle aufzuklären, fordert Code Blue eine Art unabhängige Rechtsinstanz (Special Court Mechanism), die jeweils in der Nähe der jeweiligen Missionen angesiedelt ist und die Vorwürfe untersucht. Die UN zeigen sich davon nicht überzeugt.

Auch die Idee von unabhängigen Ombudsleuten, die in den Projektländern Ansprechpartner für Betroffene von SEA sein sollen, wurde seitens der NGOs immer wieder verworfen. Statt eines internationalen Registers für Mitarbeiter von Hilfsorganisationen hält Asmita Naik andere Mittel für wirksamer, um sexuelle Ausbeutung und Missbrauch vorzubeugen und zu bekämpfen: Verletzliche Gruppen stärken, mehr Frauen einstellen, sichere und zugängliche Beschwerdemechanismen schaffen, unabhängige Untersuchungen einleiten, die Täter bestrafen und dies auf faire Weise öffentlich machen. Kombiniert mit einer besseren Kontrolle seitens der Geldgeber und unangemeldeten Prüfungen vor Ort würde man damit nach außen zeigen, dass SEA nicht toleriert wird. ■

*Die Idee, in den Projektländern unabhängige Ombudsleute einzusetzen, wurde immer wieder verworfen.*

gewordenen Fälle seien nur die Spitze des Eisbergs. Denn viele Betroffene oder Hinweisgeber würden aus Angst vor Jobverlust oder Repressionen schweigen.

Bei den UN kann man immerhin tagesaktuell in einer Datenbank nachschauen, wie viele und welche Vorwürfe gegen UN-Personal es gibt und wie der Status quo ist. Seit 2017 hat die UN bis Ende August 2020 281 Vorwürfe wegen sexueller Ausbeutung oder Missbrauch aufgelistet mit mutmaßlich 324 Opfern und 296 Tätern. In einer anderen Tabelle finden sich für 2020 bisher 39 Vorwürfe gegen Blauhelmsoldaten. Doch gerade bei UN-Personal



Da sein, wenn es brenzlich wird:  
Ein Freiwilliger der Peace Brigades  
begleitet im August in Honduras  
eine Demonstration.

PBI DEUTSCHLAND

# Mit Abstand schützen

Freiwillige der Peace Brigades International begleiten in Konfliktgebieten Menschenrechtsverteidiger. In deren Arbeit und in die Politik sollen sie sich aber nicht einmischen. Das ist schwer auszuhalten.

Von Stephan Kroener

**F**reiwillige der Peace Brigades International (pbi) kennt man eigentlich nur von hinten. In Presseberichten und auf ihrer Internetseite dominiert die fotogene Rückenansicht. Sie ist charakteristisch für die Selbstdarstellung der Organisation, die seit knapp 40 Jahren Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger in Konfliktgebieten begleitet. Einerseits prangt auf den Rücken der Freiwilligen das große pbi-Emblem, das sie als neutra-

le internationale Beobachter kenntlich macht. Andererseits versucht die von den Vereinten Nationen anerkannte nichtstaatliche Organisation (NGO) sich auch bildlich zurückzustellen: Im Mittelpunkt stehen die zu schützenden Personen, in deren Arbeit sich die pbi-Freiwilligen nicht einmischen.

Auf diesem Prinzip der Nichteinmischung und der gewaltfreien Konfliktlösung beruht die Arbeit der Organisation, die als weltweit führend im Bereich Schutzbegleitung gilt. Der 12- bis 18-monatige Einsatz ist für viele eine Extremsituation. Es war „persönlich sehr anstrengend, zum Teil auch frustrierend und ernüchternd“, sagt Mieke Wolter. Die 33-jährige Frau aus einem beschaulichen 365-Einwohner-Dorf in der Lüneburger Heide ist gerade wieder aus Honduras zurück. Dort hat sie LGBTIQ-Kollektive, Journalisten und Bauernvereinigungen

begleitet, die sich gegen Energiegroßprojekte ausländischer Großinvestoren zur Wehr setzen. Die Freiwilligen gehen mit den Menschenrechtsverteidigern zu Gerichtsverhandlungen, Versammlungen und anderen Terminen. Dadurch sollen die internationale Aufmerksamkeit und so die „politischen Kosten“ für Aggressoren erhöht werden.

Bei Gefahr aktivieren die Freiwilligen ein globales Alarmnetzwerk, das vom Dorfpolizisten über die Botschaften bis zu EU-Parlamentarierinnen, US-Abgeordneten und den Vereinten Nationen reicht. „Unsere Gegenwart schützt die Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger nicht nur, sondern wertet auch ihre Arbeit auf“, erklärt Wolter. Sie ist zwar weiterhin von der Wichtigkeit der Arbeit von pbi überzeugt, weiß aber auch, „dass man nicht wirklich was an den ungerechten Strukturen ändern kann, man kann halt nur kurzzeitig lindern“.

Die Arbeit von pbi zielt nicht darauf ab, von außen einen radikalen Wandel in den Projektländern herbeizuführen. Die Freiwilligen sollen den Menschen und Organisationen, die sie begleiten, ermöglichen, eine „nachhaltige Konflikttransformation“ zu gestalten, wie es auf der Website heißt.

Das Prinzip der Nichteinmischung schafft aber auch ein Dilemma für die hoch motivierten und oft idealistischen Freiwilligen. Diese Frustration hat auch Neil Martin gespürt, der zwei Jahre lang als pbi-Freiwilliger in Kolumbien gearbeitet hat. „Ich wollte mich immer einbringen und unseren Begleitorganisationen helfen, ihre Strategien zu verbessern“, sagt der Enddreißiger, der heute von Uruguay aus eine internationale Gewerkschaftsföderation in Südamerika organisiert. Schon vor seinem Freiwilligendienst engagierte sich der US-Amerikaner in seiner Heimatstadt Cincinnati in nichtstaatlichen Organisationen. Die Peace Brigades International sieht er vor allem als eine Schule für Menschen, die mit „wenig Erfahrung in die Welt der NGOs einsteigen und sich danach weiter für die Menschenrechte einsetzen wollen“.

Sich zurückzunehmen und nicht einzumischen sei im Grunde richtig, sagt Martin, der seit sieben Jahren nicht mehr für pbi aktiv ist. Doch auch die emotionale Vertrauensbasis ist für ihn von Bedeutung, „denn die Begleiteten erzählen dir dann mehr, auch Dinge, die ihre Sicherheit betreffen“. In Krisensituationen arbeiten und leben die Freiwilligen teilweise Tag und Nacht mit den Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern zusammen und teilen mit ihnen Geschichten, Ängste und Freuden.

Die Peace Brigades International suchen sich ihre Projektländer nicht mit dem Finger auf dem Globus, auch nicht nach einem politischen Plan oder aufgrund einer zu erwartenden möglichst großen Spendenbereitschaft. Vielmehr werden sie direkt von den Partnerorganisationen angefragt. Dass pbi in Lateinamerika stärker aktiv ist als anderswo, hat einerseits historische Gründe: Die ersten Freiwilligen kamen aus der Solidaritätsbewegung für Länder Zentralamerikas. Andererseits ist

es auf die Mundpropaganda unter den lateinamerikanischen Organisationen zurückzuführen.

So breitet sich das Netz der pbi-Teams von Mexiko über Guatemala, Honduras und bald auch Costa Rica bis nach Kolumbien aus. In Kenia, Indonesien und Nepal ist pbi ebenfalls aktiv. Vor Corona waren jährlich weltweit knapp 50 Freiwillige und etwa 15 Fachkräfte im Einsatz, derzeit sind es noch etwa die Hälfte, die während der Pandemie versuchen, eine funktionierende Schutzbegleitung aufrechtzuerhalten.

**D**istanz wahren hat für die Freiwilligen schon vor Corona gegolten. Denn das Prinzip der Nichteinmischung hat im Einsatz in den Projektländern ganz praktische Folgen. Bei Protesten halten sie sich außerhalb des Geschehens auf und laufen immer nur am Rand des Demonstrationszuges. „Da dann nicht reinzugeraten, Blickkontakt und gleichzeitig Abstand zu halten, ist nicht immer einfach, weil ja auch überall Kameras zugegen sind“, erzählt Wolter. Auch in Gesprächen mit lokalen Behörden sei es nicht immer leicht, sich „neutral zu verhalten und einfach nur unsere Besorgnis sachlich darzustellen“.

### *Bei Protesten halten sich die Freiwilligen außerhalb des Geschehens auf und laufen nur am Rand der Demonstration.*

Diese Neutralität „in Führungszeichen“, wie Wolter betont, muss einerseits gegenüber den staatlichen Behörden und andererseits gegenüber den Begleitorganisationen gewahrt werden. Als Freiwilliger oder Freiwillige darf man nicht direkt an der Arbeit der Partnerorganisation mitwirken. Vor allem sollen sie sich aus den politischen Angelegenheiten und Entscheidungen der begleiteten Organisationen heraushalten.

Auch der frühere pbi-Freiwillige Martin berichtet, dass die NGOs oft wollten, dass die Freiwilligen an Workshops oder Gesprächen mit staatlichen Stellen teilnehmen. In solchen Situationen denke man sich auch mal: Warum auch nicht, man ist ja da und hat Zeit. Mit Abstand und sechs weiteren Jahren in der Entwicklungszusammenarbeit sieht Martin das aber reflektierter: Es sei wahr, dass die Leute in Dörfern und Gemeinschaften vor Ort „sich vielleicht anders verhalten hätten, wenn sie ein paar Gringos, ein paar Ausländer um sich gehabt hätten. Unsere Anwesenheit darf einfach in keiner Weise ihre Arbeitsweise beeinflussen und soll nur ihrem Schutz dienen“.

Curzeit ist das Mexiko-Projekt evakuiert und alle weiteren pbi-Teams wurden aufgrund der Pandemie stark verkleinert. Doch viele neue Freiwillige stehen schon in den Startlöchern, um nach Corona wieder Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern ihre sichere Schulter anzubieten und der Welt für ein paar Monate den Rücken zuzukehren. ■



**Stephan Kroener**

ist freier Journalist und Historiker in Kolumbien. Als Freiwilliger arbeitete er zwischen 2012 und 2014 für die Peace Brigades International in Kolumbien und als pbi-Länderkorrespondent im Deutschlandbüro in Hamburg.

# Corona ist auch eine Chance



Von Moritz Elliesen

Reisebeschränkungen, Ausgangssperren, weniger Geld: Corona erschwert die Arbeit von Hilfs- und Entwicklungsorganisationen. Doch manche Neuerung könnte sich auch über die Pandemie hinaus bewähren.

Normalerweise löst Audace Manirahinyuza Konflikte, indem er Menschen in einem Raum versammelt, wo sie miteinander diskutieren, sich anschreien und auch mal umarmen. Seit Anfang 2018 arbeitet der Deutsche als Friedensfachkraft für das evangelische Werk Brot für die Welt in Haut-Katanga im Südosten der Demokratischen Republik Kongo. Seit Beginn der Covid-19-Pandemie muss er Streit zwischen der Bevölkerung und Minenunternehmen in der rohstoffreichen Region anders schlichten – mit Abstand und ohne hitzige Diskussionen.

Die Provinz Haut-Katanga ist reich an Kupfer und Kobalt. Minenkonzerne, aber auch Kleinschürfer holen die Rohstoffe aus dem Boden. Manchmal kommt es dabei zu Konflikten mit der Bevölkerung, etwa wenn Gemeinden für ein Bergbauprojekt von ihrem

Land vertrieben werden oder weil Unternehmen Umweltstandards nicht einhalten. Manirahinyuza unterstützt die lokale Menschenrechtsorganisation SADRI und versucht, mit Hilfe des sogenannten Forumtheaters der lokalen Bevölkerung eine Stimme zu geben und zu verhindern, dass es zu Gewalt kommt.

Vor der Covid-19-Pandemie sah das so aus: Zunächst bringt Manirahinyuza Anwohner, Minenunternehmer und Lokalpolitiker an einen Tisch und lässt sie diskutieren. Anschließend inszenieren die Streitparteien den Konflikt als Theaterstück. Bis zu hundert Menschen kommen zu solchen Aufführungen. Mit Zwischenrufen beeinflusst das Publikum das Geschehen auf der Bühne und schlägt verschiedene Lösungen vor. Im Idealfall wird später umgesetzt, was auf der Bühne spielerisch erprobt wurde.

**Videokonferenz statt Flugzeug: UN-Generalsekretär António Guterres tauscht sich im Mai mit Psychologen aus Südafrika und Pakistan aus. Digitale Formate haben sich während der Covid-19-Pandemie bewährt.**

UN PHOTO/ESKINDER DEBEBE

Jetzt sind große Versammlungen verboten, obwohl es im Kongo vergleichsweise wenig Corona-Fälle gibt. Doch einfach aufhören kommt für Manirahinyuza nicht in Frage. Seit Mai arbeitet er mit einer kleinen Gruppe von zehn Delegierten und inszeniert Konflikte vor leeren Zuschauerrängen und mit Abstand auf der Bühne. Die Aufführung wird gefilmt und über einen lokalen Fernsehsender ausgestrahlt. Ein gleichwertiger Ersatz sei das nicht, weil die Diskussionsrunden im Vorfeld und die Interaktion mit dem Publikum fehlten, sagt Manirahinyuza. Die Friedensarbeit beruhe darauf, dass Menschen sich kennenlernen, miteinander sprechen und Vertrauen zueinander finden.

Nicht nur in der Friedensarbeit hat Corona die Arbeitsweise von Entwicklungs- und Hilfsorganisationen durcheinandergewirbelt. Zu kämpfen haben viele Organisationen und deren Mitarbeiter vor allem mit finanziellen Schwierigkeiten. Oxfam verkündete bereits im Mai, 18 Länderbüros im globalen Süden zu schließen und 1450 Stellen zu streichen, unter anderem weil Spendenevents abgesagt wurden und Oxfamläden schließen mussten. In Großbritannien stehen einer Umfrage zufolge knapp 5000 kleinere Entwicklungsorganisationen vor dem Bankrott. Insgesamt mussten in Afrika, Lateinamerika und dem Nahen Osten die Hälfte aller dortigen Entwicklungs- und Hilfsorganisationen finanzielle Einbußen hinnehmen, wie aus einer Umfrage der Onlineplattform Devex hervorgeht. In Asien und Europa waren es 40 Prozent.

### *Zu Beginn der Pandemie hofften Fachleute, dass lokale Organisationen im globalen Süden gestärkt würden.*

Auch deutsche Entwicklungs- und Hilfsorganisationen müssen mit weniger Geld zurechtkommen, wie eine im Juni veröffentlichte Umfrage des entwicklungspolitischen Dachverbands Venro zeigt, an der von den insgesamt 139 Mitgliederorganisationen 72 teilgenommen haben. Demnach beklagt ein Drittel der Organisationen sinkende Spendeneinnahmen und Fördermittel. Mehr als jede zehnte Organisation fühlt sich existenziell bedroht. Die Unsicherheit sei groß, sagt Venro-Geschäftsführerin Heike Spielmans. „Es ist noch nicht abzusehen, wie sich die Pandemie langfristig auf die Einnahmen auswirkt.“ Klar ist, dass die Angestellten die Einbußen bereits jetzt zu spüren bekommen: Sechs Prozent der Organisationen mussten Mitarbeitende entlassen, heißt es in der Venro-Studie; 17 Prozent der befragten Organisationen haben Kurzarbeit angemeldet.



**Moritz Elliesen**  
ist Volontär bei **welt-sichten**.

Doch die Krise birgt auch Chancen für Reformen. Vor allem zu Beginn der Pandemie hofften Fachleute, dass lokale Organisationen im globalen Süden gestärkt würden, weil internationale Fachkräfte nicht mehr ins Land kamen. Dann würde die Pandemie die Umsetzung eines alten Beschlusses voranbringen: Bereits 2016 hatten Geberländer und UN-Orga-

nisationen beim humanitären Weltgipfel in Istanbul beschlossen, Einheimischen im internationalen Hilfsystem mehr Gewicht einzuräumen und sie finanziell besser auszustatten.

Die Politikwissenschaftlerin Léa Moutard des in London ansässigen GISF (Global Interagency Security Forum), ein Forum von 120 zivilgesellschaftlichen Hilfsorganisationen, ist skeptisch. Lokale Organisationen im globalen Süden würden nicht automatisch gestärkt, sagt sie: „Der von Covid-19 erzwungene ungeplante Abzug von internationalen Mitarbeitern kann durchdachte und politisch gewollte Veränderung nicht ersetzen.“ Sie plädiert dafür, dass Stiftungen oder staatliche Entwicklungsbehörden Organisationen aus dem Süden verstärkt direkt finanzieren. Immerhin: In vielen großen Organisationen hätten Mitarbeitende aus dem globalen Süden mehr Verantwortung übernommen und mehr Mitsprache bei Entscheidungen in Projektländern eingefordert.

**E**ine gemischte Zwischenbilanz zieht auch eine Studie des britischen Overseas Development Institute. Die Leistung lokaler Organisationen werde zwar während der Pandemie oft betont. Aber von den Corona-Hilfsgeldern komme nur wenig bei ihnen an. Von den 2,4 Milliarden US-Dollar aus dem Spendenaufruf der Vereinten Nationen hätten einheimische Gruppen weniger als ein Prozent bekommen. Der Großteil wurde über UN-Organisationen abgewickelt.

Zumindest hierzulande wird die Pandemie die Arbeitsweise in Entwicklungs- und Hilfsorganisationen dennoch verändern. Vor allem bei Besprechungen und Veranstaltungen könnten in Zukunft digitale Formate zum Einsatz kommen. „Man hat gemerkt, dass das gut funktioniert“, sagt Venro-Geschäftsführerin Spielmans. Diskussionsveranstaltungen etwa seien leichter zu organisieren, wenn die Anreise wegfällt, und es gebe mehr Beteiligung. Auch Partnerinnen und Partner aus dem Süden ließen sich so besser einbinden. Ganz auf digitale Formate umzusteigen, kann Spielmans sich jedoch nicht vorstellen. Es fehle das Drumherum, etwa der Smalltalk am Rande von Konferenzen oder die Diskussion beim Mittagessen. „Ohne persönliche Begegnungen geht es nicht“, sagt sie.

Auch Manirahinyuza will manche Neuerung für seine Arbeit im Kongo beibehalten. Zum Beispiel will er die Theaterstücke weiter filmen und im Fernsehen ausstrahlen, selbst wenn Vorführungen vor Publikum wieder möglich sind. „So erreiche ich mehr Menschen“, sagt er. Vor allem gefällt ihm, dass er seine Kolleginnen und Kollegen von Brot für die Welt in Deutschland besser kennengelernt hat. Er kommuniziere jetzt viel öfter über Skype oder Zoom mit ihnen. „Der Austausch ist viel intensiver geworden, und wir reden auch mal über persönliche Dinge“, sagt er.

Als sich die Pandemie im Frühjahr in Europa und den USA ausbreitete, hatte Manirahinyuza überlegt, ob er mit seiner Familie das Land verlassen soll. Heute ist er froh, dass er geblieben ist und weiterarbeiten kann. „Die Probleme rund um den Bergbau verschwinden nicht wegen der Pandemie, und die lokale Bevölkerung kann nicht einfach weg“, sagt er. ■

# Ernährungssicherheit mit

Die Corona-Pandemie bringt immenses Leid über Millionen von Menschen in vielen Ländern. Sie zeigt aber auch, welche Lösungsansätze gegen den Hunger vielversprechend sind. Eine Erfolgsgeschichte aus Kenia.

**A**uf der Erde hungern 822 Millionen Menschen, 135 Millionen von ihnen haben so gut wie nichts oder sehr wenig zu essen. Die Corona-Pandemie ist ein zusätzliches Problem, das den Menschen das Überleben schwermacht, die ohnehin unter Armut leiden und besonders verwundbar sind. Doch die eigentlichen Ursachen für die Not liegen tiefer und werden auch nicht von alleine verschwinden. In dieser Kolumne möchte ich die Aufmerksamkeit auf eine Erfolgsgeschichte lenken, aus der sich einiges ableiten lässt.

Fastenopfer unterstützt seit Jahren Landwirtinnen und Landwirte in acht kenianischen Distrikten mit agrarökologischen Methoden. Diese sind Teil einer alternativen Form der Landwirtschaft, die sowohl ökologische als auch soziokulturelle, wirtschaftliche und politische Dimensionen berücksichtigt, um Ernährungssicherheit zu erreichen. So tragen bestimmte Baumstrukturen dazu bei, dass die Böden angesichts langer Trockenphasen mehr Wasser halten können, oder es werden besonders resistente Pflanzensorten genutzt.

Als Covid-19 im März in Kenia ausbrach, planten unsere Partnerorganisationen gerade mit den Bäuerinnen und Bauern an 21 Baumschulen, die Regenfälle von März bis Mai zum Pflanzen zu nutzen. Die Baumschulen verfügten über rund 15.000 Waldbaum- und 50.000 Obstbaumsetzlinge. Die mussten trotz Corona so schnell wie möglich verteilt werden. Zusammen mit den Dorfältesten arbeiteten die Bäuerinnen und Bauern eine Strategie aus, wie die Setzlinge trotz der Umstände noch gepflanzt werden konnten. Dazu wurden Handwaschanlagen errichtet und ein Plan erstellt, nach dem die Projektteams die Setzlinge an einem bestimmten Ort ablegten, an dem sie danach von einzelnen Leuten abgeholt wurden. So konnte der erforderliche Mindestabstand eingehalten werden.

Wichtig ist, dass die Bäuerinnen und Bauern auch während eines Lockdowns über eigenes und nahrhaftes Gemüse verfügen und sich und ihre Familien gesund ernähren können. Das macht sie zugleich unabhängiger vom Markt, dessen Preise und Verfügbarkeiten in Krisen stark schwanken. So zeigten sich die örtlichen Gemeinschaften durch den agrarökologischen Ansatz

## FÜNF FRAGEN AN ...

### Matthias Fiedler

ist Geschäftsführer des Forums Fairer Handel, dem Verband des Fairen Handels in Deutschland.



Wofür setzen Sie sich ein?

Mein Job ist es, den Fairen Handel weiter nach vorne zu bringen und damit zur notwendigen sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft beizutragen. Da kann es nicht nur darum gehen, den Markt für fair gehandelte Produkte auszuweiten. Unser Tun muss wieder stärker an politischen Forderungen ausgerichtet sein, zum Beispiel unfaire Handelspraktiken anprangern und uns für ein wirksames Lieferkettengesetz stark machen. Denn der Faire Handel ist mehr als die gute Alternative im schlechten System.

Wie kann der Faire Handel die Gesellschaft verändern?

Er hat eine enorme Hebelwirkung. Erstens zeigt

er – wenn auch noch immer in einer Nische – realistische Alternativen zum vorherrschenden Handelssystem auf, das weder ökologisch noch sozial oder gerecht ist. Zweitens stellen Aktivistinnen des Fairen Handels politische Forderungen, so dass sich unser Wirtschaftssystem langfristig ändern wird. Drittens betreiben wir Bewusstseinsbildung. Alle drei Aspekte spielen in Change-Modellen eine entscheidende Rolle.

Wie hat sich die Coronakrise auf den Fairen Handel ausgewirkt?

Uns ging es bislang immer um solidarische und partnerschaftliche Handelsbeziehungen, nicht um „Hilfe“. Nun sind wir kurzfristig in eine Art Notfallmodus geraten. Mit Hilfsfonds, die eine Versorgung der Grundbedürfnisse von Produzentinnen und Produzenten gewährleisten, und mit Solidaritätsak-

# Selbstversorgung

deutlich robuster und belastbarer als die Gemeinschaften in anderen Regionen.

In Krisen zeigt sich, wie bedeutend eine lokale Landwirtschaft und Versorgung ist. Auch viele Menschen in den Industrieländern scheinen sich während des Lockdowns darauf besonnen zu haben, wie wichtig nachhaltige Landwirtschaft und regionale Kreisläufe sind. Genau dafür steht der Ansatz der Agrarökologie. Das Programm von Fastenopfer hat in Afrika viel Aufmerksamkeit in den Zeitungen und auch im Fernsehen erhalten. Sobald die Schulen in Kenia wieder öffnen, sollen die Schülerinnen und Schüler lernen, wie Waldgärten und biologisch-dynamische Gemüsegärten angelegt werden.

Bereits Ende 2019 war Fastenopfer Mitorganisatorin der ersten Agrarökologie-Konferenz in Kenia. Nun gilt es, weitere Schritte zu unternehmen, um die Ansätze, die sich in der Coronakrise als besonders widerstandsfähig erwiesen haben, zu verstärken. Denn während Handel und Lieferketten zusammenbrechen, was viele in Armut gestürzt hat, haben die nicht-kommerziellen und regionalen Ansätze ihre Stärke gezeigt.

*„Während Handel und Lieferketten zusammenbrachen, zeigten die regionalen Ansätze ihre Stärke.“*

Interessen die exportorientierte Landwirtschaft auszubauen.

Strategien zur Ernährungssicherheit helfen armen Bevölkerungsgruppen auf dem Land besonders gut, wenn sie vor Ort greifen und möglichst unabhängig von Faktoren wie Pestizid- und Düngerzufuhr oder auch von entfernten Märkten sind. Wenn auf dem Land weniger Hunger droht, mildert das auch den Migrationsdruck in die Städte. Wenn sich die Agrarökologie international stärker durchsetzt, worauf einige Initiativen nichtstaatlicher Gruppen, Beschlüsse der Welternährungsorganisation FAO und auch Ansätze der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA hoffen lassen, dann wird ihre Bedeutung in der Landwirtschaft zunehmen. Die Agrarökologie wirkt sich außerdem günstig auf das Klima und die Bodenfruchtbarkeit aus. Beides sind für die Landwirtschaft zentrale Faktoren, die durch den Ausstoß von Treibhausgasen und durch die industrielle Landwirtschaft unter Stress stehen. ■

tionen werben wir Geldmittel ein und versuchen damit unsere Handelspartner im globalen Süden abzusichern. Das geht über Voraus- oder Zusatzzahlungen hinaus, die im Fairen Handel ohnehin gängige Praxis sind. So können wir verhindern, dass unsere Partner das erleben, was vielen Zulieferern konventioneller Handelsketten passiert ist: dass sie bankrottgehen, weil Aufträge storniert und Zahlungen nicht beglichen werden.

Mit wem würden Sie gerne einmal streiten? Mit Vertretern der großen Lebensmittel-discounter. Ich möchte sie fragen, womit sie vor sich selbst und auch vor anderen die Dumpingpreise rechtfertigen, mit denen sie kalkulieren. Ich möchte sie mit den wahren Preisen ihrer Handels-

praktiken konfrontieren, also mit deren sozialen und ökologischen Kosten. Womit rechtfertigen sie, dass die gesamte Gesellschaft für ihre Gewinne bezahlt?

Wie sind Sie zum Forum Fairer Handel gekommen?

Ich habe meine Dissertation über die deutsche Afrikapolitik geschrieben und in Irland, wo ich anschließend als Hochschuldozent gearbeitet habe, einen Dachverband für globales Lernen mitgegründet und geleitet. Aus persönlichen Gründen bin ich elf Jahre später nach Deutschland zurückgekehrt. Im Forum Fairer Handel kann ich heute mein persönliches Engagement mit meinem Beruf verbinden.

Das Gespräch führte **Barbara Erbe**.



**Bernd Nilles**

ist Geschäftsleiter von Fastenopfer.

## Mitmachen!

### Versichertengelder nachhaltig anlegen!

Im Kampf gegen den Klimawandel betont die Bürgerbewegung Finanzwende die besondere Vorbildfunktion des öffentlichen Sektors. In einer Online-Aktion ruft sie die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) auf, ihre Gelder transparent und nachhaltig anzulegen. Die VBL verwaltet die betriebliche Altersvorsorge von fast fünf Millionen Angestellten des öffentlichen Dienstes. Versicherte bekommen kaum Auskunft darüber, wo ihre Gelder angelegt werden. Das Geld der Versicherten könnte bei der VBL sehr schädlich angelegt werden, kritisiert die Bürgerbewegung Finanzwende – denn sie schließt lediglich Produzenten von nach UN-Konvention verbotenen Waffen aus ihrem Portfolio aus. Investitionen in Kohle, Rüstung oder Kinderarbeit seien erlaubt. Mit einer Protestmailaktion ruft die Organisation dazu auf, von den VBL-Vorstandsmitgliedern Richard Peters und Angelika Stein-Homberg zu verlangen, dass die VBL in zukunftsträchtige Branchen nach ökologischen und sozialen Standards investiert. Sie solle Anlagen in Kohle, Gas, Öl oder Atomenergie grundsätzlich ausschließen sowie offenlegen, wie die VBL die Gelder der Versicherten investiert.

Informationen unter <https://www.finanzwende.de/kampagnen/vbl-for-future/>. (erb)





# Wettbewerb der alten Männer

Von Marco Bocchese

Erneut strebt ein afrikanischer Präsident eine verfassungswidrige dritte Amtszeit an: Alassane Ouattara in der Côte d'Ivoire. Denn nach dem Tod seines Wunschnachfolgers fehlt ihm ein Plan B.

Die politische Landschaft der Republik Côte d'Ivoire hat sich seit dem Herbst 2019 dramatisch verändert, und das ist ausnahmsweise nicht der Corona-Pandemie anzulasten. Damals gingen alle politischen Beobachter davon aus, dass die Präsidentschaftswahl am 31. Oktober 2020 ein Wettkampf zwischen zwei Personen werden würde: dem ehemaligen Rebellenführer Guillaume Soro, einer politischen Schlüsselfigur während und nach dem Aufstieg des derzeitigen Präsidenten Alassane Ouattara, und Premierminister Amadou Gon Coulibaly, den Ouattara zu

seinem Nachfolger erkoren hatte. Doch nun wird keiner von beiden auf dem Wahlzettel erscheinen: Soro wurde von einem ivoirischen Gericht in Abwesenheit wegen Veruntreuung und Geldwäsche verurteilt und erwartet in Frankreich eine Anklage wegen Kriegsverbrechen; Coulibaly dagegen ist im Juli unerwartet an Herzversagen gestorben.

Sein überraschender Tod kam zu einem ungünstigen Zeitpunkt: Er hat große Unsicherheit in Bezug auf die Wahlen in der Côte d'Ivoire gebracht und könnte das ohnehin gesplittete Land in den kommenden





Links: Präsident Ouattara ehrt im Juli den verstorbenen Premierminister Amadou Gon Coulibaly, der sein Nachfolger werden sollte. Bei der Wahl im Oktober tritt Ouattara nun selbst an – unter anderem gegen Pascal Affi N'Guessan (oben), einen Gefolgsmann des früheren Präsidenten Laurent Gbagbo.

LUC GNAGO/REUTERS;  
SIA KAMBOU/AFP VIA GETTY IMAGES

Monaten weiter destabilisieren. Deshalb ist es wahrscheinlich, dass Ouattara sein eigener Nachfolger wird, obwohl die Verfassung von 2016, deren Verabschiedung er selbst vorangetrieben hatte, eine solche dritte Amtszeit verbietet.

Entscheidend für das Verständnis der jetzigen Lage ist, dass Soro spektakulär politisch in Ungnade gefallen ist. Zwei Jahrzehnte lang war er einer der einflussreichsten Politiker in Côte d'Ivoire. Niemand hat mehr dazu beigetragen, dass Ouattara zum Präsidenten aufsteigen konnte. Denn Soro war der Kommandeur der Rebellen, die gegen Präsident Laurent Gbagbo kämpften und sein illiberales Regime stürzten. Dieser militärische und politische Kampf begann im September 2002 mit einem gescheiterten Staatsstreich der Rebellen im Norden des Landes und dauerte bis zu Gbagbos Wahlniederlage und Verhaftung im April 2011. Ouattara fühlte sich Soro verständlicherweise zu Dank verpflichtet und belohnte ihn großzügig. Vom März 2012, als Soro zum Präsidenten des nationalen Parlaments gewählt wurde, bis zum Oktober 2016, als die neue Verfassung verabschiedet wurde, war er faktisch Ouattaras Stellvertreter und galt als sein ausgemachter Nachfolger.

Doch Ouattaras Dankbarkeit beschränkte sich nicht auf Ämter und Titel. Er sah auch über die Gewaltverbrechen hinweg, die Soro Rebellen begangen hatten, als sie nach der Wahl 2010 auf Abidjan marschierten (Gbagbo weigerte sich, seine Wahlniederlage gegen Ouattara anzuerkennen). Allein im Bezirk Duékoué ermordeten die Ouattara unterstützenden Rebellen und mit ihnen verbündete burkinische Milizen mindestens 300 Menschen, zumeist mutmaßliche Anhänger Gbagbos.

Als dann die Loyalitäten aus dem Bürgerkrieg mit der Zeit an Bedeutung verloren, wurde Soro Vergangenheit zunehmend zur politischen Belastung für Ouattara und die zerbrechliche Demokratie in Côte d'Ivoire. Dennoch kam Ouattara zweimal Soro zu Hilfe: Er ignorierte zwei Haftbefehle gegen Soro – einen hatte im Dezember 2015 ein französischer Richter ausgestellt, den anderen im Januar 2016 die Regierung des Nachbarlands Burkina Faso beantragt.

Ende 2016 unternahm Ouattara dann allerdings politische und juristische Schritte, um sich von seinem Weggefährten zu distanzieren. Auch die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die den Posten des Vizepräsidenten einführte und dem Parlament eine zweite Kammer zur Seite stellte, zielte auf die Schwächung von Soro. Mit ihrem Inkrafttreten fiel er auf den zweiten Platz in der Präsidentschaftsnachfolge zurück und verlor die Kontrolle über die Legislative.

Den endgültigen Bruch brachte aber erst Soro mutmaßliche Verwicklung in eine Meuterei der Streitkräfte im Januar und Mai 2017, bei der einige seiner früheren Soldaten in Bouaké Waffen und Munition erbeuteten und höheren Sold sowie Bonuszahlungen forderten. Soro erschien auf einmal als Bedrohung für die Republik Côte d'Ivoire und den Präsidenten. Da begann die Justiz, seine Finanzen und Kontakte zu einflussreichen Geldgebern unter die Lupe zu nehmen. Soro verweigerte dann Coulibaly, Ouattaras neuem Favoriten für seine Nachfolge, die Unterstützung, kappte im Februar 2019 alle Bindungen zum Präsidenten, gab den Posten des Parlamentspräsidenten auf und trat aus der Partei aus. Damit wurde eine internationale Strafverfolgung möglich, sei es vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag oder auf Betreiben von Staatsanwaltschaften im Ausland, die sich auf das Weltrechtsprinzip beriefen.

Das zumindest vorläufige Aus für Soro Präsidentschaftsambitionen kam Ende April 2020, als ein Gericht in Abidjan ihn wegen Unterschlagung und Geldwäsche zu 20 Jahren Haft verurteilte. Mit dem Urteil ist verbunden, dass er kein öffentliches Amt mehr bekleiden und damit nicht zur Präsidentschaftswahl im Oktober antreten darf. Man muss davon ausgehen, dass Soro Verurteilung vor allem politisch motiviert war. Der Haftbefehl wurde erlassen, als er sich in Europa aufhielt, was ihm einen starken Grund gab, nicht zurückzukehren. Zu den Anklagepunkten gehörte, ein Komplott zum Sturz von Präsident Alassane Ouattara geschmiedet zu haben – dieser Vorwurf muss Soro Ansehen als Demokrat beschädigen. Auch weitere Umstände des Verfahrens sprechen dafür, dass es der Regierung hauptsächlich darum ging, Soro fernzuhalten, nicht ihn ins Gefängnis zu bringen.

Der Regierung Ouattara käme es sicher gelegen, wenn ihm nun im Ausland der Prozess gemacht würde, am besten in Den Haag. Ein Gerichtsverfahren in der Heimat wäre politisch riskant und könnte zu Unruhen führen. Denn Soro ist nach wie vor populär; in seiner Hochburg Ferkessédougou und in anderen Städten im Norden von Côte d'Ivoire genießt er immer noch große Unterstützung. Zudem hat er Einfluss im Militär; die Rebellenstreitkräfte, die er während des Bürgerkriegs geführt hatte, wurden 2011 in die reguläre Armee eingegliedert.

Doch auch auf internationale Justiz kann man sich nicht verlassen. Der blamable Ausgang des Verfahrens gegen den ehemaligen Präsidenten Gbagbo und Charles Blé Goudé vor dem IStGH, das im Januar 2019 aus Mangel an Beweisen mit einem Freispruch endete,

Guillaume Soro wirft sich im Februar 2019 für die Gründung seiner eigenen Partei in Pose. Damit kündigt er offen Präsident Ouattara die Gefolgschaft auf.

ISSOUF SANOGO/AFP VIA GETTY IMAGES



hat in den Augen vieler in Côte d'Ivoire die Glaubwürdigkeit des Gerichts in Den Haag schwer erschüttert. Die Verurteilung Soros in der Heimat bietet dem Internationalen Strafgerichtshof eine Gelegenheit, diese Scharte auszuwetzen, die er sich kaum entgehen lassen kann. Doch vier Monate nach Soros Verurteilung schwinden die Hoffnungen, dass er sich in Den Haag verantworten muss. Die Ankläger dort haben sich bislang nicht zu dem Fall geäußert. Unter diesen Umständen erscheint die Intervention der französischen Justiz als annehmbare zweitbeste Lösung.

### *Angesichts der persönlichen Machtkämpfe kann nur noch Ouattara selbst die Einheit der Partei und ihre Macht erhalten.*

Doch Soro loszuwerden, war für Ouattara nur die erste Hälfte der Lösung: Es sollte seinem Premierminister Gon Coulibaly den Weg ins Präsidentenamt ebnen. Einen Plan B dazu hatte er nicht, wie sich nach dessen Tod schlagartig zeigte.

Noch im März 2020 hatte der Präsident öffentlich eine eigene Kandidatur für eine dritte Amtszeit ausgeschlossen und erklärt, er wolle sich zurückziehen. Aber warum hatte er unter seinen zahlreichen Getreuen gerade Gon Coulibaly zum Wunschnachfolger erwählt? Was machte den Premierminister in den Augen Ouattaras so besonders? Gon Coulibaly wurde oft vorgehalten, er habe kein Charisma; er verdankte seine politische Karriere Ouattara und eiferte ihm in jeder Hinsicht nach. Ouattara versuchte also, die Macht an sein jüngeres Ego zu übertragen und dann im Hintergrund die Fäden zu ziehen. Auf diese Weise hätte er von seinem Prestige als „Vater der Nation“ zehren und zugleich behaupten können, den Staffelstab an die jüngere Generation weitergegeben zu haben.

Dass Ouattaras Wahl auf Coulibaly fiel, enttäuschte natürlich andere langjährige Verbündete, die ebenfalls

Ambitionen auf die Präsidentschaft gehegt hatten – vor allem Vizepräsident Daniel Kablan Duncan und Außenminister Marcel Amon Tanoh. Duncan fühlte sich übergangen und trat diskret unter Anführung persönlicher Gründe zurück. Tanoh hingegen verließ die Regierung unter Protest, brach mit der Regierungspartei und startete eine eigene Präsidentschaftskampagne.

Noch enttäuschender für Ouattaras langjährige Verbündete war wohl, dass er nach dem Tod von Coulibaly keine Ausschau nach Ersatzkandidaten hielt. Am 6. August verkündete er schließlich, seinen politischen Rückzug zu verschieben und für eine dritte Amtszeit zu kandidieren. Dies widerspricht der Verfassung von 2016, die er selbst auf den Weg gebracht und unterzeichnet hat, um die Demokratie zu stärken: Sie beschränkt die Amtszeit des Präsidenten auf zwei Wahlperioden. Die Führung seiner Partei betrachtet Ouattaras Kandidatur als notwendiges Übel, denn niemand außer ihm kann die Einheit der Partei und ihre Position an den Schalthebeln der Macht erhalten in einer Zeit, in der persönliche Machtkämpfe sie zu untergraben drohen.

Die parteitaktischen Erwägungen ändern nichts an den Zweifeln, ob eine dritte Amtszeit Ouattaras rechtmäßig ist. Die strikte Einhaltung der Gesetze kollidiert eben manchmal mit politischen Zielen. Für die Oppositionsparteien und viele Bürger und Bürgerinnen der Côte d'Ivoire ist Ouattaras Entscheidung, erneut zu kandidieren, ein Ausdruck von Machtgier und der erste Schritt in Richtung einer autoritären Herrschaft. Die Angst geht um, dass es wieder zu Gewaltausbrüchen kommt. Schon gibt es Demonstrationen gegen eine dritte Amtszeit des Präsidenten und Zusammenstöße von Protestierenden mit Sicherheitskräften und mit Anhängern Ouattaras.

**M**an kann nur zu dem Schluss kommen, dass Ouattaras unglückliche Versuche, die Demokratie in Côte d'Ivoire zu schützen, spektakulär nach hinten losgegangen sind. Der einstige Garant der Demokratie ist zu ihrer größten Bedrohung geworden. Er beugt die demokratischen Spielregeln, um sich so lange an der Macht zu halten, bis ein anderer würdiger Nachfolger auftaucht.

Das heißt aber nicht, dass Ouattara mit dem Streben nach einer dritten Amtszeit scheitern wird. Er ist nach wie vor im ganzen Land beliebt, und die Regierungspartei beherrscht die politische Bühne. Doch Ouattaras Manöver stoppen einen Führungswechsel und setzen damit die Zukunft des Landes aufs Spiel. Mit dem Ausscheiden von Soro hat man in der Côte d'Ivoire eine Gerontokratie, eine Herrschaft der Alten: Der 78-jährige Ouattara kandidiert nun gegen den 86-jährigen Henry Konan Bédié, der von 1993 bis 1999 Präsident war, und den 67-jährigen Pascal Affi N'Guessan, den Premierminister von 2000 bis 2003. Hätte Laurent Gbagbo nicht entschieden, auf eine Kandidatur aus dem Exil zu verzichten und seinen früheren Premierminister N'Guessan zu unterstützen, dann sähe der Wahlzettel diesmal genauso aus wie bei der Präsidentschaftswahl 2010. Darauf kann man in Côte d'Ivoire wahrlich nicht stolz sein. ■

Aus dem Englischen von **Thomas Wollermann**.



**Marco Bocchese**

ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Assistenzprofessor an der Universität von Illinois in Chicago.



Der Franc CFA gilt vielen als Zeichen der Abhängigkeit von Frankreich: Afrikaner demonstrieren in Rom gegen die mit dem Euro verknüpfte Währung.

MICHELE SPATARI/NURPHOTO VIA GETTY IMAGES

# Langer Abschied von Frankreichs Währung

Von Bernard Schmid

Afrikanische Länder halten Währungsreserven in Paris – das könnte bald vorbei sein.

Die gemeinsame Währung Franc CFA bindet 14 Staaten in West- und Zentralafrika an die frühere Kolonialmacht Frankreich. Alle beteiligten Länder wollen das ändern.

Der Franc CFA ist ein Relikt aus der Kolonialzeit. Genau genommen handelt es sich um zwei über Frankreich miteinander verbundene Währungssysteme: eines für die früheren französischen Kolonien in Westafrika und eines für die in Zentralafrika. Das Kürzel CFA stand dabei in den Jahren ab 1945 zunächst für Colonies Françaises d'Afrique (französische Kolonien Afrikas); das wurde in den 1960er Jahren geändert in Communauté financière en Afrique (Finanzgemeinschaft in Afrika) für die beteiligten Staaten Westafrikas und Coopération financière en Afrique centrale (Finanzkooperation im zentralen Afrika) für die Zentralafrikas.

Französische Entscheidungsträger nehmen jedoch weiter eine Schlüsselrolle bei allen wichtigen Beschlüssen zur Finanz- und Geldpolitik im Währungsraum des Franc CFA ein. Den Aufsichtsräten der zwei Zentralbanken – der für das französischsprachige Westaf-

rika mit Sitz in Dakar (Senegal) und der anderen für Zentralafrika mit Sitz in Yaoundé (Kamerun) – gehören neben Gouverneuren aus den Mitgliedsländern auch Vertreter Frankreichs an. Ursprünglich drei Viertel und heute die Hälfte der Währungsreserven und Deviseneinlagen der beteiligten afrikanischen Staaten müssen bei der französischen Zentralbank deponiert werden, die inzwischen wie die Bundesbank zu einer Art Filiale der Europäischen Zentralbank (EZB) geworden ist. Und die Geldscheine sowie Münzen werden in Frankreich hergestellt, in einer Druckerei in Chamalières in der Auvergne.

Die beiden Währungen innerhalb des Franc CFA waren und sind frei und zu einem festen Wechselkurs in französische Francs beziehungsweise Euro konvertierbar. Vor Einführung des Euro erhielt man bis 1994 für 50, für danach 100 Francs CFA einen französischen Franc; nun sind etwa 656 Francs CFA einen Euro wert.

## Der Eco muss noch warten

Die Staaten der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Eco haben die Einführung einer gemeinsamen Währung namens Eco ohne neues Datum verschoben. Das hat ein Gipfeltreffen im September beschlossen und mit der Covid 19-Pandemie sowie mit zu wenig Fortschritten bei der Konvergenz der Volkswirtschaften begründet. Laut der Zeitschrift „Jeune Afrique“ wäre es auch unmöglich gewesen, wie 2015 beschlossen den Eco Anfang 2021 einzuführen; unter anderem müssten dazu noch eine Zentralbank geschaffen und die Wechselkurse festgelegt werden. (bl)

Der feste Wechselkurs erleichtert erheblich den Abfluss von Gewinnen aus Afrika in Richtung Europa, den es vor allem deswegen gibt, weil meist französische oder europäische Firmen im Rohstoffgeschäft in Afrika verdienen und dort nur wenig Weiterverarbeitung stattfindet. Er beseitigt auch das Umtauschrisiko infolge schwankender Wechselkurse – für in Afrika tätige Firmen, die ihre Kapitalerträge abführen, für Im- und Exportfirmen, aber auch für Überweisungen in der Familie und für Touristen.

**D**as ändert sich nun. Im Dezember 2019 haben der französische Präsident Emmanuel Macron und das Staatsoberhaupt der westafrikanischen Côte d'Ivoire, Alassane Ouattara, bei einer gemeinsamen Pressekonferenz den Ausstieg aus dem Franc CFA angekündigt. In französischen Medien war vom Ende dieser postkolonialen Sonderwährung die Rede; kurz darauf präzisierten dieselben Medien, es handele sich eher um eine Reform. Tatsächlich betrifft die Änderung zumindest vorläufig nur die Wirtschafts- und Währungsunion des westlichen Afrika (UEMOA), nicht den benachbarten zentralafrikanischen Währungsraum. Anfang August meldete aber die kamerunische Website „Actu Cameroun“, dass auch die Staaten der west-

**Wann kann man hier mit Eco zahlen? Auf dem Markt in Bamako (Mali) bietet Ende 2018 eine Frau Erdnüsse an.**

KAPPELER/DPA/PICTURE ALLIANCE

afrikanischen Währungsgemeinschaft CEMAC in naher Zukunft einen identischen Beschluss fassen könnten.

Die Ankündigung hat eine Vorgeschichte: Die Mitgliedsstaaten der westafrikanischen Zentralbank in Dakar hatten bereits seit längerem den Grundsatzbeschluss gefasst, sich ab 2020 aus der Währungsunion mit Frankreich zu lösen. Das war seit Jahrzehnten immer wieder diskutiert worden. So schlossen die Länder der UEMOA und kurz darauf auch die der zentralafrikanischen Währungsunion CEMAC im Jahr 1994, infolge der Abwertung des Franc CFA um die Hälfte, einen sogenannten Konversionspakt, dem zufolge sie ihre jeweiligen wirtschaftlichen Niveaus angleichen wollen. Das ist ungefähr vergleichbar mit den im Maastricht-Vertrag 1991/92 für die Europäische Union festgeschriebenen Konvergenzkriterien. Die multilateralen Verhandlungen über den Ausstieg aus dem Franc CFA gerieten jedoch immer wieder ins Stocken, da viele der beteiligten afrikanischen Staaten Frankreich als postkoloniale Macht mit nach wie vor hegemonialem Einfluss nicht brüskieren wollten.

Nun haben also Emmanuel Macron und Alassane Ouattara genau diesen Ausstieg angekündigt. Demnach sollte der Franc CFA in der westafrikanischen Währungszone ab Juni 2020 einer neuen Währung unter dem Namen Eco weichen. Das Datum konnte man nicht einhalten, unter anderem weil die Covid-19-Pandemie alle wirtschaftlichen und politischen Planungen über den Haufen geworfen hat. Hinzu kommen die politische Instabilität in einigen Ländern der Region, etwa der Militärputsch in Mali im August sowie der Tod des Premierministers und aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten Amadou Gon Coulibaly in der Côte d'Ivoire im Juli.

Seit Präsident Alassane Ouattara eine erneute Kandidatur für die Wahl Ende Oktober angekündigt hat, haben die Spannungen in der Côte d'Ivoire zugenommen (siehe den Beitrag auf Seite 32). Das Land, das allein 40 Prozent der Wirtschaftsleistung der französischsprachigen Länder Westafrikas (also der Region ohne Nigeria und Ghana) auf sich vereinigt, wird mindestens bis zum voraussichtlichen Wahltermin am 31. Oktober mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen haben und sich darauf konzentrieren. Das Nachbarland Mali steht seit dem Putsch unter einem wirtschaftlichen Embargo der Nachbarstaaten; am 21. August schloss die westafrikanische Zentralbank BCEAO ihre drei Niederlassungen in Mali.

Die Pläne für eine Währungsumstellung dürften also nur mit erheblicher Verzögerung umgesetzt werden. Dennoch ist damit zu rechnen, dass nach der Ankündigung vom Dezember 2019 der westafrikanische, nach Meldungen aus dem Sommer 2020 auch der zentralafrikanische Franc CFA früher oder später abgeschafft wird. Die französische Regierung hat im Mai dieses Jahres einen Gesetzesentwurf dafür vorgelegt. Frankreich wird demnach seine Gouverneure aus dem westafrikanischen Zentralbankrat und infolge der neueren Entwicklung wohl auch aus dem der zentralafrikanischen abziehen.

Dies könnte die Tür für eine Beteiligung der beiden stärksten Ökonomien im westlichen Afrika öffnen: der



ehemaligen britischen Kolonien Nigeria und Ghana. Beide Länder sind an den bisherigen Entscheidungen im Währungsraum des Franc CFA nicht beteiligt, diskutieren jedoch auf regionaler politischer Ebene über die Einführung des Eco mit und haben grundsätzlich Interesse an einer gemeinsamen Währung bekundet. Das deutet auf einen von Frankreich gemeinsam mit seinen regionalen Verbündeten kontrollierten Übergang hin. Eine gemeinsame Währung hätte für Nigeria und Ghana den Vorteil stabiler Wechselkurse im Austausch mit ihren regionalen Nachbarn.

Vor allem Nigeria, der mit Abstand einwohnerreichste und wirtschaftlich stärkste Staat im westlichen Afrika, stellt dafür jedoch Bedingungen. Dazu gehören eine Abkehr von der Bezeichnung Franc CFA, die ohnehin schon beschlossen ist, und ein Auszug oder Ausschluss französischer Gouverneure aus dem Zentralbankrat. Auch diese Bedingung dürfte in Erfüllung gehen. Nigerias Regierung wünscht jedoch auch, dass keine Deviseneinlagen mehr in Frankreich getätigt werden müssen und dass die neue Währung neben dem Euro auch mit anderen Währungen, jedenfalls dem Dollar, konvertibel sein müsse – und dies „ohne Umweg“: Bisher kann der Wechselkurs gegenüber einer anderen Währung nicht unabhängig vom Euro festgelegt werden.

Ob diese beiden Bedingungen erfüllt werden, ist ungewiss. So fordern zwar auch westafrikanische Wirtschaftswissenschaftler, für eine neue Währung müsse der feste Wechselkurs zum Euro aufgegeben werden. Bei der offiziellen Verkündung des Beschlusses im Dezember 2019 war davon jedoch nicht die Rede: Vielmehr soll demnach auch der Eco fest an den Euro gekoppelt werden.

Ungeklärt scheint auch, wie hoch der Wechselkurs angesetzt werden soll. In sozialen Netzwerken und manchen Medien in Westafrika ist die Rede davon, der Kurs könnte künftig 1200 Eco für einen Euro betragen; das wäre laut Kritikern eine weitere Abwertung nach der im Jahr 1994 einseitig von Frankreich beschlossenen Abwertung des Franc CFA um die Hälfte. Wird eine Währung in Relation zu einer anderen abgewertet, verteuert das Importgüter und macht Exporte ins Ausland billiger.

In Westafrika wird über diese Fragen heftig diskutiert. Wirtschaftswissenschaftler in den betroffenen Ländern äußern sich unterschiedlich, und auch auf politischer Ebene verläuft die Diskussion kontrovers. Der in Frankreich und Afrika tätige Wirtschaftsanwalt Boris Martor etwa begrüßt das Ende des westafrikanischen Franc CFA als „historische Entscheidung“.

Dagegen schreibt der auf afrikanische Ökonomen spezialisierte französische Publizist, Zeitungsjournalist und Betreiber des Blogs „Questions Africaines“ Loup Viallet, der künftige Eco werde aus Sicht der betroffenen Länder „noch schlimmer als der Franc CFA“, da ihm kein gemeinsamer Markt als ökonomische Basis zugrunde liege. Stattdessen blieben die jeweiligen Länder weiterhin am Export auf Märkte außerhalb der Region ausgerichtet. Wirtschaftswissenschaftler aus Kamerun wie Dieudonné Essomba formulieren



ähnliche Bedenken. Ihnen zufolge wäre es entscheidend, dass unabhängig von einer realen oder nur vermeintlichen währungspolitischen Souveränität Rohstoffe in den afrikanischen Ländern verarbeitet und nicht überwiegend unverarbeitet exportiert werden.

In dieser Situation trifft die Covid-19-Pandemie Westafrika hart. Aufgrund von Corona sind die Exporte der stark von Rohstoffausfuhren abhängigen Region eingebrochen. Ihr droht eine Rezession, sollte die Krise länger dauern. Im April wurde der Konversionspakt der UEMOA ausgesetzt; Nigeria hatte das bereits im Februar 2020 verlangt, also vor der Pandemie. Begründung: Die Unterschiede in der Wirtschaftsleistung der künftigen Mitgliedsländer des Eco seien bislang zu groß.

Die Währungsumstellung wird mittel- bis längerfristig mit hoher Wahrscheinlichkeit kommen, jedenfalls wenn nicht innenpolitische Verwerfungen wie derzeit in Mali und Côte d'Ivoire das verhindern. Offen ist, ob über die bislang am Franc CFA beteiligten Länder hinaus auch englischsprachige Staaten wie Nigeria oder Ghana daran teilnehmen werden. Eine Lösung ohne diese beiden genannten Staaten wäre zwar einfacher zu erreichen, da die französischsprachigen Länder in West- und Zentralafrika sich ja bisher schon eine gemeinsame Währung und zwei regionale Zentralbanken geteilt haben. Andererseits wäre eine wirtschafts- und währungspolitische Union ohne Frankreich und ohne den regionalen ökonomischen Giganten Nigeria deutlich schwächer aufgestellt.



**Bernard Schmid**

ist Anwalt und Publizist in Paris. Er ist unter anderem im Ausländer- und Asylrecht tätig und vertritt auch Menschen aus afrikanischen Ländern. 2011 ist von ihm im Unrast Verlag (Münster) ein Buch über Frankreichs Rolle in Afrika erschienen.

# „Der Frust im Militär sitzt tief“

Soll Malis Armee auch nach dem Putsch weiter Hilfe aus Europa erhalten?

Gespräch mit dem malischen Rechtswissenschaftler Youssouf Coulibaly

In Mali haben im August Militärs die Macht ergriffen. Youssouf Coulibaly erklärt, was die Putschisten dazu bewogen hat, welche Rolle Unterstützung aus Europa spielt und wie die Chancen auf einen demokratischen Wandel stehen.

Offiziere haben Mitte August den Staatspräsidenten Malis, Ibrahim Boubacar Keïta, und seine Regierung zum Rücktritt gezwungen. Was sind die Gründe für diesen Staatsstreich?

Die grundlegende Ursache ist schlechte Regierungsführung. Der Präsident hat Freunde und Familienmitglieder auf entscheidende Posten im Staat gesetzt. Öffentliche Mittel sind abgezweigt und verschwendet worden, Misswirtschaft war verbreitet, das Schul- und Gesundheitswesen, Kultur, die Diplomatie liegen darnieder. Das hat in der Bevölkerung und im Militär zu allgemeiner Frustration geführt. Seit zwei Monaten gibt es in Bamako Demonstrationen gegen den Präsidenten. Die Zivilgesellschaft hat keinerlei Vertrauen mehr zur politischen Klasse. Die Kundgebungen haben zu dem Staatsstreich geführt, den die Militärs aber nicht so nennen wollen: Sie sprechen lieber von einem Machtwechsel infolge Forderungen des Volkes.

*„Die Armee ist im Einsatz, aber ihre Ausrüstung ist mangelhaft. Geld für das Militär ist für anderes abgezweigt worden.“*

Mali wird schon sehr lange schlecht regiert. Warum hat das Militär gerade jetzt die Macht ergriffen?

Mehrere Faktoren haben im Militär zu tiefer Frustration geführt. Die Armee ist im Norden und im Zentrum Malis und auch in Nachbarländern im Kampfeinsatz gegen Terrorismus, Dschihadismus und grenzüberschreitende Kriminalität. Aber ihre Ausrüstung ist mangelhaft. Seit Keïta Präsident ist, hat Mali zwar Militärmaterial

gekauft. Aber ein großer Teil davon funktioniert nicht, und Geld aus dem Haushalt für militärische Beschaffung ist für anderes abgezweigt worden. Gleichzeitig werden mehr Soldaten im Kampf getötet als vor 2012 – ein Dutzend, manchmal sogar hundert am Tag. Das hat die Armeeführung zum Nachdenken gebracht. Die Offiziere, die jetzt geputscht haben, sind relativ jung und haben selbst Truppen im Kampf kommandiert. Sie wissen, wie es an der Front zugeht. Hinzu kommt, dass die Familien von gefallenen Soldaten keine vernünftige Entschädigung erhalten, zum Beispiel umgerechnet etwa 150 Euro und ein paar Säcke Reis für die Frau eines toten Familienvaters.

Ein Bericht der Vereinten Nationen von Anfang August hat einigen hohen Offizieren der malischen Armee vorgeworfen, den Friedensprozess sabotiert zu haben. Hat das für den Putsch eine Rolle gespielt?

Ja. Der Bericht zeigt klar, dass gewisse Offiziere versucht haben, die Umsetzung des Friedensabkommens von Algier 2015 zu blockieren. Das haben sowohl die politische Opposition als auch jüngere Offiziere im Feld aufgegriffen. Colonel Assimi Goïta, der jetzt das von den Putschisten eingesetzte Nationalkomitee für die Rettung des Volkes leitet, war Chef der Spezialeinheiten, die im Zentrum Malis gegen Terroristen kämpfen. Er hat die Botschaft von den UN verstanden: Geld, das der Umsetzung des Friedensabkommens dienen sollte, ist von bestimmten Offizieren abgezweigt und blockiert worden. Er und seine Mitstreiter haben dem ein Ende gesetzt.

Von wo hat Mali Militärgerät importiert, das nicht funktioniert?

Malis wichtigster Lieferant von Militärgütern ist Frankreich. Paris hat ein Verteidigungsabkommen mit Bamako und bestimmt damit üblicherweise darüber, welches militärische Material ins Land kommt. Flugzeuge, die Mali für Milliarden in Frankreich gekauft hat, stehen am Boden. Ein weiterer Fall sind Kampfhubschrauber, in deren Kauf eine französische Firma einbezogen war.

Mali erhält Hilfe aus Europa, um seine Armee zu stärken. Es wird geduldet, dass ein Teil dieser Hilfe abgezweigt oder verschwendet wird?

Richtig. Als ich vergangenes Jahr in Berlin im Auswärtigen Amt war, habe ich dort gesagt: Wenn Deutschland dem Staat Mali Geld gibt, kann es nichts gegen Unterschlagungen tun. Für die Haltung der Europäischen Union gegenüber Mali spielt Frankreich als frühere Kolonialmacht eine Schlüsselrolle. Geld, das Europa nach Mali gibt, kann nicht verwendet werden, ohne dass Frankreich beteiligt ist.

Welche Folgen des Staatsstreichs sind absehbar?

Zum einen gibt es ein juristisches und politisches Vakuum. Mali benötigt einen neuen Präsidenten, ein neues Parlament und eine Regierung. Wie die bestimmt werden, legt die Verfassung fest, aber dieses Verfahren wollen die Militärs nicht einhalten. Alle politischen Parteien haben natürlich den Putsch verurteilt, aber einige erklären sich trotzdem bereit, den Militärs zu helfen, das Land aus der Krise zu führen. Dann hat die Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten

**Youssouf Coulibaly**  
ist Professor für internationales  
Recht an der Universität  
Bamako in Mali.



BERND LUDERMANN

*„Die Europäer und Amerikaner sollen nicht mit Putschisten zusammenarbeiten, aber sie müssen weiter mit Mali zusammenarbeiten. Sonst wird das Land in die Hand von Terroristen fallen.“*

(ECOWAS) nach dem Coup die Grenzen zu Mali zunächst geschlossen, was das Binnenland hart trifft; jetzt lässt sie Importe grundlegender Güter wie Nahrungsmittel und Treibstoffe zu. Die Teilnahme Malis an den Gremien der ECOWAS und der Afrikanischen Union ist suspendiert. Meiner Meinung nach sollten diese Sanktionen bleiben, bis in Mali die Macht wieder an eine zivile Regierung übergeben ist.

Ist eine Vermittlung der EU sinnvoll?

Ja. Die jungen Offiziere arbeiten an dieser Option. Ich habe mit einigen von ihnen diskutiert und ihnen gesagt, dass Mali ohne die EU nicht vorankommen kann. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat schon die Tür zu Verhandlungen geöffnet: Er hat den Putsch verurteilt, aber nicht verlangt, dass Keïta wieder als Präsident eingesetzt wird, sondern nur, dass die Macht an Zivilisten zurückgegeben wird.

Die EU sollte sich einschalten und darüber wachen, dass die Militärs nicht an der Macht bleiben.

Die Armee Malis ist aus Europa unterstützt worden mit dem Ziel, dass sie das Recht schützt. Jetzt hat sie geputscht. Kann man weiter mit ihr zusammenarbeiten?

Die Europäer und Amerikaner sollen nicht mit Putschisten zusammenarbeiten, aber sie müssen weiter mit Mali zusammenarbeiten. Sonst wird das Land in die Hand von Terroristen fallen. Neben den Offizieren, die geputscht haben, gibt es ja weiter die Verwaltung. Viele malische Militärs an der Front haben mit den Putschisten nichts zu tun; auch mit denen sollte Europa zusammenarbeiten. Es sollte die militärische Kooperation mit den G5 Sahel fortsetzen, zu denen Mali gehört. Auch die französische Militäroperation Barkhane im Sahel, die auch im Zentrum

und im Norden Malis interveniert, muss weitergehen.

Bisher ist es aber nicht gelungen, das Terrorismus-Problem militärisch zu lösen. Muss man auch mit Dschihadisten verhandeln?

Nein. Europa setzt sich für Frieden, Stabilität und Entwicklung in Mali ein, und nichts davon wollen die Terroristen. Mit ihnen zu verhandeln ist zwecklos.

Hat nicht der Einsatz des malischen Militärs die Konflikte noch eskalieren lassen, zumindest im Zentrum des Landes?

Nein. Das Problem dort ist ein wirtschaftliches. Die größten Volksgruppen sind die Dogon, die sind Bauern, und die Fulbe, die sind Viehhirten. Zwischen ihnen gibt es Konflikte über die Aufteilung von Land, Weiderechten und anderen Ressourcen. Wenn man die nicht regelt, werden die immer kämpfen, selbst wenn man die gesamte Armee Malis hinschickt. Und leider gibt es unter den Peul einen Terroristen namens Amadou Koufa; unter der Bevölkerung, die wenig gebildet ist, folgen ihm einige. Was die Armee angeht: Das Problem ist nicht, dass sie dort ist, sondern wie sie Operationen durchführt – mit Menschenrechtsverletzungen und mit Hilfe von Selbstverteidigungsgruppen. Einige Armeeführer in Bamako haben die Schaffung solcher Milizen unterstützt. Das hat die Lage schlimmer gemacht. Für Sicherheit zu sorgen, ist die Aufgabe der Armee; wenn man stattdessen Waffen an Zivilisten verteilt, werden sie die ohne Rücksicht auf die Menschenrechte einsetzen.

Das Gespräch führte  
**Bernd Ludermann.**

**Applaus für das Militär: Soldaten nach dem Putsch am 18. August in Malis Hauptstadt Bamako.**

JOHN KALAPO/GETTY IMAGES





# Kliniken am Amazonas

Von Sarah Fernandes

Die brasilianische Regierung hat kaum etwas getan, um Indigene vor Covid-19 zu schützen. Eine Hilfsorganisation, Ärzte und Indigenenvertreter sind gemeinsam in die Bresche gesprungen.

Als im brasilianischen São Paulo die ersten Corona-Fälle nachgewiesen wurden, waren die Indigenenvertreter und die Ärzte, die für die indigenen Gesundheitsbezirke im Amazonas zuständig sind, alarmiert. Wenn nichts getan würde, wäre es nur eine Frage der Zeit, bevor sie inmitten eines Alptraums erwachten: Dann müssten sie entscheiden, welcher Patient unter den Ureinwohnern eine Behandlung bekäme und welcher nicht, denn die Dörfer der Indigenen

seien in medizinischer Hinsicht allenfalls für leichte Fälle gerütet, und große Menschengruppen könnte man wegen der Entfernungen und der fehlenden Flugzeuge für den Krankentransport nicht in die Kliniken der großen Städte bringen.

Als die brasilianische Bundesregierung nicht reagierte, errichteten Indigenenvertreter und Ärzte Barrikaden, um die weiße Bevölkerung daran zu hindern, in indigene Bereiche vorzudringen. Schotterstraßen wurden abgerie-

gelt und Fähren stillgelegt. Die 305 ethnischen Gruppen Brasiliens sind einem besonderen Risiko ausgesetzt, weil sie anfälliger für Viren und Infektionskrankheiten sind, vor allem im Bereich der Atemwege. Auch könnte ihre Lebensweise, die mit großer körperlicher Nähe einhergeht, Ansteckungen beschleunigen.

Trotz der Vorsichtsmaßnahmen traten einige Wochen später die ersten Krankheitsfälle im Bundesstaat Amazonas auf: in Manaus, einer der größten Städ-



**Verwandte trauern um Chief Messias Kokama aus Manaus, der im Mai an Covid-19 gestorben ist. Viele Indigene fürchten, dass mit dem Tod ihrer Ältesten traditionelles Wissen verloren geht.**

REUTERS/BRUNO KELLY

te in der Region. Ein Grund für die ersten Corona-Erkrankungen bei den Ureinwohnern war die langsame Reaktion der Zentralregierung sowie die fehlende Sicherung indigenen Territoriums durch offizielle Stellen, um Kontakte mit unbefugten und möglicherweise infizierten Personen zu verhindern. Außerdem standen nicht genügend Corona-Tests zur Verfügung.

Immerhin konnten sich Gesundheitsspezialisten und indigene Führer mit der nichtstaatlichen Organisation Expedicionários da Saúde (deutsch: Entsandte der Gesundheit) abstimmen und so noch Schlimmeres verhindern. Die NGO koordiniert seit 17 Jahren Ärzteteams, Krankenschwestern, Zahnärzte und Freiwillige, um kostenlose und moderne medizinische Versorgung in die Dörfer der Ureinwohner zu bringen. Mehrmals im Jahr bauen sie inmitten des Waldes Zelte auf, die als Gesundheitseinrichtungen dienen. Mit moderner Ausstattung und Experten von großen Krankenhäusern bieten sie dort ein paar Tage lang Termine zur klinischen, gynäkologischen und zahnmedizinischen Versorgung an, außerdem Operationen von Leistenbrüchen und des Grauen Stars.

Im Verbund mit Partnern schuf die Organisation nun innerhalb der indigenen Gesundheitsbezirke ihre eigenen Krankenstationen „Wir stellten die Idee der Zentralregierung vor und erfuhren, dass sie bereits geplant hatte, weitere indigene Gesundheitseinheiten zu schaffen“, sagt die Hauptverantwortliche der NGO, Márcia Abdala.

Schwierig war vor allem, die Gesundheitsstationen mit medizinischem Sauerstoff zu versorgen, einem entscheidenden Baustein bei der Behandlung von Covid-19. Als das Projekt im April –

und damit zum Höhepunkt der Gesundheitskrise – begann, war er vergriffen. Die Kliniken der Amazonas-Region waren überlastet, und nicht einmal die größten Hersteller im Amazonas konnten die Nachfrage decken.

Doch die NGO fand eine Lösung: Sie beschaffte Gelder und kaufte davon Sauerstoffkonzentratoren – kleine Geräte, die Sauerstoff aus der Umgebungsluft für die medizinische Verwendung anreichern. „Wir haben nur eine Steckdose gebraucht, aber auch die ist nicht in allen Krankenstationen der indigenen Gebiete selbstverständlich. Also besorgten wir Benzingeneratoren und das elektrische Zubehör, um Geräte daran anzuschließen“, sagt Márcia.

Das Pilotprojekt lief in São Gabriel da Cachoeira, der Amazonas-Gemeinde mit der höchsten Dichte indigener Menschen im Land und vielen verschiedenen ethnischen Gruppen. Hier leben 45.000 Menschen auf einer Fläche, die so groß ist wie Portugal. Doch es gibt dort nur ein Krankenhaus – ohne Intensivstation. Von São Gabriel aus erreicht man ein Intensivbett mit Beatmungsgerät erst nach 850 Kilometern Luftlinie. Anfangs konnten die Hersteller von Beatmungsgeräten die große Nachfrage nicht bedienen, und Importe zogen sich länger hin als vereinbart. Für die Indigenen von São Gabriel hing die Behandlung mit einem Beatmungsgerät weiterhin von der Verfügbarkeit zweier Flugzeuge für den Krankentransport ab, die aber auch für 70 andere Gemeinden in der Region eingesetzt werden.

### Lieber sterben, als die Gemeinschaft zu verlassen

„Mit den Sauerstoffkonzentratoren können wir erreichen, dass der Krankheitsverlauf bei den Menschen in den Dörfern mild oder moderat bleibt, so dass alle versorgt und Leben gerettet werden können“, sagt der Arzt Guilherme Reis, der im Gesundheitswesen in den Dörfern der Ureinwohner von São Gabriel da Cachoeira tätig ist. „Manche Indigene protestierten dagegen, ihr Dorf zu verlassen, um

ein Krankenhaus aufzusuchen. Sie sagten, sie würden lieber sterben als von ihrer Gemeinschaft fortzugehen. Es beruhigte sie, als wir ihnen erklärten, dass das nicht nötig sein würde. Außerdem müssten sie auch nicht auf die indigene Behandlung mit Gebeten und Kräutern, die ihnen sehr viel bedeutet, verzichten.“

Die Ausstattung, die die NGO Expedicionários da Saúde zum Aufbau der Feldstationen bereitstellte, enthielt auch Dinge, die für die Arbeit der Ärzte unverzichtbar sind und die sich im Wald nicht auftreiben lassen: Equipment zum persönlichen Schutz, teilchenfiltrierende Atemschutzmasken, Einwegkittel, Gesichtsvisiere und Handschuhe. Mit der Unterstützung von Freiwilligen konnte die NGO die Ausstattung zusammenbringen. Gesundheitsspezialisten aus den Gebieten der Ureinwohner durchliefen einen Online-Kurs, der zeigte, wie man sich an und vor allem auszieht, einer der Momente mit dem größtem Ansteckungsrisiko.

### Ständig in Kontakt mit spezialisierten Ärzten

Das Vorhaben erwies sich als wirksam, sodass inzwischen zwölf Kliniken in der Region des oberen Schwarzen Flusses errichtet wurden, in der auch São Gabriel da Cachoeira liegt. Innerhalb der Gesundheitsbezirke übernehmen jeweils mehrere Zentren die Versorgung der Dörfer, 25 sind es in dieser Region. Feldstationen wurden bei jenen Zentren geschaffen, die über Strom oder Internet verfügen. Indigene Patienten aus anderen Gegenden wurden mit dem Boot oder sogar mit dem Helikopter dorthin gebracht.

„Ein weiterer interessanter Aspekt des Projekts war der Austausch mit spezialisierten Ärzten. Wir sind 24 Stunden am Tag in Kontakt mit Lungenspezialisten und Fachleuten für Infektionskrankheiten, besonders in ersten Situationen. Ich sagte: Ich kann die Sauerstoffversorgung des Patienten nicht verbessern, was kann ich tun? Und sie halfen mir von São Paulo aus dabei, Strategien zu entwickeln, etwa zwei Sau-



## STATT MORAL DISTANCING BRAUCHT ES JETZT EINEN GESETZLICHEN RAHMEN.

Zivilgesellschaft und Kirche machen sich dafür stark, dass Unternehmen Menschenrechte und Umweltstandards achten. Zeit für ein Lieferkettengesetz – gerade jetzt.

SÜDWIND unterstützt das Engagement von Kirchengemeinden und kirchlichen Gruppen für ein Lieferkettengesetz durch Materialien und Beratung.

[www.suedwind-institut.de/recht-und-gerechtigkeit](http://www.suedwind-institut.de/recht-und-gerechtigkeit)



**SCHAFFT RECHT & GERECHTIGKEIT!**  
JEREMIA 22,3A

KIRCHLICHES ENGAGEMENT ZUR

**INITIATIVE LIEFERKETTENGESETZ.DE**

Das Projekt zum kirchlichen Engagement wird gefördert durch die





Eine Mitarbeiterin der Hilfsorganisation EDS in einer Krankenstation für Indigene. Für bettlägerige Patienten gibt es dort spezielle Hängematten aus Nylon, die man leicht desinfizieren kann.

GUILHERME REIS

erstoffkonzentratoren für die Versorgung eines Patienten heranzuziehen“, sagt der Arzt Reis. „Ich bin sehr stolz darauf, dass wir jeden behandelt haben, der zu unserer Station kam, und dass wir allen helfen konnten.“

Zwischen dem 26. Mai und dem 12. Juli haben die indigenen Gesundheitsbezirke, die von der NGO ausgestattet wurden, 447 Patienten behandelt. 124 von ihnen wurden in die Feldstation eingeliefert. Nach der Behandlung dort mussten nur 12 Indigene in Krankenhäuser verlegt werden, um dort eine speziellere Versorgung zu erhalten. In den Gesundheitsbezirken wurden keine Todesfälle registriert.

Die Erfahrung von São Gabriel da Cachoeira war so ermutigend, dass die NGO Partner und Unterstützer dazu animierte, sich an eine ehrgeizige Mission zu wagen: indigenen Menschen in allen Regionen des Amazonas zu helfen. In Windeseile und mit großem logistischem Aufwand schafften es Ärzte, Freiwillige, Privatfirmen und soziale Organisationen, 204 indigene Einrichtungen zur Erstversorgung so auszurüsten, dass sie das neuartige Coronavirus bei verschiedenen Ethnien wie den Xavante, den Munduruku, den Yanomami und den Kaiapó behandeln konnten. In Zusammenarbeit mit brasilianischen Fluggesellschaften, die ihre regulären

Flüge zu Spitzenzeiten der Pandemie drastisch reduziert hatten, wurden insgesamt 805 Sauerstoffkonzentratoren verteilt.

Durch diese Bemühungen konnte eine noch höhere Sterberate durch Covid-19 in Brasilien verhindert werden; das Land verzeichnet ohnehin die zweithöchste Zahl an Todesfällen weltweit. 124.000 Todesfälle zählte Brasilien bis Anfang September, mehr gab es nur in den USA. Trotz dem Mangel an Tests wurden Corona-Infektionen bei mindestens einem Drittel der indigenen ethnischen Gruppen des Landes registriert, wie das Nationale Komitee für Indigenes Leben und Erinnerungskultur feststellte. Die Gesamtzahl der Todesfälle unter indigenen Menschen belief sich nach dem Referat für Indigene Gesundheit (Sesai) bis zum 21. August auf 352. Laut der Organisation Artikulation der Indigenen Völker (Apib), die auch Patienten zählt, die nicht in Dörfern leben, starben 700 Indigene an Covid-19.

#### Dunkelhäutige sterben in Brasilien häufiger an Covid-19

Die Zahl der Todesfälle durch Corona pro eine Million Einwohner liegt bei Indigenen höher als beim Rest der Bevölkerung des Landes: 855 versus 510. Am Coronavirus starben mindestens 25 Häuptlinge und viele der sogenannten Älteren; das sind die Ältesten der

Gemeinschaft, die das Wissen der Vorfahren an die Jüngsten weitergeben. Ihr Tod könnte den Verlust einer ganzen Menge alten Wissens bedeuten, das entscheidend zur kulturellen Vielfalt Brasiliens beiträgt. Die Zahlen belegen auch, dass die schwarze Bevölkerung, die aus historischen Gründen ärmer ist und einen schlechteren Zugang zum Gesundheitswesen hat, stärker von Corona betroffen ist als die weiße. 55 Prozent der dunkelhäutigen Menschen, die mit einer Covid-19-Infektion ins Krankenhaus eingeliefert wurden, sind gestorben – bei den Weißen waren es 38 Prozent, wie ein Forschungsvorhaben von brasilianischen Wissenschaftlern und Instituten in einer Studie herausfand.

Die Indigenen-Bewegung betrachtet die Schritte, die die Regierung von Präsident Jair Bolsonaro unternommen hat, als ineffektiv. Sechs Monate nach dem Ausbruch der Pandemie in Brasilien gibt es noch immer keine offiziellen Barrieren, die Unbefugte von indigenen Gebieten fernhalten. Im Juli legte Bolsonaro sein Veto gegen 16 Maßnahmen eines Gesetzes zum Schutz der indigenen und traditionell lebenden Völker ein, wozu auch die Versorgung mit Nahrung und Trinkwasser gehörte. Nachdem die Zivilbevölkerung immensen Druck ausgeübt hatte, setzte sich der Nationalkongress über den Widerstand des Präsidenten hinweg. Zu diesem Zeitpunkt gab es 3,5 Millionen bestätigte Krankheitsfälle im Land.

„Der Höhepunkt der Pandemie im Amazonas ist überschritten, und ich bin mit Ärzten anderer indigener Gesundheitsbezirke in Kontakt, die gegenwärtig einen Anstieg der Fallzahlen verzeichnen“, sagt der Mediziner Reis. „Wir tauschen Erfahrungen aus und berichten, was sich hier bewährt hat.“ Wenn die Pandemie überwunden ist, wird die medizinische Ausstattung, die den Feldstationen gespendet wurde, dort bleiben. So haben die Ureinwohner künftig die Möglichkeit, bei Atemwegserkrankungen auch jenseits der Städte eine angemessene Versorgung zu erhalten. ■



**Sarah Fernandes**

ist Journalistin und Geografin. Sie berichtet über Menschenrechte und entwicklungspolitische Themen in Lateinamerika und Asien.

# Christen im Aufruhr

Von Christoph Eibach

Massenproteste haben seit 2019 Chile erschüttert. Christliche Basisgemeinden tragen den Protest gegen die neoliberale Politik mit, ringen aber um eine Haltung zu den gewaltsamen Auswüchsen.

**E**in beißender Geruch wabert an diesem Sommerabend im Januar 2020 über die Plaza Italia im Zentrum Santiagos, die von den meisten nur noch Plaza de la Dignidad (Platz der Würde) genannt wird. Das Tränengas der Polizei brennt in den Augen und macht das Atmen schwer. Aber die Mitglieder des Aktionsbündnisses Paz y Justicia (Frieden und Gerechtigkeit) sind darauf vorbereitet: Sie drehen sich mit dem Rücken zum Wind und ziehen Halstücher über Mund und Nase. Es ist eine bunt gemischte Gruppe von engagierten Christen: Ordensleute, die in Armenvierteln (poblaciones) wohnen, Studierende, Mitglieder der Basisgemeinden aus den poblaciones, einige Pfarrer und viele mehr. „Der Friede ist die Frucht der Gerechtigkeit“ ist eine ihrer Parolen, ein Zitat aus dem Buch Jesaja. Die Botschaft lautet: Anders als es

die rechtsliberale Regierung gerne hätte, wird ohne strukturelle Veränderungen kein gesellschaftlicher Friede einkehren.

Das Aktionsbündnis ist nicht allein. Der Platz ist voll von Chilenen, die aus unterschiedlichen Gründen gegen das neoliberale System protestieren: Schülerinnen wehren sich gegen die horrenden Schul- und Studiengebühren, Großeltern wollen, dass wenigstens ihre Enkel einmal eine „würdige Rente“ erhalten, Gewerkschaftsgruppen fordern ein Ende von Dumpinglöhnen, Mapuche klagen dagegen, dass Großunternehmen ihre Landrechte missachten, Feministinnen kämpfen gegen den Machismo. Zu Beginn der Proteste im Oktober 2019 haben Woche für Woche über eine Millionen Demonstranten das Zentrum Santiagos geflutet, im Sommermonat Januar sind es noch einige

Straßengottesdienst und Protest: In der chilenischen Hauptstadt Santiago gedenkt das christliche Aktionsbündnis Paz y Justicia im Januar eines Demonstranten, der bei Protesten gestorben ist.

CHRISTOPH EIBACH



Zehntausend; im März wird dann die Corona-Pandemie die Proteste im Zentrum zum Erliegen bringen.

Ihr Auslöser war ursprünglich die Erhöhung der Metropreise. Die Fahrkarten für dieses Transportmittel, auf das Millionen in Santiago täglich angewiesen sind, sollten um 30 Pesos, umgerechnet 3 Euro-Cent, teurer werden. „Das ist auch für chilenische Verhältnisse wenig Geld“, versichert der Journalist Jorge Molina, der selbst in einer población aufgewachsen ist.

*Anhänger der Befreiungstheologie sind der Friedensethik verpflichtet und sympathisieren doch mit denen, die sich Straßenschlachten mit der Polizei liefern.*

„Aber es war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.“ Ein Blick auf die Reichtumsverteilung erklärt das: Die reichsten 10 Prozent in Chile besitzen 32 Mal mehr als die ärmsten 50 Prozent der Bevölkerung zusammen. Und obwohl die Wirtschaft seit Jahrzehnten hohe Wachstumszahlen verzeichnet, verdient die Hälfte der Chilenen weniger oder nur etwas mehr als den niedrigen Mindestlohn.

„Es geht nicht um 30 Pesos, sondern um 30 Jahre“ heißt ein Leitspruch der Demonstranten. Er ist Ausdruck der Enttäuschung über die Politik seit der Rückkehr Chiles zur Demokratie im Jahr 1990. Auch linksgerichtete Regierungen haben seitdem wenig an dem neoliberalen System zu verändern versucht, das während der Militärdiktatur geschaffen und mit der 1980 „von oben“ erlassenen Verfassung zementiert worden war. Im Gegenteil, die Privatisierungs- und Deregulierungspolitik wurde weiter vorangetrieben. Heute ist fast alles privatisiert, was in Europa oder auch in Chiles Nachbarländern wie Argentinien oder Bolivien großenteils in öffentlicher Hand ist: das Rentensystem, die Wasserversorgung, große Teile des Bildungs- und Gesundheitswesens. Weit über die Hälfte der Bevölkerung lernt in maroden staatlichen Schu-

len in Klassen mit über 40 Schülerinnen und Schülern, verschuldet sich für die Ausbildung an einer Universität oder Berufsschule, muss Jahre auf wichtige Operationen warten und erhält eine Rente, die kaum das Überleben sichert.

Dies muss man wissen, will man die Größe und die Wucht der Proteste verstehen. Nicht umsonst redet man in Chile von der „sozialen Explosion“. Spontane Demonstrationen entstanden im Oktober 2019 im Zentrum Santiagos, in deren Folge es zu gewaltsamen Auswüchsen kam: Supermärkte wurden geplündert und Metrostationen in Brand gesetzt. Präsident Sebastián Piñera sprach von einem Krieg und verhängte den Ausnahmezustand. In den folgenden Monaten starben mehr als 40 Personen bei Auseinandersetzungen mit der Polizei und dem Militär, über 400 wurden verletzt. Ein Untersuchungsbericht der Menschenrechtskommission der UN konstatierte zahlreiche Fälle von Folter und sexuellem Missbrauch durch die Polizei. Auch auf der Seite der Polizei gab es Verletzte.

**D**och die Gewaltexzesse, die die Bilder in der Presse dominierten, sind nur eine Seite dieser „sozialen Explosion“. Das ganze Land befindet sich in einem Erneuerungs- und Umwälzungsprozess, dem sich auch ein Teil der Kirche nicht verschließen will. Der Slogan „Chile ist erwacht“ ist in dem Andenland in aller Munde. Gemeint ist ein Erwachen der durch die Pinochet-Diktatur traumatisierten Zivilgesellschaft nach drei Jahrzehnten politischer Apathie. Diesen Prozess zu unterstützen, auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen, präsent zu sein in einer vielleicht historischen Zeit, ist das Ziel von Paz y Justicia. Das Bündnis steht der Befreiungstheologie nahe und ist eng mit den Basisgemeinden in den poblaciones verbunden.

Diese kleinen katholischen Gemeinschaften, die sich unter anderem durch eine hohe Partizipation der Laien sowie ihr politisches Engagement auszeichnen, sind in Chile längst nicht mehr so zahlreich wie in den 1970er oder 1980er Jahren. Doch in den Monaten der sozialen Explosion boten sie in Zusammenarbeit mit der lokalen Politik den Menschen in den poblaciones eine wichtige Möglichkeit, sich über die Ereignisse im Land auszutauschen. „Wir haben mehrere Treffen mit 30 bis 50 Leuten veranstaltet“, sagt der 26-jährige Elías Meza, Religionslehrer und Bruder in der kleinen Comunidad de Jesús. „Da saßen Menschen unterschiedlicher politischer und religiöser Überzeugungen aus dem Viertel zusammen und gemeinsam haben wir überlegt: Von welcher Gesellschaft träumen wir, in welchem Chile möchten wir leben? Und wie lässt sich das verwirklichen?“

Solche Initiativen trugen dazu bei, das politische Bewusstsein in der Bevölkerung zu wecken, und erhöhten den Druck auf die Regierung. Schnell wurde jedoch klar, dass substantielle Veränderungen auf der Basis der derzeitigen Verfassung nicht durchsetzbar sind. Die anhaltenden Proteste und sozialen Unruhen führten schließlich dazu, dass die rechtsliberale Regierung mit der Opposition die Durchführung eines Plebiszits

**Demonstranten geraten im Dezember 2019 in Santiago, Chile, mit der Polizei aneinander.**

MARTIN BERNETTI/GETTY IMAGES



beschloss: Das Volk soll darüber abstimmen, ob eine neue Verfassung ausgearbeitet werden und wie sich eine verfassungsgebende Versammlung zusammensetzen soll. Das war für viele ein Hoffnungszeichen. Für diejenigen, die sich wie Elías als „Kirche an der Seite der Armen“ verstehen, war es Anlass, sich verstärkt in der Gemeinde und auf den Straßen für die Transformation der Gesellschaft einzusetzen.

Gleichzeitig kritisierten sie das Verhalten der Bischöfe als zu zögerlich. „Wo seid ihr als unsere Hirten?“, fragten Autoren des studentischen Magazins der „Katholischen Aktion“ in einem offenen Brief die Bischofskonferenz. Sie wollten die Bischöfe „auch auf den Straßen“ sehen und dass sie die „prophetische Stimme erheben sollen, in Namen all derer, die unterdrückt werden“. Dabei verwiesen sie auf die Zeit der Diktatur, in der die katholische Kirche unter Kardinal Silva Henríquez eine herausragende Rolle bei der Verteidigung der Menschenrechte gespielt hatte.

Die Bischöfe hätten sich doch zu Wort gemeldet, relativiert Jorge Costadoat, Jesuit und Theologieprofessor an der Universität Alberto Hurtado. „Sie verurteilen die Polizeirepression, sprechen sich für einen gesamtgesellschaftlichen Dialogprozess und eine neue Verfassung aus.“ Das Problem sei, dass die Bischöfe auch in Chile durch schwere Skandale wegen sexuellen Missbrauchs gesellschaftlich stark an Ansehen verloren hätten.

Elías von der Comunidad de Jesús will das in dem Land, in dem trotz Mitgliederschwunds noch über die Hälfte der Einwohner Katholiken sind, nicht gelten lassen. Schon zwei Tage nach Beginn der Unruhen seien kirchliche und andere Vertreter der Zivilgesellschaft beim Präsidenten Piñera gewesen, um mit ihm über notwendige soziale Veränderungen zu diskutieren. „Warum“, fragt er, „war dort nicht der Erzbischof?“

Allerdings schockte Bischöfe wie katholische Laien, dass die vandalistischen Auswüchse der Proteste sich in wenigen Einzelfällen auch gegen Kirchen richteten. Besonders viel Aufmerksamkeit erregte ein Brandanschlag Anfang Januar in der zentral gelegenen Kirche San Francisco de Borja. Vermutlich galt er weniger der Kirche als der Polizei, da das Gebäude seit der Diktatur von der Polizei für Gottesdienste genutzt wurde und ein Mahnmahl für die „Märtyrer der Polizei“ beherbergte.

Die Gewaltbereitschaft unter Demonstranten stellt gerade den befreiungstheologischen Teil der Kirche vor ein moralisches Dilemma. Man sieht sich der christlichen Friedensethik verpflichtet und sympathisiert doch mit denen, die sich in der „vordersten Linie“ Straßenschlachten mit der Polizei liefern. „Dieses Volk hat das Recht, alles zu zerstören, denn alles hat man ihm zerstört“, schrieb im Oktober vergangenen Jahres der bekannte Arbeiterpriester Mariano Puga. Es gehe dabei, so meint Elías, nicht um eine allgemeine Rechtfertigung von Gewalt. Vielmehr habe Puga darauf aufmerksam gemacht, dass die Jugendlichen der „vordersten Linie“ häufig aus den poblaciones kommen und Opfer struktureller Gewalt seien. Sie hätten wenig zu verlieren. Für ihn sei dieses Verhalten nicht gutzuheißen, aber aus der Perspektive der Jugendlichen sei es



nachvollziehbar. Elías betont, dass die Gruppe Paz y Justicia auf den Demonstrationen immer gewaltfrei protestiert habe. Auch hätten sie öfter versucht, sowohl auf die „vorderste Linie“ als auch auf die Polizei befriedend einzuwirken.

Ganz anders positionieren sich die evangelischen Kirchen – mehrheitlich Pfingstkirchen, zu denen sich in Chile mittlerweile 16 Prozent der Bevölkerung bekennen. Sie versuchen mehr Einfluss auf die Politik auszuüben und vertreten dabei meist wirtschaftsliberale und konservative Positionen. In einer gemeinsamen Erklärung haben sie sich gegen die Einführung einer neuen Verfassung ausgesprochen und wollen ihren Gemeindegliedern empfehlen, bei dem Referendum auch so zu stimmen.

Im breitgefächerten evangelischen Spektrum gibt es aber auch andere Meinungen. So zeigt sich die Iglesia Metodista in einer Erklärung über die von staatlichen Institutionen verübten Gewalttaten „erschrocken“ und sieht die Krise „als Ausdruck einer individualistischen und materialistischen Gesellschaft“; deren Ergebnis sei ein zutiefst ungerechtes Gesellschaftssystem. Neben sozialer Gerechtigkeit fordern sie eine Anerkennung der Rechte der indigenen Völker, eine Gleichstellung der Frauen und eine Berücksichtigung ökologischer Fragen. Daher wollen sie die Ausarbeitung einer neuen Verfassung unterstützen.

Auf dem Plaza de Dignidad hat die Gruppe Paz y Justicia das Kreuz einer Basiskirche aus einem Armenviertel hochgehalten, auf dem „Cristo Liberador“ steht – Christus, der befreien will, auch aus den ungerechten Strukturen im Hier und Jetzt. Ob die in naher Zukunft zumindest gerechter gestaltet werden können, hängt maßgeblich vom Ob und Wie einer neuen Verfassung ab. Das Referendum wurde wegen der Pandemie von April auf den 25. Oktober verschoben. Von seinem Ausgang wird viel abhängen. ■

**Schüler demonstrieren Ende 2019 in einer Metrostation in Santiago. Eine Fahrpreiserhöhung für öffentliche Verkehrsmittel hat die Proteste gegen die Regierung ausgelöst.**

JAVIER TORRES/GETTY IMAGES



**Christoph Eibach**

ist Theologe und promoviert an der Universität Mainz über die Entwicklung der basiskirchlich-sozialen Bewegung „Cristo Vive“ in Chile und Bolivien. Bis Februar hat er in diesen Ländern geforscht.

## Neuer Start mit neuem Ministerium?

Das ehrwürdige Department for International Development ist Geschichte

Im September hat das neue britische Ministerium für Außen- und Entwicklungspolitik seine Arbeit aufgenommen. Damit hat der britische Premierminister Boris Johnson verwirklicht, was schon länger zur Debatte stand: Er hat das bislang eigenständige Entwicklungsministerium aufgelöst und dem Außenamt zugeschlagen.

Boris Johnson hatte die Fusion Mitte Juni in einer Rede im britischen Parlament unter anderem mit der Corona-Krise begründet: Eine wichtige Lehre der Pandemie sei, „dass die Unterscheidung zwischen Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit künstlich und überholt ist“. Ziel der Fusion sei, „unseren Einfluss zu maximieren und alle Stränge auswärtigen Handelns zusammenzuführen“. Das neue Ministerium heißt Foreign, Commonwealth and Development Office; an der Spitze steht Außenminister Dominic Raab.

Der Entscheidung vorausgegangen war ein längeres Hin und Her seit dem Brexit Ende Januar, ob das DfID bestehen bleiben sollte oder nicht. Johnson hatte schon früher kein Hehl daraus gemacht, dass er keine großen Stücke auf das Ministerium hält: Im vergangenen Dezember hatte der Premierminister geschimpft, die britische Entwicklungshilfe sei „verschwendend“, das Geld werde aus dem Fenster geworfen. Das Budget müsse deshalb unter die Kontrolle des Außenministers gestellt werden.

Die Reaktionen in der britischen Entwicklungsszene auf Johnsons Entscheidung reichen von krasser Ablehnung bis Zustimmung. Tim Boyes-Watson vom globalen Entwicklungsnetzwerk Humentum nannte sie in einem Kommentar für den Onlinedienst Devex „rassistisch“. Der Schritt gehe zu Lasten von People of Colour in Ländern überall auf der Welt, die früher vom Vereinigten Königreich kolonisiert gewesen seien.



Das Ressort des britischen Außenministers Dominic Raab hat künftig auch die Entwicklungszusammenarbeit unter Kontrolle.

TOBY MELVILLE/  
REUTERS

Auf der anderen Seite steht die Position, die Zusammenlegung der beiden Ministerien sei längst überfällig gewesen. Ein eigenständiges Entwicklungsministerium mache nach dem Brexit „keinen Sinn mehr“, erklärte Mukesh Kapila, ein früherer Abteilungsleiter des DfID. Die Entwicklungszusammenarbeit werde als Teil der Außenpolitik mehr Einfluss erhalten.

### Insgesamt überwiegt unter Fachleuten die Skepsis

Insgesamt überwiegt aber die Skepsis unter Entwicklungsfachleuten und -politikern. Viele Kritiker der Zusammenlegung fürchten, die britische Entwicklungszusammenarbeit könnte in Zukunft an Gewicht verlieren und vor allem außen- und sicherheitspolitischen Interessen dienen statt der Armutsbekämpfung weltweit. Johnson selbst hat solchen Befürchtungen Nahrung gegeben, indem er in seiner Parlamentsrede im Juni sagte: „Wir geben Sambia genauso viel Hilfe wie der Ukraine, obwohl letztere entscheidend für Europas Sicherheit ist.“

In den vergangenen Wochen hieß es in britischen Medien zudem, die Regierung wolle sich vom Ziel verabschieden, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für Entwicklungshilfe auszugeben. Außenminister Raab hat das dementiert. Allerdings hat die Regierung das Entwicklungsbudget für das laufende Jahr um rund ein Fünftel gekürzt und das mit den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise begründet. Laut anderen Berichten will die Regierung in Zukunft sicherheits- und verteidigungspolitische Ausgaben großzügiger als Entwicklungshilfe verbuchen und die Kriterien des Entwicklungsausschusses der OECD nicht mehr befolgen.

Eine weitere Sorge ist, dass mit der Auflösung des DfID dessen Expertise verlorengeht. Das Ministerium hatte in der internationalen Entwicklungspolitik einen guten Ruf; der werde nun leichtfertig aufs Spiel gesetzt, sagen Johnsons Kritiker. Im diesjährigen Index zur Transparenz der Entwicklungshilfe lag das DfID wie auch in den Vorjahren vor den meisten Agenturen anderer staatlicher Geber wie Deutschland oder Frankreich. Und

es hat deutlich besser abgeschnitten als das Foreign and Commonwealth Office, das bisher bereits einen kleinen Teil der britischen Entwicklungshilfe vergeben hat.

Insgesamt enttäuscht reagiert haben Entwicklungsfachleute darauf, dass kaum DfID-Spitzenpersonal auf der Leitungsebene des neuen Ministeriums vertreten sein wird. Auf Zustimmung stieß hingegen, dass Außenminister Raab den früheren DfID-Chefökonomin Stefan Dercon ins Boot geholt hat. Dercon hatte zwischenzeitlich für das Center for Global Development in Washington gearbeitet und dort im Sommer die Fusion als Chance bezeichnet. Um sie zu nutzen, so Dercon, brauche es klare langfristige Ziele für eine integrierte Entwicklungs- und Außenpolitik sowie eine Strategie, wie sie erreicht werden sollen. Es brauche zudem gut begründete politische und regionale Arbeitsschwerpunkte. Und schließlich müsse die Expertise aus beiden Häusern übernommen werden, um das neue Ministerium zum entwicklungspolitischen Zentrum der Regierung zu machen.

Tillmann Elliesen

## STUDIE

## Irreführende Vorzeigeprojekte

Wie kann man die Wälder und damit das Klima schützen und gleichzeitig Entwicklung in ländlichen Gebieten in oder an Wäldern in Gang bringen? Dazu ist in den globalen Klimaverhandlungen ein Konzept entwickelt worden, wonach ein Land Zertifikate für mittels Waldschutz vermiedene Emissionen erhalten soll, die verkauft werden können. Das komplizierte Konstrukt enthält auch Regeln zur Vermeidung von schädlichen sozialen und ökologischen Nebenwirkungen. Anschubfinanzierung von Geberländern soll helfen, im Süden die nötigen Vorkehrungen zu schaffen – etwa damit man im Wald gebundenen Kohlenstoff messen, Waldschutz durchsetzen, Zertifikate vermarkten

und die Einnahmen verteilen kann.

Laut einer neuen Studie ist dieses Programm mit dem Kürzel REDD+ bei Geberländern beliebt, wirkt aber kaum. Etwa zehn Milliarden US-Dollar sind danach für REDD+-Pilotprojekte in 65 Ländern bisher zugesagt. Doch es sei jedenfalls in Afrika kein deutlicher Einfluss auf die Waldverluste oder die ländliche Armut feststellbar.

Das, so Kate Massarella und Adeniyi Asiyani, hat mit einem Irrweg zu tun, der auch in anderen Entwicklungsprogrammen verbreitet sei – besonders solchen, die Mehrfachnutzen (Win-Win) bringen sollen: Geber schaffen mit großem Aufwand Modellprojekte und nehmen die

dann als Beleg, dass der Ansatz funktioniert.

Zu Unrecht, zeigt die Studie an zwei Fallstudien. In Tansania wurden demnach für REDD+ Orte ausgewählt, die ungewöhnlich günstige Bedingungen mitbrachten; daher seien die Modelle nicht übertragbar. In Nigeria hätten die Geber sich auf einen Bundesstaat konzentriert, was dort aber weder den Wald erhalten noch die ländliche Ökonomie stabilisiert habe. Zu Unrecht folgerten viele Evaluierungen also aus aufwändigen Modellprojekten, dass REDD+ als Modell für ganze Länder funktionieren könne.

Vorzeigeprojekte sind laut der Studie zum Selbstzweck geworden; tiefer gehende Ände-

rungen des Umgangs mit Wald, die mit REDD+ ursprünglich anvisiert waren, kämen kaum mehr vor. Auch in anderen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit schließe man oft aus Modellprojekten, dass ein Rezept in größerem Maßstab tauglich sei. Das versperre den Blick auf tiefergehende und wirksamere Alternativen. (bl)

Adeniyi Asiyani, Kate Massarella  
**Transformation is what you expect, models are what you get: REDD+ and models in conservation and development**

Journal of Political Ecology, Vol. 27, No. 1 (2020)

20 Seiten

<https://journals.uair.arizona.edu/index.php/JPE/article/view/23540/22405>

## BERLIN

## Ein wichtiger Schritt für mehr Fairness im Lebensmittelhandel

Neue Vorschrift wäre aber kein Lieferkettengesetz durch die Hintertür

Die Bundesregierung will Ende September ein neues Regelwerk gegen unlautere Geschäftspraktiken im Lebensmittelhandel beschließen. Das könnte auch für Erzeuger oder Arbeiter in Entwicklungsländern einen Unterschied machen.

Die Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie aus dem Jahr 2019 zielt in der Hauptsache auf große europäische Einzelhandelskonzerne, die landwirtschaftlichen Erzeugern und Lebensmittelproduzenten in der EU Niedrigstprei-

se und andere zweifelhafte Konditionen aufzwingen. Ausdrücklich sehen die Vorschriften aber auch Beschwerdewege für Erzeuger außerhalb der EU vor, wenn die sich in der Lieferkette zum EU-Markt illegalen Praktiken ausgesetzt sehen.

Ein sogenannter Missbrauchstatbestand ist etwa, wenn ein großer Händler einseitig die Vertragsbedingungen ändert.

Die Agrarexpertin bei Oxfam, Marita Wiggerthale, nennt als Beispiel die Bananenproduktion. Die

Anzeige

**VEGGIENALE & FAIRGOODS**

Die Messe für pflanzlichen Lebensstil und ökologische Nachhaltigkeit

**ÖKO MEETS VEGAN**

#FAIR #ÖKO

Alle Termine unter [www.veggienale.de](http://www.veggienale.de)

<b>Leipzig</b> 12./13. Sept.	<b>Münster</b> 19./20. Sept.	<b>Frankfurt</b> 26./27. Sept.
<b>Köln</b> 10./11. Okt.	<b>Hannover</b> 17./18. Okt.	<b>Hamburg</b> 21./22. Nov.
		<b>Stuttgart</b> 28./29. Nov.

Erzeugerpreise deckten vielfach nicht die Produktionskosten, und Arbeiterinnen und Arbeiter erhielten keine existenzsichernden Löhne. Der Ankauf zu Dumpingpreisen führe zu Hungerlöhnen und treibe Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in den Ruin. „In Ecuador ist die Zahl der Bananen produzierenden Familienbetriebe von 2015 bis 2018 um 60 Prozent gesunken“, sagt Wiggerthale.

Die EU-Richtlinie ist dabei kein Lieferkettengesetz durch die Hintertür. Es geht nicht um menschen- oder arbeitsrechtliche Produktionsbedingungen, sondern um unfaire Preise und Lieferkonditionen. Für den Schutz von Bauern vor Niedrigstpreisen sind bislang freiwillige Standards der einzige Weg. Initiativen wie Fairtrade oder die Rainforest Alliance, die für zertifizierte Erzeuger ein bestimmtes Preisniveau garantieren, bleiben im Welthandel indes eine Randerscheinung.

So beziehen die meisten Kakaobauern und -bäuerinnen weltweit keine existenzsichernden Einkommen, kritisiert der Forum Fairer Handel. Die Schokoladenindustrie beteuere seit zwanzig Jahren, ausbeuterische Kinderarbeit im Kakaoanbau beenden zu wollen, erklärte die Vorstandsvorsitzende Andrea Fütterer, „und ist bis jetzt gescheitert“. Nur ein Ende des Preiskampfes werde daran etwas ändern.

Ein Bündnis von 49 Organisationen aus dem Umwelt-, Entwicklungs-, Agrar- und Lebensmittel-

**Billigpreise in den Supermärkten gehen auf Kosten von Beschäftigten im Süden: Eine Arbeiterin in Ecuador wäscht Bananen vor dem Verpacken.**

GUILLERMO GRANJA/REUTERS

bereich, darunter Oxfam und das Forum Fairer Handel, fordern daher, dass die Verkaufspreise etwa von großen Discontern die Produktionskosten nicht unterbieten dürfen. Solche sogenannten Dumpingpreise sind schwer nachzuweisen und werden im deutschen Gesetzentwurf zur Umsetzung der Richtlinie nicht pauschal verboten. „Die Regierung nutzt den Spielraum nicht, den sie hätte, um unfaire Handelspraktiken wirksam zu verbieten“, kritisiert Wiggerthale.

### Dumpingpreise als Ursache für schlechte Arbeitsbedingungen

Auch eine Beschwerdestelle, bei der Lieferanten unlauteres Geschäftsgebaren anzeigen können, ist in dem Gesetz noch nicht vorgesehen. „Eine unabhängige Ombudsstelle kann hier Abhilfe schaffen und Produzenten wie auch Arbeitnehmern endlich ein Instrument an die Hand geben, ihre Rechte einzufordern und Beschwerden einzureichen“, so das Bündnis. Vermutlich wird eine entsprechende Beschwerdestelle bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) eingerichtet, welche die Durchsetzung der Richtlinie überwachen soll.



Nach Einschätzung der britischen Organisation Traidcraft Exchange, die sich dafür eingesetzt hatte, dass auch Lieferanten von außerhalb der EU einbezogen werden, kann die Richtlinie Hunderttausenden von Landwirten und Erzeugern auf der ganzen Welt in ihren Handelsbeziehungen mit der EU eine Stimme geben. Immerhin importiert die EU Lebensmittel im Wert von rund hundert Milliarden Euro jährlich. Landwirte in Entwicklungsländern sind unfairen Handelspraktiken besonders oft ausgeliefert, weil sie weniger alternative Märkte haben und ihr Zugang zu rechtlicher Unterstützung und notwendigen Informationen oft zu eingeschränkt ist, um gegen Knebelverträge großer Konzerne vorzugehen. Wenn die Richtlinie es nun etwa schwerer mache, dass Aufträge ohne Not storniert werden, könne das die Einkommen von Produzenten berechenbarer machen, schätzt Traidcraft.

Ein weiteres hart erkämpftes Merkmal der Richtlinie besteht darin, dass sie es anderen Organisationen wie NGOs, Erzeugerorganisationen und Gewerkschaften erlaubt, im Namen von Lieferanten Beschwerden zu formulieren. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie überhaupt eingereicht werden, um auf illegale Praktiken hinzuweisen. Ein Lieferant soll auch wählen können, in welchem Land der EU er die Beschwerde vorbringt. So könnte sich ein lateinamerikanischer Produzent, der sich von deutschen Einkäufern übervorteilt fühlt, wegen der Sprachbarrieren auch an eine spanische Behörde wenden.

Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums soll der Gesetzentwurf Ende September im Kabinett besprochen werden. Die erste Lesung im Bundestag soll Ende November stattfinden, das Gesetz im März 2021 in Kraft treten.

Marina Zapf

## BERLIN

# Eine Milliarde Euro umgeschichtet

Wie das Entwicklungsministerium in der Corona-Krise hilft

**Mehr Flexibilität für die Projektförderung nichtstaatlicher Hilfsorganisationen, zusätzliche Milliarden für die bilaterale und multilaterale Krisenbewältigung und mehr Geld für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft – das Programm des Bundesentwicklungsministeriums (BMZ) zur Unterstützung der Partnerländer in der Corona-Pandemie nimmt Fahrt auf.**

Wie das BMZ auf Anfrage mitteilte, will es beauftragte private Träger von bestimmten Durchführungsregeln entlasten, wenn Kontaktverbote oder Lockdowns in den Partnerländern Projekte aufhalten. Vor allem monatelange Ausgangssperren wie in Südafrika behindern und verzögern Vorhaben und sprengen vorgegebene Abläufe und Berichtspflichten. In solchen Fällen geneh-

mige das BMZ etwa, dass Laufzeiten verlängert oder bewilligte Fördermittel später abgerufen werden, erklärt ein Sprecher.

Zusätzlich bewilligt das Ministerium sogenannte Corona-Zusatzkomponenten bis zu einer Höhe von 90 Prozent der bewilligten Projektmittel, wenn im Rahmen der Projekte etwa medizinische Schutz-

und Hygieneartikel beschafft wurden. Aufschläge gebe es auch für die Einrichtung von Gesundheitsstationen oder die Aufstellung mobiler Ärzteteams sowie für zusätzliches Personal zur Betreuung von Risikogruppen oder Aufklärungsarbeit.

In seiner Sofortreaktion auf die Krise hatte das BMZ zunächst medizinische und labortechnische Hilfe



geleistet und Ärzte, Testkits und Labormaterial in mehr als zehn Länder geschickt, darunter Namibia, Benin, Kolumbien, Ecuador und Peru. Die bereits im Jahr 2015 eingerichtete „Schnell Einsetzbare Expertengruppe Gesundheit“ (SEEG) des Ministeriums hilft, Ausbrüche möglichst früh zu erkennen und einzudämmen. Außerdem hat die Gruppe damit begonnen, der Afrikanischen Union (AU) rund 1,4 Millionen Corona-Tests zu liefern.

Im laufenden BMZ-Haushalt wurde kurzfristig eine Milliarde Euro umgeschichtet und nachträglich für dieses Jahr weitere 1,5 Milliarden Euro zur Bewältigung der Krise bewilligt. Aus einer Übersicht der Mittel im Nachtragshaushalt geht hervor, dass das Geld in sieben Bereiche fließen soll: Gesundheit und Pandemiebekämpfung, Sicherung von Ernährung und Grundversorgung, Stabilisierung von Flüchtlings- und Krisenregionen, soziale Sicherung sowie Sicherung von Arbeitsplätzen in globa-

len Lieferketten, die Absicherung von Unternehmen in Schlüsselsektoren wie dem Tourismus und der Textilbranche, Corona-Soforthilfen zur direkten Finanzierung von nationalen Programmen sowie internationale Zusammenarbeit.

So finanziert das Sofortprogramm für Indien über UNICEF hunderttausende Testkits sowie medizinische Schutzausrüstungen und Materialien. Dazu kommen 460 Millionen Euro als Darlehen an die Zentralregierung für soziale Sicherung, etwa für Nahrungsmittel oder Finanzspritzen für 320 Millionen Arbeitslose und Wanderarbeiter.

#### Unterstützung für Lieferketten in Afrika

Aus der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit gehen insgesamt zusätzliche 350 Millionen Euro Soforthilfen an ausgewählte Partnerländer wie Äthiopien, Madagaskar, Marokko und Niger zur Finanzierung von Gesundheitssystemen,

die Stabilisierung der Wirtschaft sowie die schnell wirksame Sicherung von Arbeitsplätzen. Dazu gehören auch die Unterstützung lokaler afrikanischer Lieferketten durch die Pandemic Trade Impact Mitigation Facility (PATIMFA) der Afreximbank in Kairo oder Zuschüsse für kleine und mittlere Unternehmen in Mosambik und Ruanda. Weitere 224 Millionen Euro sind für Krisen- und Konfliktländer vorgesehen, schwerpunktmäßig zur Basisversorgung besonders verletzlicher Gruppen ohne Erwerbsmöglichkeiten.

Auch die Sonderinitiativen des BMZ werden um 270 Millionen Euro aufgestockt – davon 100 Millionen für die Hungerbekämpfung und die Landwirtschaft, 170 Millionen Euro für Gesundheit in Flüchtlingscamps, Cash Transfers und Bildung. Für multilaterale Organisationen und Programme stellt die Bundesregierung 335 Millionen Euro zusätzlich bereit, darunter an die UN-Organisationen

für Entwicklung, Frauen und Familienplanung sowie an die Impfallianz Gavi. Der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) erhält 150 Millionen Euro zusätzlich, nachdem er Mittel für Covid-19 umgeleitet hat.

Die Entwicklungspartnerschaft des BMZ mit der Wirtschaft wird mit zusätzlich 41 Millionen Euro gestärkt. Damit wird unter anderem eine gemeinsame Initiative mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) finanziert, über die in Äthiopien, Bangladesch, Kambodscha, Laos und Indonesien zwei Monate lang die Löhne von rund 250.000 Textilarbeiterinnen und Textilarbeitern finanziert werden und Jobs gesichert werden sollen. In Äthiopien, Laos, Vietnam und Madagaskar sollen zudem ein Jahr lang für Arbeiterinnen und Arbeiter Belegschaften von Unternehmen im Arbeits- und Gesundheitsschutz geschult werden.

Marina Zapf

## BRÜSSEL

# Doch nicht mehr Geld für Entwicklungspolitik

Die europäischen Staats- und Regierungschefs beschließen den neuen EU-Haushalt

**Sogar für Brüsseler Verhältnisse war es ein zähes Ringen: Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich bei ihrem Gipfel im Juli erst nach vier Tagen und Nächten auf den Mehrjährigen Finanzrahmen und einen Corona-Wiederaufbauplan geeinigt. Der von der EU-Kommission geplante Aufwuchs der Entwicklungshilfe wurde dabei geopfert. Doch das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.**

Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) der EU für 2021 bis 2027 wird seit 2018 diskutiert. Wegen der Corona-Krise hatte die EU-Kommission im Mai ihre Pläne für den MFR geändert und ihm einen Wiederaufbaufonds zur Seite gestellt. Er soll die Hauptlast der wirtschaftlichen Krisenbewältigung schultern und gesondert finanziert werden.

Vor zwei Jahren hatte die Kommission im Rahmen ihres Entwurfs für den MFR für den Haupttopf der künftigen Entwicklungsfinanzierung, das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI), rund 79 Milliarden Euro vorgesehen. Nach den Plänen vom Mai 2020 sollten sogar rund 86 Milliarden Euro in den Topf fließen, verteilt über MFR und Wiederaufbaufonds (alle Angaben in Preisen von 2018).

Dem hat der EU-Gipfel einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich auf einen Finanzrahmen in Höhe von 1,074 Billionen Euro und den Aufbaufonds von 750 Milliarden Euro – das größte Finanzpaket der EU-Geschichte. Der von der Kommission geplante NDICI-Betrag schrumpfte dabei

aber auf 70,8 Milliarden Euro und würde vollständig über den normalen Finanzrahmen laufen. Im Wiederaufbaufonds strichen die Staats- und Regierungschefs die Mittel für Entwicklung und internationale Zusammenarbeit sogar komplett.

Eine EU-Offizielle weist zur Erklärung auf zweierlei hin: Erstens änderten die Politiker im Laufe ihres Treffens die Aufteilung des Fonds. Von den 750 Milliarden Euro werden nun nur 390 Milliarden Euro statt 500 Milliarden wie ursprünglich geplant als nicht rückzahlbare Zuschüsse gewährt. Damit habe die Streichung der NDICI-Mittel nahegelegen, sagt die EU-Offizielle und setzt dabei voraus, dass diese Mittel unter die Zuschüsse verbucht worden wären.

Zweitens gab es ein juristisches Problem. Der Aufbaufonds beruht auf Artikel 122 des Lissabon-Vertra-

ges, der Hilfen für die EU-Mitgliedstaaten betrifft – von Entwicklungsländern und anderen Drittstaaten ist darin keine Rede. Daher hatte der juristische Dienst des Rates vor dem Gipfel gewarnt, dass Unterstützung für Drittländer im Aufbaufonds schwer zu rechtfertigen wäre. Zugleich deuteten die Experten eine Alternative an, nämlich die rechtliche Grundlage des Fonds zu erweitern. Das hielten die Politiker und Diplomaten aber offenbar für nicht angebracht.

Der Politikexperte Niels Keijzer vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik findet die vereinbarten 70,8 Milliarden Euro für den größten Topf für Entwicklung und internationale Zusammenarbeit trotz allem annehmbar und vergleicht sie mit den 2018 vorgeschlagenen rund 79 Milliarden Euro, als vom Corona-Wiederaufbaufonds

noch keine Rede war. „Wenn man sich vor Augen führt, dass in der Regel der verabschiedete Haushalt insgesamt niedriger ausfällt als der ursprüngliche Vorschlag der Kommission, dann ist dies in der gegenwärtigen Situation ein zufriedenstellendes Gesamtergebnis angesichts aller anderen konkurrierenden Forderungen.“

Kritisch äußerte sich dagegen der Verband europäischer Entwicklungsorganisationen Concord. Die Schrumpfung des NDICI werde zum Beispiel die Fähigkeit der EU gefährden, Multilateralismus zu fördern, ihren Menschenrechtsaktionsplan umzusetzen und lokale Gemeinschaften in Drittländern zu unterstützen.

Das letzte Wort über die Finanzen steht noch aus, weil das Europaparlament mitzureden hat. Zwar beschränkt sich dessen Macht formal auf den MFR und hier wiederum darf es eigentlich nur zustimmen oder ablehnen. Die Parlamentarier können diese Macht aber als Hebel für Änderungen am Finanzrahmen und womöglich auch am

Aufbaufonds nutzen. In einer kurz nach dem Gipfel verabschiedeten Parlamentsresolution heißt es, man stimme dem MFR „in seiner derzeitigen Fassung nicht zu“. Das Parlament besteht auf mehr Geld für verschiedene Programme – unter anderem für Entwicklung und internationale Zusammenarbeit.

Phillipp Saure

## BRÜSSEL

# Kritik an EU-Rückkehrerprogramm

Studie: Brüssel und die IOM setzen Migranten unter Druck

Zur EU-Migrationspolitik gehören Programme für freiwillige Rückkehr. Sie richten sich an Migranten, die es nach Europa geschafft haben, und solche, die auf dem Weg dorthin irgendwo in Afrika gestrandet sind. Sind Migranten bereit, in ihr Heimatland zurückzukehren, werden sie bei der Rückreise und teils bei der Reintegration unterstützt. Kritiker bezweifeln trotzdem, dass die Rückkehr immer freiwillig ist.

Ein Handlungsrahmen der EU im Bereich Rückkehr in Afrika ist einer Sprecherin zufolge die „Gemeinsa-

me Initiative für den Schutz und die Reintegration von Migranten“, die die EU als Geldgeber im Jahr 2016 mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) als Umsetzungspartner auf die Beine gestellt hat. Der IOM zufolge sind in diesem Rahmen von Mai 2017 bis Ende Juni 2020 rund 84.000 Menschen in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt. Die meisten reisten demnach aus Niger (36.154) und Libyen (32.878) zurück, weitere wichtige Länder waren Mali, Dschibuti und Burkina Faso. Als wichtigste Herkunftsländer nennt die IOM ebenfalls Mali (14.480), Guinea

(12.888) und Nigeria (12.620) vor Äthiopien und wiederum Niger. IOM und EU behaupten, die mit ihrer Hilfe organisierten oder finanzierten Rückreisen seien freiwillig.

Allerdings sät eine neue Studie Zweifel daran. In dem von Brot für die Welt und medico international herausgegebenen Papier mit dem Titel „Notfallrückführungen der IOM aus Libyen und Niger“ schreibt die Migrationsforscherin Jill Alpes vom Nijmegen Centre for Border Research: „Trotz der Notsituation in Libyen beklagten sich die befragten Migrantinnen und Migranten, dass sie sich nicht frei für die Rückkehr

aus Libyen entschieden hatten.“ Alpes zufolge sah sich zum Beispiel ein Migrant in einem libyschen Lager vom IOM vor die Wahl gestellt, zurückzukehren oder im Lager bleiben zu müssen.

## Die IOM weist die Vorwürfe zurück – und kritisiert die Studie

Die Forscherin macht allerdings darauf aufmerksam, dass die Betroffenen nur schwer zwischen IOM-Mitarbeitern und Mitarbeitern libyscher Behörden unterscheiden könnten; außerdem sei es in dem Land einfach, Uniformen von Agenturen und Organisationen zu kaufen, ohne für diese zu arbeiten. Alpes führt ferner an, dass die IOM Hilfsleistungen teilweise von einer Entscheidung zur Rückkehr abhängig mache. Sie kritisiert zudem, dass aus ihrer Sicht Rückkehrer nur ungenügend in ihre Herkunftsländer integriert würden.

Die IOM kritisiert ihrerseits die Studie, unter anderem die Methodologie, etwa dass nur eine kleine Zahl von Rückkehrern interviewt worden seien (Alpes gibt 38 Rückkehrer oder Migranten als direkte Interviewpartner sowie Gespräche in größerer Runde an). Zudem seien mehrere Behauptungen der Studie „faktisch falsch“, etwa die, dass manche Dienstleistungen von der Bereitschaft der Migranten zur Rückkehr abhängig gemacht würden, erklärt ein IOM-Sprecher gegenüber „welt-sichten“.

Benjamin Schraven vom Deutschen Institut für Entwicklungs-



Ein Migrant aus Guinea berichtet im IOM-Zentrum in Niamey, Niger, im März 2017 von seinen Erfahrungen in Libyen. Finanziert von der Europäischen Union hilft die IOM Migranten bei der Rückkehr in die Heimat.

ISSOUF SANOGO/AFP  
VIA GETTY IMAGES

politik (DIE) beklagt indes, dass es kaum umfassende und systematische Untersuchungen gibt, wie es mit Teilnehmern von IOM-EU-Rückkehrprogrammen nach der Rückkehr weitergeht. Schraven weist aber auch darauf hin, dass die IOM anders als etwa der UNHCR kein starkes normatives Mandat besitze, das den Schutz der Migranten ins Zentrum stelle. Die IOM, die „viel gute Arbeit macht“, sei insgesamt eben eher noch eine „Service-Agentur für migrationsbezogene Dienstleistungen für

Staaten“, urteilt der Forscher. Vor diesem Hintergrund sei es wenig überraschend, dass in den von der EU mitfinanzierten IOM-Rückkehrprogrammen vor allem Transitländern auf den Hauptmigrationsrouten in Richtung Europa im Fokus stünden. Schraven plädiert dafür, dass die IOM auch in Ländern oder auf Routen, die für die Migration nach Europa keine besondere Rolle spielen, stärker aktiv werden sollte – mit einem Schwerpunkt auf besonders verletzte Migrantengruppen.

Torsten Moritz von der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME) weist darauf hin, dass Rückkehrprogramme teils von falschen Voraussetzungen ausgingen. „Wenn die Wirtschaft etwa wegen der Wüstenbildung durch den Klimawandel oder kaputte Märkte keine Perspektive für einen Bauern bietet, kann er auch mit 5000 Euro nichts anfangen.“ So könnten selbst gut gemeinte Starthilfen zur Reintegration verpuffen.

Scharfe Kritik an der EU-Migrationspolitik vor allem in Liby-

en und an den Rückkehrprogrammen übt der Europaabgeordnete Erik Marquardt (Grüne). „Man hat die Seenotrettung an libysche Militärs ausgelagert. Die EU finanziert ein System mit, in dem Menschen versklavt, vergewaltigt und gefoltert werden.“ So baue die EU Druck auf die Migranten auf. Vor diesem Hintergrund könne deren Rückkehr in die Heimat kaum freiwillig genannt werden, findet Marquardt. „Man könnte sagen, die Geflüchteten müssen zurückfliehen.“

Phillipp Saure

## SCHWEIZ

# Zwangslizenzen nur wenn nötig

## Die Schweiz diskutiert über eine gerechte Versorgung mit Covid-19-Impfstoffen

Die Schweiz hat sich als eines der weltweit ersten Länder dank einer Vereinbarung mit einem Biotech-Unternehmen 4,5 Millionen Impfdosen gesichert. Gleichzeitig spielt sie eine leitende Rolle in einer Initiative der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die den gleichberechtigten Zugang für alle Länder sichern soll. Die Organisation Public Eye bezeichnet das als „Heuchlerei“.

Anfang August gab die Schweiz die Vereinbarung mit der US-Biotechfirma Moderna Therapeutics bekannt. Die Firma will mithilfe der Basler Pharmazulieferin Lonza jährlich 500 Millionen Impfdosen herstellen. Durchläuft der Impfstoff die klinische Testphase erfolgreich, bekommt die Schweiz 4,5 Millionen Impfdosen, schrieb das Bundesamt für Gesundheit (BAG) in einer Medienmitteilung. Insgesamt 300 Millionen Franken stelle der Bundesrat für Impfstoffe bereit. Gleichzeitig unterstütze die Schweiz multilaterale Vorhaben zur gerechten Verteilung eines zukünftigen Impfstoffes.

Eine dieser Initiativen ist die Covid-19 Global Access Facility (Covax), die von der WHO lanciert worden ist. Sie soll sicherstellen, dass Covid-19-Impfstoffe allen Ländern zur Verfügung stehen. Zusam-

men mit Singapur koordiniert die Schweiz die Arbeit der „Friends of the Facility“, eine Gruppe von Staaten, „die sich für Covax interessieren und sich konstruktiv im Etablierungsprozess einbringen wollen“, wie das BAG und die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA auf Anfrage gemeinsam schreiben. Bis Ende August haben rund 172 Länder ihr Interesse bekundet, bei Covax mitzumachen. Die Länder gehen damit aber keine verbindliche Abmachung ein.

### Eine Milliarde Impfdosen für die Hälfte der Weltbevölkerung

„Über Covax sollen bis Ende 2021 geschätzte zwei Milliarden Impfdosen reserviert und je zur Hälfte an arme und reiche Länder aufgeteilt werden“, sagt Patrick Durisch, Gesundheitsexperte bei Public Eye. Die reichen Länder sicherten sich allerdings mit ihren bilateralen Deals weit mehr als eine Milliarde Impfdosen. Die ärmeren Länder hingegen – also fast die Hälfte der Weltbevölkerung – müsse versuchen, mit der Milliarde Impfdosen aus Covax die Pandemie zu bekämpfen, erklärt Durisch. Wenn Länder mit hohem Einkommen Impfstoffe für sich reservieren und gleichzeitig ihr Interesse an einer gerechten globalen Verteilung bekunden, sei das „eine Heuchlerei“.

Ein weiteres Problem gibt es laut Durisch mit den Produktionskapazitäten. Solange Impfstoffe nicht in ausreichender Menge produziert werden können, könne auch keine gerechte Verteilung gewährleistet werden, sagt er. Covax löse das Problem nicht, weil die „heiße Kartoffel“ geistiges Eigentum von den Diskussionen ausgeklammert werde. Staaten mit Pharmaindustrie seien nicht willens, mit den im internationalen Patentsystem vorhandenen Mitteln, wie beispielsweise Zwangslizenzen, sicherzustellen, dass möglichst viel Impfstoff in möglichst vielen Ländern produziert werden kann, sagt Durisch. Reichere Länder wie die Schweiz wollten sich nicht mit den in ihren Ländern beheimateten Unternehmen anlegen, denn für die sei Wort Zwangslizenz „ein Schreckgespenst“.

Das BAG und die DEZA bezeichnen Covax als die einzige globale Initiative, die mit Regierungen und Herstellern zusammenarbeitet, um die faire Verteilung sicherzustellen. Ein internationales Netzwerk von NGOs, darunter auch Public Eye, hat jedoch zusammen mit der WHO und Costa Rica eine eigene Initiative lanciert, den Covid-19 Technology Access Pool (C-TAP). Die Initiatoren sehen Patente und andere Exklu-

sivrechte als Hindernisse für einen gerechten Zugang zu erschwinglichen Impfstoffen. Staaten finanzieren maßgeblich die Forschung und Entwicklung von Impfstoffen, stellen aber keine Bedingungen, beispielsweise bei der Preissetzung. In einer globalen Krise wie der Corona-Pandemie sei das nicht vertretbar, sagt Durisch. Deshalb wolle C-TAP alle Beteiligten, einschließlich Pharmaunternehmen, an einen Tisch bringen, um freiwillige Lizenzvergaben auszuhandeln. Zwangslizenzen sollten nur wenn nötig verhängt werden. Bis Ende August hatten sich die meisten Entwicklungs- und Schwellenländer C-TAP angeschlossen sowie aus Europa Norwegen, Portugal, Luxemburg, Belgien und die Niederlande.

Gemäß BAG und DEZA engagiere sich die Schweiz für eine „konstruktive Zusammenarbeit mit Rechteinhabern und (...) pharmazeutischen Unternehmen“ und werde C-TAP nicht unterstützen. Durisch bezweifelt indes, dass Covax seine Ziele erfüllen wird. Die Solidarität, die den Diskurs zu Beginn der Pandemie beherrscht habe, sei auf der Prioritätenliste hinabgerutscht. „Jetzt sind wir wieder zurück im Wettbewerb: Erst wir, dann die anderen.“

Christina Stucky

## SCHWEIZ

## Referendum soll Handelsvertrag stoppen

Gegner des Abkommens mit Indonesien kritisieren Palmölproduktion

Die Schweizer Bevölkerung wird über das Freihandelsabkommen mit Indonesien abstimmen können. Bauernorganisationen sehen in dem importierten Palmöl eine Konkurrenz zur einheimischen Ölproduktion. Entwicklungsorganisationen teilen die Kritik nur teilweise.

Das Parlament hatte das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den Efta-Staaten (Schweiz, Island, Liechtenstein, Norwegen) und Indonesien im letzten Dezember gutgeheissen. Dagegen lancierte ein Biowinzer aus Genf, Willy Cretegnny, zusammen mit der Bäuerinnen- und Bauerngewerkschaft Uniterre das Referendum. Ende Juni wurde es mit 61.184 gültigen Unter-

schriften beim Parlament eingereicht. Es wird das erste Mal in der Schweizer Geschichte sein, dass über ein Freihandelsabkommen abgestimmt wird, voraussichtlich im Frühjahr 2021.

Im Fokus der Kritik steht vor allem ein Produkt: das Palmöl. Es werde unter Einsatz von giftigen Pestiziden, Kinderarbeit und miserablen Arbeitsbedingungen hergestellt. Und es würden dafür riesige Flächen des Regenwaldes gerodet, argumentiert das Referendumskomitee. Ausserdem stelle der billige Import eine Konkurrenz zu den einheimischen Raps- und Sonnenblumenölen dar. „Wir plädieren dafür, dass die Schweiz auf europäisches Öl zurückgreift, wenn der einheimische Markt die Nachfrage nicht decken kann“, sagt

der Mediensprecher von Uniterre Rudi Berli auf Anfrage. In Indonesien würden Kleinbauern und -bäuerinnen sowie indigene Gemeinschaften von ihrem Land vertrieben.

Rund 50 Organisationen unterstützen das Referendum, darunter sind bäuerliche Bündnisse wie „Landwirtschaft mit Zukunft“ oder die Kleinbauern-Vereinigung, aber auch grüne Parteien verschiedener Kantone, der Verein Multiwatch oder das Komitee Incomindios, das sich für die Rechte von indigenen Völkern einsetzt.

Größere Organisationen wie Public Eye oder Alliance Sud, die Arbeitsgemeinschaft sechs Schweizer Entwicklungsorganisationen, äussern sich hingegen zurückhaltender zu dem geplanten Referendum. Beide haben sich bisher einer Abstimmungsempfehlung enthalten. Isolda Agazzi, Mitglied der Geschäftsführung von Alliance Sud, sagt auf Anfrage: „Das Freihandelsabkommen mit Indonesien enthält trotz berechtigter Kritik einen kleinen politischen Fortschritt.“ So verknüpfe zum ersten Mal eine Sonderbestimmung den zollreduzierten

Palmölexport direkt und verbindlich mit im Abkommen festgeschriebenen Nachhaltigkeitsbestimmungen. „Das ist eine Forderung, die wir NGOs seit Jahren stellen und die auch bei künftigen Freihandelsabkommen ein Hebel sein kann, um Nachhaltigkeitsbestimmungen durchzusetzen“, sagt Agazzi. Sie räumt jedoch ein, dass sie die Kritik an dem Abkommen verstehe. Noch habe das Parlament nicht erklärt, wie die Bestimmungen kontrolliert werden sollen.

Das Referendumskomitee hingegen argumentiert, dass es gar kein nachhaltiges Palmöl gibt. So steht der im Abkommen als Grundlage verwendete RSPO-Standard (Roundtable on Sustainable Palm Oil) seit Jahren in der Kritik, hauptsächlich aufgrund der fehlenden Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten. Schlussendlich geht es dem Komitee aber auch um eine Kritik des Freihandels an sich. Dieser habe in den meisten Ländern weder den Wohlstand noch die Lebensqualität erhöht und diene allein den wirtschaftlichen Interessen multinationaler Konzerne. **Samanta Siegfried**

Anzeige

**KAFFEE TRINKEN**

**KLEINBAUERN STÄRKEN!**

WELT Partner

fair+ bio

weltpartner.de/kaffee

## ÖSTERREICH

## „Das Geschrei nach Verteilung kann nicht die Lösung sein“

Auch nach der Brandkatastrophe auf Lesbos ist eine liberale Flüchtlingspolitik nicht in Sicht

Die Stadt Wien will 100 Kinder aus Flüchtlingscamps auf griechischen Inseln aufnehmen. Das hat das Stadtparlament der österreichischen Bundeshauptstadt Ende August beschlossen. Der Widerstand dagegen reicht bis zu den Sozialdemokraten. Auch nach dem Brand im Lager Moria auf Lesbos Anfang September.

Im Antragstext berufen sich die Initiatoren auf die EU-Kommission, die dazu aufgerufen hat, 1000 besonders schutzbedürftige Menschen von griechischen Lagern in andere EU-Staaten zu verlegen. Damit sollte vor allem das kurz nach dem Beschluss bei einem Brand zerstörte Lager Moria

auf Lesbos entlastet werden. Die Hauptstadt verfüge über ausreichend Kapazitäten, um die genannte Zahl an Kindern aus Moria aufzunehmen und zu versorgen. Allen Beteiligten ist allerdings bewusst, dass der Beschluss nicht mehr als eine schöne, aber wirkungslose Geste ist, da die Aufnahme von Flüchtlingen Bundeskompetenz ist. Gegen den Willen des Bundes können Städte und Gemeinden keinen einzigen Schutzsuchenden ins Land holen. Darüber kann auch der optimistische Twitter-Kommentar der grünen Vizebürgermeisterin Birgit Hebein nicht hinwegtäuschen, die von einem „Schritt zu mehr Menschlichkeit“ sprach, dem sich auch die ÖVP nicht in den Weg stellen sollte. Bei den Wiener Landtagswahlen am 11. Oktober will die ÖVP die seit zehn Jahren regierende rot-grüne Koalition attackieren.

Die ÖVP, die im Bund mit den Grünen regiert, hat sich in ihrer Position eingegraben: Keine weiteren Flüchtlinge. Sie argumentiert einerseits mit den rund 90.000 Asylwerbern, die in den Jahren 2015/2016 aufgenommen wurden, andererseits mit dem gerne strapazierten „Pull-Effekt“: Wenn man sich einmal großzügig zeige, würde das weitere Migranten ermutigen, in Österreich ihr Glück zu suchen.

Mit diesem Argument wies Außenminister Alexander Schallenberg von der ÖVP auch nach der Zerstörung des Lagers Moria die Aufnahme von Flüchtlingen von dort zurück. „Das Geschrei nach Verteilung kann nicht die Lösung sein“, sagte Schallenberg zwei Tage nach der Katastrophe im österreichischen Fernsehen. Wenn das Lager geräumt werde, sei es gleich wieder gefüllt; sende man Signale, dass es Hoffnung gebe, nach Europa zu kommen, dann würden bald wieder Tausende Flüchtlinge an den Grenzen stehen, auch nach Österreich.

Politologen vermuten, dass es der konservativen Kanzlerpartei mit ihrer harten Haltung vor allem darum geht, eine Viertelmillion Stimmen ehemaliger FPÖ-Wähler, die laut Analysen zur Wählerwanderung nach Ibiza-Affäre und Spe-

senskandal von der Rechtsaußenpartei zur ÖVP abgewandert sind, dauerhaft zu binden. Sie riskiert damit, sich von einigen Unternehmern und vom christlichsozialen Flügel zu entfremden.

### Kritik kommt von Unternehmen und den Kirchen

Besonders deutlich ist Christian Konrad, pensionierter Chef des Raiffeisen-Konzerns und ehemaliger Flüchtlingsbeauftragter der Regierung. Zum Problem der von Abschiebung bedrohten Flüchtlinge, die in Österreich eine Lehre machen, sagte er im Wochenmagazin „profil“: „Wir bilden sie zwar aus, aber kaum haben sie die Prüfungen gemacht, schmeißen wir sie raus. Das ist dumm.“ Caritas-Generalse-

cretär Klaus Schwertner setzt seit Monaten täglich einen gleichlautenden Tweet ab: „Und im Übrigen bin ich der Meinung, dass die völlig überfüllten Lager auf den griechischen Inseln sofort evakuiert werden müssen und Menschenrechte nicht länger mit Füßen getreten werden dürfen.“

Die teils geifernden Kommentare in den sozialen Medien suggerieren, dass die Position der ÖVP von einer breiten Mehrheit getragen wird. Selbst in der oppositionellen SPÖ findet die ablehnende Haltung prominente Fürsprecher. So sieht Hans Peter Doskozil, Landeshauptmann im Burgenland, gesetzliche Hindernisse für die Aufnahme. Vor dem Brand in Moria sagte er „Aus meiner Sicht ist die

Grenze die Rechtsstaatlichkeit, und die ist einzuhalten.“

Ganz anders sehen das die Kirchen. Katholische Organisationen fordern nicht nur die Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland, sondern unterstützen auch das Rettungsschiff Sea Watch 4, an dem die Evangelische Kirche in Deutschland maßgeblich beteiligt ist. Seit Mitte August ist die Sea Watch in den internationalen Gewässern vor Libyen unterwegs, um Bootsflüchtlinge aus Seenot zu retten. Der österreichische Theologe und Pädagoge Jakob Frühmann, der als Matrose angeheuert hat, informiert regelmäßig von Bord über das Schicksal der Geretteten und die Suche nach einem Hafen, der sie anlegen lässt. **Ralf Leonhard**

## KIRCHE UND ÖKUMENE

# Weniger Kirchensteuern, mehr Spenden

## Brot für die Welt stellt sich auf Mittelrückgänge ein

**Wegen der weltweiten Corona-Pandemie steigen bei Brot für die Welt die Spendeneinnahmen. Bei den aus Kirchensteuern finanzierten Mitteln für den Entwicklungsdienst rechnet das Werk allerdings mit dramatischen Rückgängen.**

Die diesjährige Bilanzpressekonferenz von Brot für die Welt wird vermutlich auf längere Zeit die letzte gewesen sein, bei der das evangelische Hilfswerk Zuwächse bei den Gesamteinnahmen vermelden konnte. Ende August teilte das Werk in Berlin mit, dass es im vergangenen Jahr knapp 318 Millionen eingenommen hat. Das seien 1,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Alle drei Säulen, aus denen sich die Finanzen des Werkes vor allem speisen, verzeichneten Zuwächse. So stiegen die staatlichen Mittel von 170,9 auf 177,2 Millionen Euro, Spenden und Kollekten von 63,6 Millionen auf 64,4 Millionen Euro und die von den Landeskirchen aus den Kirchensteuern entnommenen und an Brot für die Welt weitergeleiteten Mittel für den Kirchlichen Entwicklungsdienst (KED) von 55,7 auf 58,8 Millionen Euro. Die Einnahmen aus Nachlässen und Bußgeldern lagen bei 3,9 Millionen Euro.

Über die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie, die sich auf die

Zahlen für 2019 noch nicht ausgewirkt haben, macht sich Brot für die Welt aber jetzt schon Gedanken. Insbesondere bei den KED-Mitteln muss das Werk mit drastischen Rückgängen rechnen. „Alle Landeskirchen stellen sich in diesem und im nächsten Jahr auf einen dramatischen Rückgang der Kirchensteuern ein, aus denen die KED-Mittel stammen“, sagt Anne Dreyer, Leiterin der Abteilung Kommunikation und Fundraising von Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) gehe von einem Rückgang von 10 bis 25 Prozent aus. „Wir sind in dieser unvorhergesehenen Situation in der gleichen Verantwortung wie die Landeskirchen, uns auf Mittelrückgänge einzustellen und Einsparmaßnahmen einzuleiten.“

### Wo und wie gespart werden soll, wird noch geprüft

In welchen Bereichen künftig gespart werden soll, konnte Dreyer nicht sagen. Man sei noch in der Prüfungsphase. „Die Arbeit unserer weltweiten Partnerorganisationen, die angesichts der gravierenden gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieser schweren Krise unsere Unterstützung mehr brauchen denn je, wollen wir aber weiterführen.“

Im Spendenbereich hat die Corona-Pandemie dagegen zu Zuwächsen geführt, sagt Dreyer. Bereits im April habe das Werk sein Fundraising mit zusätzlichen Spendenaufrufen per Post und online sowie gezielter Öffentlichkeitsarbeit verstärkt. Mit Spendenmü-

digkeit rechnet man bei Brot für die Welt nicht. „Viele wissen, dass die Menschen in Entwicklungsländern jetzt noch dringender Unterstützung brauchen – weil der Hunger wieder zunimmt und gerade in den Städten viele Menschen ihr Einkommen verloren haben.“

Im Jahr 2019 hatte Brot für die Welt Gesamtaufwendungen in Höhe von 307,7 Millionen Euro, was eine Steigerung von 0,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Der Anteil der Ausgaben für Verwaltung, Werbung und allgemeine Öffentlich-

keitsarbeit lag bei 8,4 Prozent. Im vergangenen Jahr hat Brot für die Welt mehr als 1600 Projekte in 85 Ländern gefördert, davon wurden 694 Projekte neu bewilligt. Der Schwerpunkt lag auf Ernährung und ländlicher Entwicklung. **Katja Dorothea Buck**

## KIRCHE UND ÖKUMENE

# Zoff in der Pfingstkirche

## In Angola haben Pastoren mit ihrer brasilianischen Mutterkirche gebrochen

**Die angolanischen Behörden haben Mitte August sieben Kirchen einer evangelikalen Freikirche wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung geschlossen. Auslöser waren schwere Vorwürfe von mehr als 300 angolanischen Pastoren gegen das Management ihrer Kirche.**

Bei der Kirche handelt es sich um die charismatische Pfingstkirche Universal Church of the Kingdom of God (UCKG), die 1977 in Brasilien gegründet wurde und mittlerweile Ableger in vielen Ländern hat. Sie gilt als die größte evangelikale Pfingstkirche, die ihren Ursprung im globalen Süden hat. Nach eigenen Angaben hat sie 20 Millionen Mitglieder weltweit. Vor allem im portugiesischen Sprachraum im südlichen Afrika konnte sie viele Anhänger gewinnen.

In Angola hat die Kirche 512 Pastoren, darunter 65 Brasilianer. Diese sollen nach Aussagen der angolanischen Kollegen die Geschicke der UCKG in Angola allein geleitet und ihren angolanischen Kollegen nur wenig Mitsprache eingeräumt haben. Im November 2019 hatten 330 angolanische UCKG-Pastoren der brasilianischen Führung die Veruntreuung kirchlichen Eigentums sowie Steuerhinterziehung vorgeworfen und angekündigt, sich von ihr trennen zu wollen. Außerdem beschuldigten sie die brasilianischen Kollegen des Rassismus und prangerten Praktiken innerhalb der Kirche an, die von der öffentlichen Demütigung bei

Fehlritten bis hin zur Forderung an angolanische Pastoren reichten, sie sollten sich die Samenleiter durchtrennen lassen und kinderlos bleiben. Die angolanische Staatsanwaltschaft hatte daraufhin Ermittlungen gegen die UCKG aufgenommen.

### Widerstand gegen Demütigung und Misshandlungen

Der interne Streit ging indes weiter. Im Juni dieses Jahres hatten die abtrünnigen angolanischen Pfarrer fast die Hälfte der 270 Kirchen übernommen und den Kontakt zur brasilianischen Führung abgebrochen. Zu Verhandlungen seien sie nicht mehr bereit, sagte einer der Pfarrer gegenüber angolanischen

Medien. Man wolle eine reformierte Universalkirche ohne Misshandlungen, öffentliche Demütigungen und Vasektomie. Man wolle eine Kirche, die auf Gottes Wort aufbaue. Die brasilianische Führung hatte sich daraufhin mit Unterlassungsklagen und Richtigstellungen in den Medien gewehrt und alle Anschuldigungen zurückgewiesen. Mitte August haben die angolanischen Behörden allerdings aufgrund des Verdachts der Steuerhinterziehung und der illegalen Kapitalausfuhr sieben UCKG-Kirchen schließen lassen. Es gebe genügend Anzeichen dafür, dass die UCKG eine kriminelle Vereinigung sei, sagte der Generalstaatsanwalt Alvaro Da Silva Joao.

In die Schlagzeilen gerät die Kirche auch immer wieder, weil sie sich oft mehr als ein Wirtschaftsunternehmen als eine Kirche gibt. Gepredigt wird in der UCKG eine Wohlstandstheologie, die den Mitgliedern Reichtum und Erfolg verspricht, wenn diese großzügig an die Kirche spenden und sich an die Regeln der UCKG halten. Üblich ist, dass die Mitglieder zehn Prozent ihres Einkommens der Kirche überlassen. Der Gründer der UCKG, der Brasilianer Edir Macedo, soll nach Schätzungen des Wirtschafts magazins „Forbes“ im Jahr 2015 ein Vermögen von 1,1 Milliarden US-Dollar gehabt haben.

**Katja Dorothea Buck**

## KIRCHE UND ÖKUMENE – KURZ NOTIERT

**Das Verfassungsgericht von Gabun hat Anfang August die Entkriminalisierung von Homosexualität als rechtmäßig erklärt.** Bereits Ende Juni hatte das Parlament in Libreville mit 48 zu 25 Stimmen ein Gesetz aufgehoben, welches homosexuelle Beziehungen als „Verstoß gegen die Moral“ bezeichnete und dafür sechs Monate Gefängnis und eine Geldstrafe von umgerechnet bis zu 7600 Euro vorsah.

Ein Bündnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen hatte beim Verfassungsgericht Berufung gegen die Aufhebung des Gesetzes eingelegt mit der Begründung, Gabun könne sonst ein Paradies für Homosexuelle werden. Zu den lautesten Kritikern der Entkriminalisierung gehört die katholische Kirche in Gabun. In einem Brief bezeichnete der Erz-

bischof von Libreville, Jean Patrick Iba Bâ, Homosexualität als der gabunischen Kultur und menschlichen Natur zuwiderlaufend.

Nachdem das Verfassungsgericht Anfang August alle Rechtsmittel ausgeschlossen hatte, twitterte Gabuns First Lady Sylvia Bongo Ondimba: „Das Recht, frei zu lieben, ohne verurteilt zu werden, wurde wiederhergestellt.“ Die Frau des gabunischen Präsidenten hat französische Wurzeln. Auch die Vereinten Nationen begrüßten die Entscheidung. Der in Libreville ansässige UN-Koordinator, Stephen Jackson, sagte, die Entkriminalisierung entspreche der Verfassung von Gabun. Darin werde allen Bürgerinnen und Bürgern das Recht auf freie Entwicklung der Persönlichkeit zugesagt. **(kb)**

## Breite Rückendeckung für Simbabwe Bischöfe

Die Regierung in Harare diffamiert katholische Kirchenvertreter

In einem geharnischten Hirtenbrief haben die katholischen Bischöfe in Simbabwe das repressive Vorgehen der Regierung gegenüber Kritikern verurteilt. Einzelne Regierungsmitglieder diffamierten daraufhin den Erzbischof von Harare. Kirchen und Kirchenbünde weltweit unterstützen die Glaubensbrüder im südlichen Afrika.

Von den Hoffnungen, die viele in Simbabwe vor drei Jahren nach der Amtsübernahme von Emmerson Mnangagwa hatten, ist nicht viel übriggeblieben. Die Wirtschaft liegt am Boden, im Gesundheitssystem hat sich nichts verbessert, Armut und Hunger nehmen zu. Der Ausbruch der Corona-Pandemie hat all diese Krisen noch verschärft. Doch auf Kritik reagiert die Regierung zunehmend mit Repression. Als die Opposition Ende Juli zu Protesten aufrief, erklärte die Regierung die Demonstrationen wegen der Corona-Gefahr als illegal und drohte offen mit dem Einsatz der Sicherheitskräfte. Zahlreiche Oppositionelle wurden verhaftet.

Mitte August haben die katholischen Bischöfe von Simbabwe, die knapp zehn Prozent der Bevölkerung vertreten, einen Hirtenbrief veröffentlicht, in dem sie das Vorgehen der Regierung scharf verurteilten. Es sei bedauerlich, dass die Regierung nicht bereit sei, in den Dialog mit der Kirche und der Zivilgesellschaft zu treten. „Vielen Menschen steckt heute die Angst im Nacken. Ist das das Simbabwe, das wir wollen?“, schreiben die Bischöfe in ihrem Brief. Eine andere Meinung zu haben, bedeute nicht, ein Feind der Regierung zu sein; aus unterschiedlichen Meinungen entstünden Lösungen. „Unsere Regierung aber bezeichnet jeden, der anders denkt, automatisch als Feind des Landes: Das ist Missbrauch!“

Die Regierung wies jegliche Kritik von sich und verwies auf die Wirtschaftssanktionen, unter denen das Land zwei Jahrzehnte zu



leiden hatte. Informationsministerin Monica Mutsvangwa ging in ihrer Kritik noch weiter und griff den Erzbischof von Harare, Robert Ndlovu, persönlich an. Er befördere die ethnische Spaltung des Landes und sei „ein böser und irrender Bischof“. Sie verglich Ndlovu mit Athanase Seromba, einem ruandischen Priester, der im Jahr 2006 vom internationalen Strafgerichtshof für Ruanda zu 15 Jahren Haft wegen Völkermords verurteilt worden war.

### Eine Stellungnahme aus Rom gibt es noch nicht

Simbawwes Justizminister Ziyambi Ziyambi bezeichnete den Hirtenbrief der Bischöfe als „komplette Beleidigung“ des Präsidenten. Die Regierung sehe sich gezwungen, den Vatikan einzuschalten, um festzustellen, ob solche Aussagen die offizielle Haltung des Heiligen Stuhls gegenüber der Führung Sim-

bawwes widerspiegeln oder ob dies lediglich die Ansichten einzelner Personen seien.

Eine Stellungnahme aus Rom gab es bisher nicht, wie häufig in solchen Fällen. Dafür hatte aber der apostolische Nuntius in Simbabwe, Paolo Rudelli, den Erzbischof von Harare sofort nach den verbalen Angriffen aufgesucht, was der vatikanische Nachrichtendienst als Solidaritätsbesuch bezeichnete.

Rückendeckung gab es auch von evangelischer Seite, die mit fast 70 Prozent Anteil an der Bevölkerung die größte aller Konfessionen in Simbabwe ist. „Wir stehen hinter dem, was die katholischen Bischöfe sagen“, heißt es in einer Erklärung der Evangelischen Gemeinschaft von Simbabwe. Auch die anglikanische Kirche von Simbabwe stellte sich hinter die Bischöfe. Es sei Pflicht der Kirche, die Politik zur Rechenschaft zu ziehen. Von internationaler Seite stellten sich die Bi-

### Klinikpersonal protestiert im Juli in Simbawwes Hauptstadt Harare gegen miserable Arbeitsbedingungen.

PHILIMON BULAWAYO/REUTERS

schöfe des gesamten südlichen Afrikas hinter Ndlovu. Anstatt sich mit dem Inhalt des Hirtenbriefes zu befassen, greife die Regierung die Bischöfe an, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung.

Der Ökumenische Rat der Kirchen, der Lutherische Weltbund, die Weltgemeinschaft der reformierten Kirchen und der Weltrat methodistischer Kirchen drückten ihre Sorge über die Situation in Simbabwe aus. „Wir sind solidarisch mit allen Menschen in Simbabwe, die sich nach dem Respekt der Menschenrechte, nach Gerechtigkeit sowie nach physischer und wirtschaftlicher Sicherheit sehnen“, heißt es in der Erklärung.

Katja Dorothea Buck

## „Es ist schwer messbar, was ankommt“

Ein Gespräch über Stärken und Schwächen entwicklungspolitischer Bildungsarbeit

In den vergangenen Jahrzehnten ist der Stellenwert der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit deutlich gewachsen, auch im Etat des Bundesentwicklungsministeriums. Trotzdem weiß eine Mehrheit der Bundesbürgerinnen und -bürger weiterhin wenig über Entwicklungspolitik. Christian Wilmsen, in den 1980er und 1990er Jahren im Ministerium zuständig für Bildungsarbeit, findet das erschreckend – und rät, öfter Meinungsumfragen zur Entwicklungszusammenarbeit durchzuführen.

Herr Wilmsen, was hat die entwicklungspolitische Inlandsarbeit erreicht?

Die bescheidenen Mittel haben durchaus einiges bewirkt, auch wenn es noch nicht gereicht hat, um die Problematik von nachhaltiger Entwicklung und Solidarität mit dem globalen Süden in den Köpfen zu verankern. Aber es gibt große Fortschritte. Eine wichtige Marke dafür ist das Jahr 1998. Bis dahin hatte das Budget für entwicklungspolitische Bildung im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) zehn Jahre lang stagniert, obwohl der Haushalt insgesamt stieg. Im Jahr 1999 wurde dieser Haushaltstitel dann von 4,2 Millionen auf 6 Millionen DM erhöht, also um mehr als 40 Prozent. Ein ungewöhnlicher Schritt.

Wie kam es dazu?

Mehrere Faktoren kamen zusammen. Venro, der drei Jahre vorher gegründete Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe, hatte umsichtige Lobbyarbeit geleistet. Ein Peer Review, also ein Prüfbericht, der OECD zur deutschen Entwicklungszusammenarbeit hatte den Etatansatz für die entwicklungspolitische Bildung deutlich kritisiert. Und es dürfte sicher auch der Regierungswechsel zu Rot-Grün eine Rolle gespielt haben. Gemessen am Jahr 1998 steht heute gut das 15-fache an öffent-



Christian Wilmsen war von 1980 bis 2005 Mitarbeiter des Bundesentwicklungsministeriums und dort viele Jahre für entwicklungspolitische Bildungsarbeit zuständig. Heute berät er die Kindernothilfe und hat einen Lehrauftrag an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin.

PRIVAT

lichen Haushaltsmitteln für die entwicklungspolitische Bildung zur Verfügung. Das ist ein wichtiger Schritt in Richtung des politischen Gleichgewichts zwischen Inlands- und Auslandsarbeit.

Mehr Mittel allein bedeuten aber noch nicht mehr Wirkung.

Ja, es ist schwer messbar, was ankommt. In den 1980er Jahren hat das BMZ regelmäßig Meinungsumfragen zum Stellenwert der Entwicklungszusammenarbeit in Auftrag gegeben. Ab 1993 gab es jedoch knapp zwei Jahrzehnte nichts derartiges mehr. Erst in den Jahren 2018 und 2019 hat das BMZ-Evaluierungsinstitut DEval auf der Basis repräsentativer Umfragen in Deutschland Meinungsmonitore erstellt. Sie haben die Einstellungen in der Bevölkerung zu Entwicklungszusammenarbeit und nachhaltiger Entwicklung untersucht.

Demnach sind die UN-Nachhaltigkeitsziele kaum bekannt.

Ja, das ist erschreckend. Der jahrzehntelange Mangel an Um-

fragen hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Prägnanz und Zielgenauigkeit des Informationsmaterials des BMZ gelitten haben. Auch wurde die BMZ-Schaubildersammlung nicht fortgeführt, deren Motivauswahl stark auf Ergebnissen von Meinungsumfragen aufbaute. Das BMZ und die privaten Träger sollten verstärkt solche Schaubilder anbieten, die die Übersicht in einem komplexen Themenfeld verbessern.

Trotzdem ist es nicht gelungen, Stereotype über Entwicklungshilfe auszuräumen.

Leider. Laut dem DEval-Meinungsmonitor wird zum Beispiel die Höhe der Entwicklungshilfe stark überbewertet, zuletzt um rund das Neunfache. Das führt zu der weit verbreiteten Ansicht, wenn so viel Geld in die Entwicklungspolitik gepumpt wird und die Menschen im globalen Süden immer noch so arm sind, dann müsse doch die Hilfe falsch angelegt sein. Hartnäckig hält sich auch die irri- ge Vorstellung, dass die Länder im globalen Süden unvermindert in unglaublicher Armut verharren und es keine Verbesserungen gibt. Alle entwicklungspolitischen Akteure müssen ihr Medienangebot kritischer als bisher prüfen, um solchen Fehleinschätzungen entgegenzuwirken.

Wo sehen Sie Fortschritte?

Das gestiegene Mittelvolumen ist ein deutlicher Fortschritt. Damit konnten etwa Engagement Global oder die Online-Plattform EWIK – Eine Welt Internet Konferenz, [www.ewik.de](http://www.ewik.de) – zum globalen Lernen ins Leben gerufen werden. Außerdem gibt es eine enorm gewachsene Kooperation zwischen der Kultusministerkonferenz der Länder und dem BMZ. Das ist keine Geldfrage, war aber lange schwierig. Anfang der 1980er Jahre liefen BMZ-Anfragen zur Kooperation noch ins Leere. Die Entwicklung gemeinsa-

mer Schulmaterialien war für die Kultusministerkonferenz komplett undenkbar.

Was hat die Kooperation gebracht?

Der „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ist zentral, weil er direkt in die Schulen hineinwirkt und Millionen von Schüler erreicht. Dies gilt auch für die gemeinsamen Empfehlungen von Kultusministerkonferenz und BMZ für die Sekundarstufe I, an den Empfehlungen für die Sekundarstufe II wird momentan gearbeitet. An allen diesen Schritten waren Organisationen und Initiativen aus der Zivilgesellschaft als Berater oder Mitwirkende direkt beteiligt.

Wie kam es zur Einbindung der Zivilgesellschaft?

Zentral ist die Gründung von Venro im Jahr 1995. Durch den Zusammenschluss der nichtstaatlichen Organisationen hat das BMZ jetzt einen zentralen Ansprechpartner. Seitdem ist eine engere Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und BMZ gewachsen. Es gibt zum Beispiel einen Beraterkreis für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im BMZ. Zwar ruht seine Arbeit im Moment, aber der Rat von nichtstaatlichen Organisationen und wissenschaftlichen Instanzen war für die entwicklungspolitische Inlandsarbeit des BMZ hilfreich.

Manche kritisieren die enge Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft mit dem Ministerium.

Wer in hohem Maße öffentliche Gelder beansprucht, kann dem Staat nicht mehr so stark „vors Knie treten“ wie jemand, der kein Geld nimmt. Ich weiß, dass diese Frage kontrovers diskutiert wird. Trotzdem habe ich nicht den Eindruck, dass die staatliche Bezuschussung die qualifizierte Kritik an Regierungshandeln lähmt.

Das Gespräch führte **Claudia Mende**.



## PERSONALIA

**Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung**

**Dominik Ziller** ist seit August Vizepräsident des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) in Rom. Der 53-Jährige war zuletzt Abteilungsleiter für Internationale Entwicklungspolitik im Bundesentwicklungsministerium und davor unter anderem in leitender Position bei der Gesellschaft für Internationale Entwicklung tätig. Bei IFAD folgt er auf **Cornelia Richter**, die in den Ruhestand geht. IFAD ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, die sich für die Beseitigung von ländlicher Armut und von Hunger einsetzt.

**Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW**

Der Journalist **Frank Griesel** leitet seit August die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der

Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen. Der 51-jährige Diplomforstwirtschaftler war davor unter anderem für Greenpeace und den NABU sowie für die Deutsche Telekom und für die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung tätig. Die

Stiftung Umwelt und Entwicklung fördert bürgerschaftliches Engagement für nachhaltige Entwicklung.

**KfW Entwicklungsbank**

Die KfW Entwicklungsbank hat seit August eine neue Organisationsstruktur. Die Zuständigkeiten der vier Bereiche Grundsätze und Lateinamerika, Subsahara-Afrika, Europa und Asien sowie NfR, Beteiligungen und MENA wurden teilweise neu zugeordnet und drei neue Abteilungen geschaffen: Digitalisierung, Innovation und Kommunikation; Non-Financial Risks und Nachhaltigkeit sowie Beteiligungsfinanzierung. Unter anderem wurden im Zuge der Neuordnung folgende Abteilungsleitungen neu besetzt: **Christoph Tiskens** „Ostafrika und AU“, **Stefan Zeeb** „Zentralafrika“, **Christian Krämer** „Ostasien und Pazifik“, **Christine Heimbürger** „Afghanistan, Pakistan, Irak“, **Marc Engelhardt** „Strategie, Kommunikation, Nachhaltigkeit“. Unter anderem wurden folgende Teamleitungen neu besetzt: **Felix Klauda** „Lateinamerika und Karibik“, **Matthias Adler** „Wirtschaftsentwicklung und Bildung“, **Vereina Seiler** „Governance, Biodiversität und Gesundheit“, **Philip Graf**

von Schwerin „FZ-Evaluierung“. Seit Mitte September leitet **Klaus Pfeiffer** das Team „Grundsätze

und Planung, Beteiligungen“ und **Ralf Kastenholz** das Team „Banken und Direktbeteiligungen“.

**Neuer Geschäftsführer für Ärzte ohne Grenzen Deutschland**

**Christian Katzer** ist neuer Geschäftsführer der deutschen Sektion von Ärzte ohne Grenzen. Der 46-Jährige folgt auf **Florian Westphal**, der sechs Jahre an der Spitze des Vereins mit Sitz in Berlin stand. Katzer ist seit 1999 für Ärzte ohne Grenzen tätig, zuletzt als Leiter der Projektabteilung mit den Länder-schwerpunkten Jemen, Zentralafrikanische Republik, Äthiopien, Tschad und Eswatini. Im Einsatz war er unter anderem in Afghanistan, Somalia und Ost-Timor.

Ärzte ohne Grenzen könne heute deutlich mehr Krankheiten behandeln als vor 20 Jahren, sagt Katzer. Die Organisation sei zudem transparenter geworden und enga-

giere sich stärker als früher in Kampagnen etwa für faire Medikamentenpreise mit dem Ziel, die Stimme von Patientinnen und Patienten in den Ländern des Südens hörbar zu machen. Als Geschäftsführer wolle er stärker auf sogenannte vergessene Krankheiten und Krisen in Ländern wie dem Jemen oder Zentralafrikanischen Republik aufmerksam machen, sagt Katzer.

Mit Blick auf die Eindämmung von Corona in Ländern des Südens sagt Katzer, die Maßnahmen müssten verhältnismäßig sein. Es sei zu beobachten, dass seit Ausbruch der Pandemie Hilfsangebote von Ärzten ohne Grenzen weniger genutzt würden, weil die Patientinnen und Patienten sich nicht frei bewegen dürfen. Katzer: „Es gibt noch viel mehr als Covid-19.“ In der nächsten vergleichbaren Gesundheitskrise müsse zudem besser geregelt sein, dass Reise- und Handelsbeschränkungen die Lieferung von Hilfsgütern und die Entsendung von Personal nicht erschweren. ■

Anzeige

# Südzeit

für  
**Durchblicker**  
(m/w/d)



Ein Jahr lang durchblicken (für nur 20 Euro) bei Themen wie Fairer Handel, Nachhaltigkeit, Globale Gerechtigkeit, Asylpolitik

## Unbändiger Freiheitsdrang



**Ema**  
Chile 2019  
Regie: Pablo Larraín  
102 Minuten  
Kinostart: 22. Oktober

Der chilenische Regisseur Pablo Larraín hat sich mit einer Filmtrilogie über die Pinochet-Diktatur einen Namen gemacht. In seinem ersten Gegenwartsfilm porträtiert er die junge Generation Chiles auf ihrer Suche nach Identität und Orientierung.

Der Film beginnt buchstäblich mit einem Fanal. Die junge Tänzerin Ema betrachtet in einem Schutzanzug eine Verkehrsampel in Valparaíso, die sie mit einem Flammenwerfer in Brand gesetzt hat. Die anarchische Tat gibt einen Vorgeschmack auf den chaotischen Trip, zu dem die unberechenbare Heldin mit den wasserstoffblonden Haaren aufricht.

Versteht man die Ampel als Symbol für Konvention und Ordnung, so ist nun klar: Ema steht für Nonkonformismus, Aufbruch, Rebellion. Die Ursache für ihr provokantes Auftreten und die aggressiven Wortgefechte mit ihrem deutlich älteren Mann Gastón, zu dessen moderner Tanzkompanie Ema gehört, ist schnell ausgemacht. Die beiden haben vor einem Jahr den kolumbianischen Waisenjungen Polo adoptiert. Nachdem dieser eine Katze ins Kühlfach gesteckt und in der Wohnung ein Feuer gelegt hatte, das eine Gesichtshälfte von Emas Schwester verbrannte, hat Ema

den Achtjährigen ans Jugendamt zurückgegeben. Gastón macht ihr deshalb schwere Vorwürfe, sie verspottet ihn im Gegenzug wegen seiner Unfruchtbarkeit. Ema bereut den Schritt und möchte Polo zurückholen, doch die zuständige Sozialarbeiterin lässt sie abblitzen. Zudem verliert sie wegen ihres Verhaltens gegenüber dem Jungen den Job an einer Schule, in der sie Tanzunterricht gibt.

Von den Ereignissen gebeutelt, stürzt sich die selbstbewusste junge Frau ins wilde Leben, leitet die Scheidung ein, beginnt eine Liebschaft mit ihrer Anwältin und tanzt mit einer Mädchen-Gang im Rhythmus des in Chile sehr angesagten Reggaeton – eines temperamentvollen Musikmixes aus Reggae, Hip-Hop und Merengue – durch die Stadt. Mit ihren neuen Genossinnen legt sie hier und da Feuer und verführt einen attraktiven, verheirateten Feuerwehrmann. Am Ende der furiosen Tour de Force wird deutlich, dass Ema bei alledem einen raffinierten Plan verfolgt.

Analog zur sprunghaften Protagonistin mit ihrem unbändigen Freiheitsdrang entzieht sich die Inszenierung jeder konventionellen Genrezuordnung. Larraín wechselt ebenso munter wie elegant von Außenseiterstudie zum Generationenporträt, vom Melodram zum Musical, von schwarzer Komödie zur Groteske, ja, im überraschenden Finale skizziert er mit einem experimentellen Familienkonzept sogar eine Art Utopie.

Zeitsprünge und eine assoziative Montage machen „Ema“ nicht gerade zur leichten Kinokost. Wer nichts Wichtiges verpassen will, muss ständig aufpassen, zumal Larraín ohnehin vieles offen lässt und divergierende Deutungen eröffnet. Dazu sorgen faszinierende Tanzsequenzen vor einem riesigen Sonnenball, der im Hintergrund eines Tanzstudios leuchtet und eine surrealistische Atmosphäre erzeugt, ebenso wie die geschmeidige Kameraführung und der pulsierende Soundtrack für intensive sinnliche Kinoerfahrungen.

Neben den privaten Konflikten und familiären Verwicklungen lässt Larraín immer wieder die Härte der sozialen Wirklichkeit im heutigen Chile durchschimmern, dessen wirtschaftliche und soziale Strukturen noch immer vom Neoliberalismus der Militärdiktatur geprägt sind. Die Tänzer-Community schlägt sich mit prekären Arbeitsverhältnissen mehr schlecht als recht durchs Leben; Ema ist so abgebrannt, dass sie ihre Scheidungsanwältin nicht bezahlen kann und ihr ersatzweise Dienstleistungen im Haushalt anbietet.

Schließlich wartet der Film mit starken schauspielerischen Leistungen auf: So gibt die 1990 geborene Chilenin Mariana Di Girolamo Arteaga, Spross einer verzweigten Künstlerfamilie, in ihrer ersten großen Kinohauptrolle als impulsive Tänzerin Ema einen glänzenden Einstand. Der Mexikaner Gael García Bernal, der seit 2004 Botschafter für Oxfam ist, bekräftigt als Gastón einmal mehr seinen Ruf als Lieblingsdarsteller wichtiger Autorenfilmer.

**Reinhard Kleber**

Anzeige



Sarah Nimführ  
**Umkämpftes Recht zu bleiben**  
Zugehörigkeit, Mobilität und Kontrolle im  
Europäischen Abschieberegime

2020 – ca. 375 Seiten – ca. 40,00 € – ISBN 978-3-89691-052-3

In einer ethnologischen Untersuchung an der EU-Außengrenze Malta zeigt Sarah Nimführ, wie sich das Leben von Menschen mit einem nicht durchgeführten Ausweisungsbescheid gestaltet und welche Praktiken der Alltagsorganisation sie anwenden. Das Manuskript wurde mit dem Theodor Körner Preis 2019 ausgezeichnet.



REZENSIONEN

# Die vergessene Revolution



Katja Maurer und Andrea Pollmeier  
**Haitianische Renaissance**  
 Der lange Kampf um postkoloniale Emanzipation  
 Brandes und Apsel, Frankfurt 2020  
 226 Seiten, 19,90 Euro

Dass 1804 nach dem Kampf gegen die Kolonialherren in Haiti eine unabhängige Republik entstand und die Haitianer damals die Sklaverei abschafften, ist hierzulande kaum bekannt. Der Sammelband erinnert an die nicht eingelösten Versprechen von damals.

In die Schlagzeilen westlicher Medien schafft Haiti es dann, wenn etwas schief läuft oder Naturkatastrophen das Land treffen. Kaum bekannt ist, dass Haiti Schauplatz einer historisch einzigartigen Revolution war: 1791, zwei Jahre nach der Französischen Revolution, wagten die größtenteils afrikanischen Sklavinnen und Sklaven der damaligen französischen Kolonie Saint-Domingue eine Revolte gegen ihre Kolonialherren. Unter dem Revolutionsführer Jean-Jacques Dessalines gründeten sie 1804 eine unabhängige Republik und schafften die Sklaverei ab. Um dieses historische Ereignis kreist der von Katja Maurer und Andrea Pollmeier herausgegebene Sammelband.

„Haitianische Renaissance“ ist kein Geschichtsbuch im strengen Sinn. Die 20 jeweils auch einzeln lesbaren Analysen, Interviews und Kommentare werfen ein neues Licht auf die Gegenwart des Inselstaats. Dazu trägt bei, dass viele haitianische Intellektuelle und Kulturschaffende wie die Schriftstellerin Yanick Lahens und der Filmemacher Raoul Peck zu Wort kommen.

Einleitend zeigt die Kulturjournalistin Andrea Pollmeier, wie die Kolonialmächte dem neu gegründeten Inselstaat von Beginn an Steine in den Weg legten. Als Preis für die Teilnahme am Welthandel verlangte Frankreich von der haitianischen Regierung Reparationszahlungen in Milliardenhöhe für den verloren gegangenen Besitz – Geld, das für den Aufbau demokratischer Institutionen fehlte. Die Anerkennung die-

ser Schuldenlast bezeichnet Pollmeier als „Todesurteil über die Unabhängigkeit“.

Und doch bleibt von der haitianischen Revolution mehr als ihr Scheitern. Die haitianische Schriftstellerin Yanick Lahens bezeichnet sie nach der amerikanischen und der französischen Revolution als „dritte Revolution der Moderne“. Während in Frankreich und den USA die Deklaration von Menschen- und Bürgerrechten nicht als Widerspruch zu Sklaverei und Kolonialismus begriffen wurde, verwirklichte die haitianische Revolution ein „anderes Universalrecht“, unabhängig von Hautfarbe, Sprache und Kultur. Zu diesem Schritt seien Europa und die USA bis heute nicht bereit. Das von den haitianischen Revolutionären in die Welt gebrachte Gleichheitsideal erscheint als bis heute nicht eingelöstes Versprechen.

Es ließe sich auch gegen die humanitäre Hilfe nach dem Erdbeben in Haiti 2010 in Anschlag bringen. Denn die stand in vielerlei Hinsicht eher in der Tradition kolonialer Bevormundung als der Emanzipation. Die Bevölkerung wurde in den Entscheidungszentren der großen Hilfsorganisationen nicht gehört und örtliche Initiativen ignoriert, kritisiert Mitherausgeberin und medico international-Sprecherin Katja Maurer. Insgesamt gehe es der humanitären Hilfe zu wenig darum, die strukturellen Ursachen von Armut und Ausgrenzung zu überwinden. Der Anthropologe Mark Schuller bezeichnet die humanitäre Hilfe gar als „Widerspiegelung des Kolonialismus“ und als „postkoloniale Zeitbombe“. Derzeit wird auch in Hilfsorganisationen wieder über Rassismus und die Kontinuität kolonialer Denkweisen diskutiert. Auch für diese Debatte erscheint das lesenswerte Buch zur richtigen Zeit.

Moritz Elliesen

Anzeige

## Planetare Emanzipation • Fairer Handel – Klimawandel • Afrika



Katja Maurer / Andrea Pollmeier  
**Haitianische Renaissance**  
 Der lange Kampf um postkoloniale Emanzipation  
 228 S., Pb. Großformat, € 19,90,  
 ISBN 978-3-95558-276-0  
 »Wie kann ein ehemals reiches Land sich entwickeln, das nach seiner Unabhängigkeit 1804 boykottiert wurde und von seiner eigenen Elite ausgebeutet wird? Die Autorinnen untersuchen Klischees und lassen viele Experten der haitianischen Geschichte zu Wort kommen.«  
 (missio magazin, 4/2020)



Thomas Kruchem  
**Wie Menschen weltweit das Klima retten**  
 Solar-Pioniere, Wald-Macher, Wasser-Kämpfer  
 Einleitwort von Franz Alt  
 172 S., Pb. Großformat, durchgängig vierfarbig,  
 € 14,90, ISBN 978-3-95558-277-7  
 Sechs reich bebilderte Reportagen des preisgekrönten Journalisten Kruchem zeigen, wie Solarstrom Malis Dörfer aufblühen lässt, wie Bürger von La Paz gegen Wassermangel kämpfen; wie Menschen in Niger, Äthiopien, Haiti und Schottland neuen Wald und neue Landwirtschaft schaffen; wie sich Slums in Manila in klimasichere Wohnquartiere verwandeln.



Doris Kleffner **NEU**  
**Liberia – Paradies auf Abwegen**  
 Kritische Einblicke in die internationale Entwicklungspolitik  
 244 S., Pb. Großformat, € 29,90,  
 Vierfarbteil, ISBN 978-3-95558-286-9  
 Am Beispiel Liberias legt Kleffner als ehemalige Mitarbeiterin der Vereinten Nationen die Problematik der internationalen Entwicklungspolitik im Angesicht von Korruption, Misswirtschaft und Machtgier dar.



Marion Wallace  
**Geschichte Namibias**  
 Von den Anfängen bis 1990 **4. Auflage**  
 Mit John Kinahan  
 562 S., 21,5 x 13,7 cm, Frz. Br., € 29,90,  
 ISBN 978-3-95558-063-6  
 »Mit diesem Buch liegt wohl der gegenwärtig beste und umfassendste Namibia-Reader vor, der uneingeschränkt empfohlen werden kann.«  
 (afrika-bulletin)



Henning Melber (Hrsg.)  
**Deutschland und Afrika – Anatomie eines komplexen Verhältnisses**  
 228 S., Pb. Großformat, € 22,90,  
 ISBN 978-3-95558-257-9  
 »Dieses Buch von Henning Melber sollte man, wenn man in der Kolonialismus-Diskussion mitreden möchte, unbedingt gelesen haben.«  
 (Olaf Zimmermann, Leiter des Deutschen Kulturrates, via Twitter)



Martina Hahn / Frank Herrmann  
**Fair einkaufen – aber wie?**  
 Das Handbuch für fairen Konsum  
 432 S., Pb. Großformat, € 32,90,  
 ISBN 978-3-95558-259-3  
 »Der exzellente Ratgeber ist eine nützliche Handreichung für fairnessbewusste, ökosozial orientierte Verbraucher – und die, die es werden wollen.« (Publik Forum)

**6. Auflage, erweitert und ergänzt**

# Tipps für den Bücherherbst

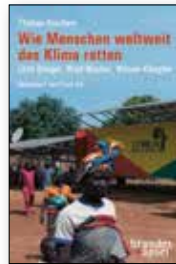
Um Bücherfans trotz Corona über die Neuerscheinungen zu informieren, findet die Frankfurter Buchmesse in diesem Jahr eine Woche lang weitgehend virtuell statt. Geplant sind unter anderem Fernsehübertragungen und Livestreams. Einige Bücher haben wir uns bereits angeschaut.

## Wer sind die Grünen?

Nach heutigem Stand wird es nach den Bundestagswahlen im kommenden Jahr keine Regierung ohne Beteiligung von Bündnis 90/Die Grünen geben. Doch was ist diese Partei heute? Seit Langem befindet sich die Partei im Spannungsverhältnis zwischen breit angelegter Volkspartei und Prinzipientreue. Angetreten als Anti-Parteien-, Anti-Kriegs- und Umwelt-Partei veränderte Regierungsverantwortung in Bund und Ländern die Partei und ihre Wähler. Statt strickender Ökos wählen heute vor allem zu gut situierte Vorstädter Grün. Die Herausgeber stellen die Frage, wie alternativ ein Parteiprogramm sein kann, das viele Bevölkerungsschichten ansprechen will. Sie sammelten Beiträge von Prominenten der politischen Konkurrenz, aus Medien und Zivilgesellschaft sowie von aktiven und ehemaligen Grünen, die sich kritisch mit der Partei auseinandersetzen. Haben die Grünen die deutsche Politik verändert oder die Politik die Grünen? Das Buch liefert spannende Einblicke in eine Partei im ständigen Wandel.



Michael Wedell, Georg Milde: Avantgarde oder angepasst? Die Grünen – eine Bestandsaufnahme, Ch. Links Verlag, 20 €.



Thomas Kruchem: Wie Menschen weltweit das Klima retten, Brandes & Apsel, 14,90 €

## Die Klimaretter

Sie sind Solar-Pioniere, Wald-Macher und Wasser-Kämpfer. Abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit kämpfen Menschen seit Jahren mehr oder weniger im Verborgenen gegen den Klimawandel. Oft unter widrigsten Umständen, nicht selten bedroht von Bürgerkrieg oder Großgrundbesitzern, die Interesse am Profit und nicht am Umweltschutz haben.

Seit bald 40 Jahren ist Thomas Kruchem als freier Reporter in den Krisenregionen der Welt unterwegs. In einer Mischung aus Sachbuch und Reisetagebuch stellt er sechs Initiativen der stillen Helden vor.

Etwa das malisch-deutsche Ehepaar Aida und Torsten Schreiber, die mit ihrem Unternehmen Africa GreenTec im Niger und in Mali mobile Kraftwerke errichten, um die Bevölkerung mit sauberem Strom und Wasser zu versorgen. Oder den australischen Agrarfachmann Tony Rinaudo, der seit Jahrzehnten Kleinbauern in Afrika erklärt, dass sie Bäume nicht abholzen sollen, um Acker- und Weideland zu schaffen. Auch dank seines Engagements wurden allein in Niger etwa sechs Millionen

Hektar Wald wieder aufgeforstet, um so der weiteren Verödung des Landes zu begegnen. Eine Sammlung, die zeigt, wie kleinen Ideen große Initiativen entstehen können.

## Das Industrie-Virus

Für den US-amerikanischen Evolutionsbiologen Rob Wallace ist die aktuelle Pandemie kein Zufall oder gar Schicksal. Vielmehr ist es für ihn eine logische Folge der weltweit schwindenden Biodiversität, der zu intensiven Nutzung von Land und der Massentierhaltung. Insbesondere die Geschäftspraktiken der weltweit agierenden Agrar- und Lebensmittelkonzerne befördern seiner Ansicht nach Epidemien wie COVID-19, SARS, MERS oder der Vogelgrippe. Der Tourismus und die globalen Lieferketten tragen dann ihren Teil dazu bei, dass sich die Krankheiten immer schneller weltweit verbreiten. Solange der ökologische Raubbau anhält, werden Epidemien außer Kontrolle geraten, ist Wallace überzeugt. Wer künftig noch gefährlichere Viren verhindern wolle, müsse den Sinn von



Rob Wallace: Was COVID-19 mit der ökologischen Krise, dem Raubbau an der Natur und dem Agrobusiness zu tun hat, PapyRossa Verlag, 20 €

Freihandelsverträgen, industrieller Fleischproduktion und Palmölplantagen überdenken.



Klaus Dörre: In der Warteschlange – Arbeiter\*innen und die radikale Rechte, Westfälisches Dampfboot, 30 €

## Rechtsruck der Arbeit

Seit Jahren stellt der Arbeitssoziologe Klaus Dörre einen deutlichen Rechtsruck bei den klassischen Arbeiter\*innen fest. Insbesondere männliche Arbeiter sympathisieren überdurchschnittlich häufig mit rechtsradikalen Parteien und Bewegungen. Auch wenn einige dieser Parteien in ihren Programmen stark neoliberale, ja sogar arbeiterfeindliche und antigewerkschaftliche Positionen einnehmen. Dörre begibt sich auf Ursachenforschung, warum die traditionell eher linken und gewerkschaftsnahen Arbeitermilieus sich über die Zeit radikalisiert haben. So entstehe die Sympathie für die radikale Rechte etwa, weil sich erhebliche Teile der Arbeiterschaft von den Mitte-Links-Parteien im Stich gelassen fühlten. Da das Denken in Klassenkategorien wissenschaftlich wie politisch aus der Mode gekommen sei, seien Arbeiter\*innen in der Öffentlichkeit unsichtbar geworden. Das sei ein Nährboden für rechte Positionen.

## Bolsonaro und die Macht

Andreas Nöthen beschreibt in seinem Buch den Weggang des brasilianischen Staatspräsidenten Jair Bolsonaro und erläutert einfach verständlich dessen populistische Politik.

Jair Bolsonaro wurde 2018 nach einer Reihe von Korruptionsskandalen der damaligen brasilianischen Regierung unter Michel Temer zum Staatspräsidenten gewählt. Dabei hatte bis dahin wenig auf einen solchen Aufstieg hingedeutet, schreibt der aus Rio de Janeiro berichtende Journalist Andreas Nöthen in seiner Biografie des heutigen Staatspräsidenten.

1955 geboren, stammt Bolsonaro aus einfachen Verhältnissen. Während der Militärdiktatur von 1964 bis 1985 wird er Soldat. 1988 – und damit wieder unter ziviler Regierung – wird er aus dem Militärdienst entlassen, weil er in die Planung eines Bombenattentats verwickelt war, das den Forderungen des Militärs nach einem höheren Sold mehr Druck verleihen sollte. Vor Gericht wird er zwar aus Mangel an Beweisen freigesprochen und darf seinen Status als Hauptmann in der Reserve behalten. Praktisch aber ist er arbeitslos und kandidiert erfolgreich als Stadtratsabgeordneter in Rio de Janeiro. Dabei hilft ihm sein Versprechen, neuen Wind in die alten Strukturen zu bringen und gegen die Korruption zu arbeiten. Zwei Jahre später schafft er den Sprung in die Abgeordnetenversammlung des Kongresses, wo er die folgenden 28 Jahre lang kaum auffällt.

Bis er sich entscheidet, als Präsidentschaftskandidat anzutreten. Unterstützt wird er dabei von seiner Familie, vor allem von seinen drei ältesten Söhnen, und nicht von einer bestimmten Partei – Parteimitgliedschaften wechselt er in dieser Zeit immer wieder. Er verspricht, für mehr Sicherheit und weniger Korruption zu sorgen, stigmatisiert Minderheiten, schimpft über die Medien, leugnet den Klimawandel und vertritt eine neoliberale Wirtschaftspolitik.

Seinen Wahlkampf führt er größtenteils über die sozialen Medien mit gezielten Lügen über seine Gegner. Den Wahlsieg ermöglichen ihm auch evangelikale Kirchen, die eine große Anhängerschaft haben und ihn aktiv im Wahlkampf unterstützen – wofür einige Pastoren später wichtige Ministerposten erhalten. Zudem darf sein populärster Konkurrent, der frühere Präsident Luiz Inácio Lula da Silva von der Arbeiterpartei, nach einem international umstrittenen Korruptionsprozess und einer ebenso umstrittenen Haftstrafe nicht kandidieren.

Während Bolsonaros Präsidentschaft müssen immer wieder Mitglieder seines Kabinetts gehen, weil die Justiz wegen Korruptionsvorwürfen gegen sie ermittelt oder ihre Politik von der brasilianischen Öffentlichkeit als zu extrem eingeschätzt wird. Andere entlässt er, weil sie gegen seinen Kurs verstoßen, etwa den Gesundheitsminister Luiz Henrique Mandetta, als dieser striktere Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus fordert.

Laut Nöthen nimmt die Gewalt im Land zu, seit Bolsonaro an der Macht ist. So würden die Rechte der Indigenen ignoriert und ihre Gemeinschaften im Amazonasgebiet immer häufiger von Großgrundbesitzern angegriffen und vertrieben. In den Armenvierteln wachse die Polizeigewalt, die Kürzung öffentlicher Sozialausgaben treibe die soziale Spaltung voran. Die Zukunft des Präsidenten wird sich laut Nöthen an der wirtschaftlichen Lage des Landes entscheiden. Sollte sich diese nach der Coronapandemie schnell erholen, hätte Bolsonaro sein Versprechen eingelöst. Dass dies passieren wird, bezweifelt der Autor unter den jetzigen Umständen aber stark.

Nöthen schreibt flüssig und verständlich. Seine Biografie Bolsonaros zeichnet auch die Geschichte Brasiliens und seiner gesellschaftlichen Probleme nach. Hier könnte der Blick allerdings kritischer sein. So werden die rassistischen Strukturen, die für Bolsonaros Wahlsieg eine wichtige Rolle gespielt haben, kaum analysiert. Für die, die sich bisher wenig mit dem Land beschäftigt haben, ist das Buch eine gute Einstiegslektüre. Für alle anderen ist es eine empfehlenswerte Sammlung von Informationen über Bolsonaros Karriere.

Miriam de Hohenstein



Andreas Nöthen  
**Bulldozer Bolsonaro**  
Wie ein Populist Brasilien ruiniert  
Ch. Links Verlag, Berlin 2020  
240 Seiten, 18 Euro

Anzeige

PapyRossa Verlag



V. Kreilinger / W. Wolf / Chr. Zeller  
**CORONA, KRISE, KAPITAL**

Plädoyer für eine solidarische Alternative  
978-3-89438-739-6 | 277 Seiten | € 17,90

Eine Pandemie verstärkt die Rezession zur globalen Depression. Sie wird zum Brennglas von Ungleichheit, staatlich beschirmte Interessen »der Wirtschaft« stehen im Vordergrund: Profit before people. Es kommt jedoch darauf an, den Gesundheitssektor gesellschaftlichen Bedürfnissen anzupassen und die Ökonomie solidarisch und ökologisch umzubauen.



Carl Waßmuth / Winfried Wolf  
**VERKEHRSWENDE**  
EIN MANIFEST

Ein Manifest  
978-3-89438-737-2 | 199 Seiten | € 14,90

Verkehrsinfarkt, Klimakollaps und fehlende Lebensqualität: Gefragt ist eine Verlagerung des Verkehrs auf Zufußgehen, Radfahren, ÖPNV und Schiene. Dieses Manifest rechnet vor: Schlagworte wie »zu teuer« oder »Arbeitsplatzverlust« sind unbegründet. Und es zeigt: Eine Verkehrswende hat schon heute Mehrheiten in der Bevölkerung.

## Europa und der Dschihadismus



Gilles Kepel

**Chaos**

Die Krisen in Nordafrika und im Nahen Osten verstehen

Kunstmann, München 2019

496 Seiten, 28 Euro

Der französische Soziologe Gilles Kepel gilt international als einer der großen Nahost-Kenner. In seinem Buch kommt er zu dem Schluss, dass Europa eine tragende Rolle beim Wiederaufbau der krisengeschüttelten Länder spielen muss, um zu verhindern, dass der Dschihadismus einen weiteren Aufschwung erlebt.

Ausgangspunkt für das Chaos, das derzeit im Nahen Osten herrscht, ist für Kepel das Jahr 1973. Damals scheiterten die arabischen Staaten unter der Leitung von Ägypten und Syrien bei der Rückeroberung der von Israel besetzten Golanhöhen und des Sinai. Das war nicht nur eine deutliche militärische Niederlage, sondern traf auch schwer das Selbstbewusstsein der arabischen Staaten. Ebenfalls 1973 beschlossen die ölfördernden Staaten die Rohölpreise um 70 Prozent zu erhöhen. So konnten sie ihre geopolitische Dominanz in der Region festigen und dafür sorgen, dass ihre sunnitisch-konservative Lesart des Koran in der gesamten islamischen Welt eine Vorrangstellung bekam.

Kepel zeigt, wie der Dschihadismus in den 1990er Jahren in Algerien und Ägypten, beides Mal aufgrund der massiven Gegenwehr durch die nationalen Armeen, scheiterte, wie er aber mit Al-Qaida in den 2000er Jahren dann den Sprung auf die Weltbühne schaffte. Bekanntermaßen scheiterte auch Al-Qaida nach wenigen Jahren und ebnete den Weg für den Islamischen Staat, der nunmehr ebenfalls Vergangenheit ist. Für Kepel stellt sich die Frage, wie sich die dschihadistische

Bewegung entwickeln wird, wenn die Geldflüsse aus der Ölförderung geringer werden. Wird er aussterben? Oder findet er in den verarmten Massen der Länder, deren Wirtschaft am Boden liegt – Syrien, Irak, Jemen, Libyen – einen Nährboden, der zu einer vierten Phase des Dschihadismus führt? Wegen dieser Möglichkeit schlussfolgert Kepel, müsse sich die Europäische Union als Partner an die Seite der arabischen Welt stellen und sich aktiv am Wiederaufbau beteiligen.

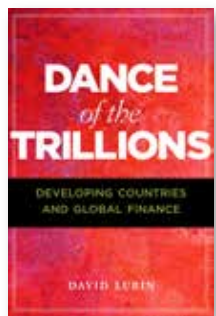
Zu großen Teilen liest sich Kepels Buch wie eine Chronik der letzten 45 Jahre im Nahen Osten. Wer schon andere Bücher über die Region gelesen hat – und davon gibt es ja unübersehbar viele auf dem Büchermarkt – wird allerdings nicht viel Neues finden außer den persönlichen Begegnungen und Gesprächen, die der Autor mit Kollegen, Politikern und anderen Personen aus dem Nahen Osten geführt hat.

Kepels Buch besticht durch das detaillierte Wissen, das der Autor gerne vor seinen Lesern ausbreitet. Diese müssen allerdings schon einiges an Vorwissen zu der Region mitbringen, um den Gedankengängen des Wissenschaftlers folgen zu können. Den Laien, der sich erstmals über diese Weltregion informieren möchte, könnte dies überfordern. Bleibt zu hoffen, dass diejenigen, die laut Kepel den Menschen in der Region aus dem Chaos heraushelfen könnten, sich nicht überfordert fühlen – nämlich die politischen Entscheidungsträger auf europäischer Ebene. Mögen viele von ihnen dieses Buch lesen.

Katja Dorothea Buck

## Den Billionen auf der Spur

Der Ökonom David Lubin zeigt, wie Entwicklungsländer in die internationale Finanzordnung eingebunden sind und diese sich ändert. Der Journalist Nicholas Shaxson schildert, wie große Teile der Finanzwelt das Gemeinwesen abzocken. Beide Bücher ergänzen sich.



David Lubin

**Dance of the Trillions**

Developing Countries and Global Finance

Brookings Institution und Chatham House, Washington (DC) und London 2018, 147 Seiten, 34 Euro

In den 1970er Jahren haben die USA eine auf freiem Kapitalverkehr beruhende Weltfinanzordnung geschaffen, erklärt Lubin. Sie eröffnete Entwicklungsländern erstmals Zugang zu Auslandskrediten – zum Nutzen der US-Banken, die dort Ölmilliarden aus den Golfstaaten anlegen konnten. Damit habe ein von der Geldpolitik der USA angetriebener Zyklus eingesetzt: Bei niedrigen Zinsen fließt Kapital in „aufstrebende Märkte“ im Süden, bei hohen Zinsen flieht es zurück. So nahmen in den 1980er Jahren vor allem Regierungen im Süden Bankkredite im Ausland auf, schreibt der Ökonom. Als die US-Zentralbank dann die Zinsen anhob, führte das zu einer lang andauernden Verschuldungskrise, vor allem in Lateinamerika. Anstelle von Banken investierten in den 1990er Jahren institutionelle Anleger wie Fonds und Pensionskassen im Süden, nun auch in private Firmen. Daraus ergaben sich zahlreiche kürzere Finanzkrisen wie die in Asien 1997.

Um sich dagegen abzusichern, häuften viele Entwicklungs- und Schwellenländer – allen voran China – in den 2000er Jahren hohe Währungsreserven in US-Staatsanleihen an, schreibt Lubin. In diesen Reserven sieht er den Grund, warum viele Entwicklungsländer trotz hoher Schuldenstände momentan nicht akut von Überschuldung bedroht seien. Die von den USA geprägte Weltfinanzordnung aber werde allmählich durch eine von China geprägte ersetzt. Chinas Nachfrage, vor allem nach Rohstoffen, sei heute entscheidend für die Preise der Ausfuhr Güter und damit die Handelsbilanz vieler Südländer; das Konjunkturprogramm Pekings habe sie in der Finanzkrise 2008 gerettet, und China sei nun auch ein großer Kapitalgeber.

Zugang zu ausländischem Kapital ist laut Lubin gut für Entwicklungsländer – es sei denn, deren Eliten brächten das Geld gleich wieder ins Ausland. Wie das Finanzwesen dies erleichtert und anrühige Geschäfte fördert, behandelt er nicht. Nicholas Shaxson richtet seinen Blick auf diese dunkle Seite: Er sieht in einem übermäßig gewachsenen Finanzsektor einen Parasiten, der dem Rest der Wirtschaft schade.

Shaxson ist Journalist und setzt sich für Steuer-gerechtigkeit ein (vgl. seinen Beitrag in welt-sichten

9/2019). In dem Buch schildert er, wie in London der Handel mit US-Dollar außerhalb der Regeln des Bretton-Woods-Systems, das den Kapitalverkehr beschränkte, dieses System bis 1973 sprengen half. Er verfolgt, wie dann London, gefolgt von anderen Staaten wie Irland und Luxemburg, ein Schattenfinanzsystem schuf und diese Staaten gemeinsam einen Wettlauf um niedrige Steuern in Gang setzten.

Shaxson nimmt auch Theorien auseinander, mit denen all das gerechtfertigt wurde und wird. Trotz des komplizierten Themas machen bezeichnende Vorfälle und Zitate das Buch unterhaltsam. In den Details über Schwarzgeld, Monopole, Absprachen und Theorien kann man allerdings manchmal die Orientierung verlieren. Shaxson erklärt etwa hervorragend, wie Trusts und verschiedene Arten von Derivaten funktionieren und anrühige Geschäfte ermöglichen, wie private Finanzierer den britischen Staatshaushalt plündern dürfen und was bei den großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften im Argen liegt. Diese Passagen sind aber für

eilige Leser auf den ersten Blick nicht zu finden, das Inhaltsverzeichnis hilft da wenig.

Die Details sind aber auch eine große Stärke des Buches. Shaxsons Diagnose, der wuchernde Finanzsektor nehme mit Hilfe von Politikern das Gemeinwesen aus, ist im Einzelnen belegt – auch mit Zitaten von Insidern. So gehen einige Finanzjongleure offen davon aus, das Gesetz gelte für sie nicht. Shaxsons Schluss, Politiker wie Tony Blair und Gerhard Schröder hätten sich zu deren Lakaaien oder Komplizen gemacht und die staatliche Finanzregulierung gelähmt, wirkt überzeugend.

Beide Bücher ergänzen sich. Lubin zeigt, dass die Weltfinanzordnung politisch gestaltet wird, besonders von Großmächten, und wie sich die Stellung der Entwicklungsländer darin ändert. Shaxson hingegen betont, dass der Finanzsektor wirksam reguliert und begrenzt werden muss und es daran heute fehlt. Mit seltener Klarheit schildert er, wie große Teile der Finanzwelt das Gemeinwesen abzocken dürfen.

Bernd Ludermann



Nicholas Shaxson  
**The Finance Curse**  
 How Global Finance is Making us all Poorer  
 The Bodley Head, London 2018, 360 Seiten, ca. 17 Euro

## Entwicklung für Einsteiger

**Das Buch des amtierenden deutschen Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bildet eine gute Diskussionsgrundlage zum Thema Chancen und Grenzen globaler Zusammenarbeit.**

In einer Reihe von Kapiteln widmet sich Entwicklungsminister Gerd Müller den Bereichen Bevölkerungswachstum, Megastädte, Müll, Klimaschutz, Flüchtlingspolitik, globale Lieferketten und Friedenspolitik. Das Buch ist übersichtlich und zugänglich geschrieben und liefert eine gute Mischung aus Fakten, Einblicken aus Partnerländern und in die Arbeit eines Ministers vor Ort im globalen Süden.

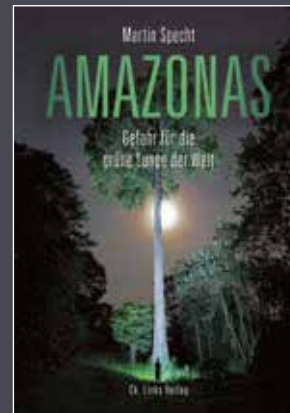
In Bezug auf das Bevölkerungswachstum in Uganda beispielsweise kritisiert es, dort fehle es an „Einsicht der Regierenden, der Kirchen und Schulen (...), dass das Bevölkerungswachstum eine fatale Dynamik auslöst bestehend aus Not, Elend, Hunger, Flucht und dass es Chancen gibt, dem entgegenzusteuern“. Etwa durch einen erweiterten Green Deal zwischen Europa und Afrika inklusive Investitionen in Zukunftstechnologien und erneuerbare Energien. Man kann einem CSU-Minister diese optimistische, technologiegebundene und an die Möglichkeiten der deutschen Industrie geknüpfte Zukunftsvision nicht unbedingt verdenken, aber sie bleibt bisweilen im seichten Fahrwasser bekannter Denkmuster verhaftet.

Bei Problemen wie wachsenden Megastädten und Müllmengen konstatiert Müller: „Freiwilligkeit hat es schwer. Globale Märkte ohne Regeln gehen meist den Weg der höchsten Rendite zulasten der Umwelt in fernen Ländern.“ Das ist keine bahnbrechende Erkenntnis, aber die Rolle des Entwicklungsministeriums als Anwalt und Mahner zu glo-

balen Fragen ist nach wie vor unverzichtbar. Allerdings bleiben seine Vorschläge oft im Abstrakten. Immer wieder enthält das Buch Passagen, in

Anzeige

## Große Flüsse und ihre Gefährdungen



Martin Specht  
**Amazonas – Gefahr für die grüne Lunge der Welt**

Martin Specht berichtet von den Menschen vor Ort, den geopolitischen Konflikten und von den vielfältigen Anstrengungen, Amazonien zu retten.

Hardcover  
 224 Seiten, 30 Abbildungen  
 ISBN 978-3-96289-079-7  
 25,- €



Terje Tvedt  
**Der Nil – Fluss der Geschichte**

»Dieses Buch hat das Zeug zum Klassiker.«  
*Klassekampen (Oslo)*

Hardcover mit Schutzumschlag  
 592 Seiten  
 ISBN 978-3-96289-098-8  
 35,- €

erscheint im Oktober 2020



Gerd Müller  
**Umdenken**  
 Überlebensfragen der Menschheit  
 Murmann Publishers GmbH,  
 Hamburg, 2020, 195 Seiten, 20 Euro

denen traditionelle außenpolitische und außenwirtschaftliche Ansätze einer radikaleren entwicklungspolitischen Vision gegenüberstehen. So fragt Müller, wo Audi, Daimler und MAN auf den afrikanischen Märkten bleiben, und ignoriert, dass die Metropolen afrikanischer Städte schon jetzt unter dem explodierenden, von Verbrennungsmotoren getriebenen Individualverkehr leiden.

Dabei gelingt die Darstellung des Kerngeschäfts der Entwicklungszusammenarbeit durchaus anschaulich. Wenn der Präsident des Tschad im Gespräch erklärt, dass sich kranke Bürgerinnen und Bürger ja in Europa oder in den USA behandeln lassen könnten, während sein Besucher noch unter den Eindrücken des Besuchs einer örtlichen Klinik steht, macht das ein Problem greifbar. Vor allem nach verschiedenen Besuchen in Afrika setzt sich Müller für Boden- und Katasterreformen ein, die vor allem Frauen mehr Teilhabe und Zugang zu Krediten ermöglichen können. Das Buch ist kein radikales Manifest und die Entwicklungszusammenarbeit könnte sicherlich noch

mehr anecken – gerade wenn es um globale Nachhaltigkeit, Fairness und die Beseitigung von Ungleichheiten geht, die zu einem entscheidenden Teil darauf zurückzuführen sind, wie man im globalen Norden konsumiert und handelt. Immerhin gelingt es dem Minister aber, seinen Job einem breiteren Publikum verständlich zu machen. Man nimmt ihm ab, dass er sich ernsthaft für Entwicklungspolitik einsetzt; das war ja bei einigen seiner Vorgänger nicht selbstverständlich. Die Bebilderung verzichtet auf stereotype Fotos vom Bäume pflanzenden oder vor der Dorfschulklasse erscheinenden Besucher, was zu dem modernen Erscheinungsbild beiträgt.

Das Buch leistet einen wichtigen Beitrag, die Bedeutung von Entwicklungspolitik als eigenständigem Politikfeld zu unterstreichen. Zudem liefert es viel Material, um Interesse an globalen Themen zu wecken. Gerade für Bildungsarbeit und Diskussionen mit engagierten Laien über die Möglichkeiten und Grenzen von Entwicklungspolitik eignet sich Umdenken gut.

**Tobias Denskus**

## Machtwechsel durch Worte und Symbole?

**Rachel S. Salzman porträtiert die BRICS-Staaten als Herausforderer der politisch-ideologischen Vormachtstellung des Westens. Sie beschreibt prägnant die (erneute) Abkehr Russlands vom Westen und sein Bündnis mit China, Indien, Brasilien und Südafrika.**

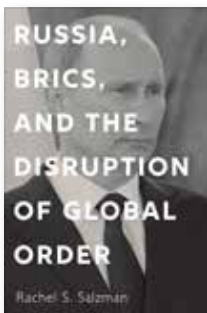
Ursprünglich machte der Begriff BRIC als Investmentstrategie für die aufstrebenden Schwellenländer die Runde. Dass Russland daraus ein politisches Gegenprojekt gegen den Einfluss des Westens macht, beschreibt Rachel Salzman in ihrem Buch. Sie zeigt, wie sich diese Idee mit dem ersten BRIC-Gipfeltreffen am Rande der G8 im Jahre 2008 und der Aufnahme Südafrikas im Jahre 2011 zur heutigen BRICS konkretisierte. Als Historikerin und Slawistin konzentriert sie sich vor allem auf die Rhetorik der russischen Führung. Sie begründet dies damit, dass die Herausforderung des Westens durch die BRICS vor allem diskursiv sei, von Worten und Symbolen herrühre. Allerdings gehört zur Macht von Worten und Symbolen auch deren Rezeption durch andere – ein Punkt, der in ihrem Buch leider unterbelichtet bleibt.

Salzman stellt die These auf, dass der Zusammenschluss der BRICS-Gruppe vor allem auf strukturell ähnlichen Interessen der Mitgliedsstaaten beruhe und daher von innenpolitischen Macht- und Regierungswechseln weitgehend unberührt bleibe. Dass sie damit Recht hat, zeigt die Fortführung des BRICS-Bündnisses selbst unter dem Trump-freundlichen brasilianischen Präsidenten Bolsonaro. In ihren beiden ersten Kapiteln verortet Salzman den Ursprung des BRICS-Projekts in der Frustration über die Politik von USA und EU nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Die betreffe weniger die westlich-liberale Welt-

wirtschaftsordnung, von der die BRICS schließlich selbst profitierten. Russland und seine Partner kritisierten vielmehr die willkürliche und selektive Praxis der Sanktionierung und Einmischung des Westens in die Belange anderer Staaten unter dem Vorwand humanitärer Gründe oder des Schutzes der Demokratie. Außerdem bedeute Demokratie für die BRICS-Staaten auch eine ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechende Teilhabe an zentralen Organen der Global Governance. Sie seien zwar Teil der G20, aber nicht ihrem Gewicht entsprechend etwa im Internationalen Währungsfonds oder, was Brasilien, Indien und Südafrika angeht, im UN-Sicherheitsrat repräsentiert.

Im Großteil des Buches rekonstruiert die Autorin die russische BRICS-Politik vor, während und nach der Ukraine-Krise 2014. Russland verstehe die Zusammenarbeit der BRICS-Staaten vor allem als Mittel zum Aufbrechen des westlichen Herrschaftsanspruchs. Institutionell und in der praktischen Politik sei die BRICS-Kooperation jedoch – abgesehen von einer kurzen Phase der Unterstützung Russlands gegen westliche Sanktionen 2014/15 – „seicht“ geblieben und habe sich gerade nicht in Richtung einer verbindlichen, institutionalisierten Zusammenarbeit entwickelt.

Für die Buchpublikation ergänzt die Autorin ihre auf Russland konzentrierte Dissertation um ein kurzes Kapitel zur Sichtweise Indiens und Chinas auf das BRICS-Projekt; auf Brasilien und Südafrika geht sie jedoch nicht näher ein. Salzman erwähnt darin, dass China anders als Russland die BRICS nicht auf geopolitische Fragen beschränkt, sondern sie als Teil seines Projekts ansieht, im Rahmen der Belt and Road Initiative einen neuen, auf China zentrierten Wirtschafts-



Rachel S. Salzman  
**Russia, BRICS, and the Disruption of Global Order**  
 Washington, DC, Georgetown  
 University Press 2019  
 175 Seiten, ca. 29 Euro



raum zu schaffen. Daher gibt es nun eine BRICS-Entwicklungsbank (New Development Bank) und einen eigenen Währungspool (Contingency Reserve Arrangement), sozusagen eine BRICS-Weltbank und einen BRICS-IWF. Es wird deutlich, dass China innerhalb der

BRICS und auch weltpolitisch immer mehr Führungsverantwortung übernimmt. Ein aktuelles Buch über die BRICS müsste daher nun über Russland hinausgehen und sich auf China konzentrieren.

Hartwig Hummel

## Keine Erlösung, nirgends

In dem Roman, der in den 1990er Jahren spielt, beschreibt der iranische Exilschriftsteller Shahriar Mandanipur, wie Gewalt und religiöse Willkürherrschaft die Beziehungen der Menschen in seiner Heimat zerstören.

Amir hat einen Arm im Krieg verloren, und sein Gedächtnis, das ist der Ausgangspunkt des Romans. Verletzt wurde Amir in den 1980er Jahren als Soldat im Iran-Irak-Krieg. Zunächst vegetierte er fünf Jahre in einer Anstalt für Kriegstraumatisierte vor sich hin, dann fand ihn seine Familie und holte ihn zu sich nach Hause. Jetzt versucht er, bei Vater, Mutter und Schwester sein Leben zu rekonstruieren. Das einzige, woran er sich noch erinnern kann, ist seine Verlobte, die er als „Augenstern“ bezeichnet, weil er ihren Namen nicht mehr weiß. Zusammen mit seiner Schwester Reyhaneh streift der Protagonist durch Teheran und sucht nach alten

Freunden und Weggefährten. Doch sein Leben bleibt ein Puzzle, in dem viele Teile fehlen.

Der Autor wurde 1957 in der iranischen Stadt Shiraz geboren. Romane und Kurzgeschichten veröffentlicht er seit den späten 1980er Jahren, den Iran-Irak-Krieg hat er selbst als Soldat miterlebt. Er gehört zu den bekanntesten iranischen Schriftstellern, lebt aber seit 2006 mit Unterbrechungen in den USA. Im Iran dürfen seine Bücher nicht erscheinen.

Die Geschichte, die Mandanipur in seinem Roman erzählt, hat verschiedene Ebenen. Neben der unmittelbaren Gegenwart stehen die Einlassungen zweier Engel, die jeweils auf Amirs rechter und seiner linken Schulter sitzen und die Erlebnisse kommentieren, an die er sich erinnert. In der islamischen Tradition steht der rechte für die guten, der linke für die schlechten Taten eines Menschen; die Bilanz entscheidet, ob er nach seinem Tod ins Paradies kommt. Allerdings geraten die Engel



Shahriar Mandanipur  
**Augenstern**  
Unionsverlag, Zürich 2020  
448 Seiten, 24 Euro

Anzeige

Einzelheft 10 €  
Im Abo 6,55/5,10 €

9'20

Blätter für  
deutsche und  
internationale  
Politik

Probeabo  
2 Monate  
nur 10 €

USA vs. China:  
Der Kampf des Jahrhunderts  
Adam Tooze

Roosevelts New Deal:  
Vorbild und Verheißung  
Steffen Lehndorff

Die Zukunft nach Corona:  
Für eine sozial-ökologische Wende  
Jörg Hofmann

Die »Carbon Bubble«:  
Finanzwirtschaft am Kippunkt?  
Jörg Haas und Barbara Unmüßig

Israel: Feministinnen für den Frieden  
Alexandra Senfft

30 Jahre Einheit:  
Die zweite Chance  
für Europa  
Jürgen Habermas

Vom Ku-Klux-Klan  
zu Donald Trump  
Sarah Churchwell



Die größte politische Monatszeitschrift  
im deutschen Sprachraum | **blaetter.de**

im Verlauf der Erzählung des Öfteren in Streit, weil sich manche Ereignisse nicht eindeutig bewerten lassen.

In Einschüben und Rückblenden durchlebt Amir die Grausamkeit des Krieges wie im Flashback noch einmal – sinnlose Einsätze, zu denen er als Offizier Soldaten in den Tod schickte, Quälereien der Soldaten untereinander, die Konfrontation mit Gegnern, die auch Menschen waren. Aber es geht auch um das ausschweifende Leben Amirs vor dem Krieg, um seine fast schon obsessiven sexuellen Erlebnisse. Sie nehmen breiten Raum im Roman ein und stehen im Gegensatz zu den sittenstrengen islamischen Vorstellungen seines Elternhauses und des Staates. Nach einer Party mit viel Alkohol wird Amir von den Revolutionsgarden festgenommen und ausgepeitscht, nur sein Vater kann

Schlimmeres verhindern. Danach ist das Verhältnis zwischen Vater und Sohn dauerhaft gestört. Amir verkörpert die Jugend, die gegen alles anrennt, wofür die Islamische Republik steht, dabei aber keine klare eigene Haltung findet. Die Konflikte mit seinem Vater und seiner sich unterordnenden Schwester und Mutter spiegeln die Zerrissenheit des Landes.

Man braucht etwas Geduld, um in die vielen Erzählebenen der Geschichte einzusteigen. Aber man bekommt dann vielschichtige, meist erzählerisch überzeugende Einblicke in eine Gesellschaft, in der eine religiös-ideologische Willkürherrschaft das Leben der Menschen durchdringt und ihre Beziehungen untereinander nachhaltig zerstört.

**Claudia Mende**

## KULTURTIPP

# Tausendfüßlern ganz nah



**In Wirklichkeit kleiner: Modell einer Ameise im Landesmuseum Natur und Mensch Oldenburg.**

ERIK HILLMER/  
LANDESMUSEUM  
NATUR UND MENSCH  
OLDENBURG

Maulwürfe, Regenwürmer, Springschwänze: Unter der Erde leben zahlreiche Tiere und andere Organismen wie Bakterien und Pilze. Manche Tiere – etwa der Maulwurf – sind mit bloßem Auge sichtbar, andere, wie kleine Fadenwürmer, dagegen nicht. Alle sind ein Teil des Ökosystems Boden, das für das menschliche Überleben genauso wichtig ist wie Wasser oder Luft. Die internationale Wanderausstellung im Landesmuseum Natur und Mensch in Oldenburg beleuchtet dieses Ökosystem.

Der erste Abschnitt widmet sich dem Leben im Boden. Gezeigt werden verschiedene Bodenorganismen, also Tiere, Bakterien und Pilze. Hier wird unter anderem erklärt, wie Bodenorganismen Tierkadaver und Pflanzenreste in Nährstoffe für Bäume und die Land-

wirtschaft umwandeln. Der zweite Abschnitt widmet sich den Unterschieden zwischen verschiedenen Bodentypen und zeigt, wie sie entstanden sind. Dabei geht es auch darum, wie sich die Beziehung zwischen Mensch und Boden in den vergangenen 2000 Jahren verändert hat, etwa durch die Landwirtschaft oder die Versiegelung von Flächen durch Bauprojekte. Aufbereitet werden die Informationen auf Schautafeln und mithilfe von Filmen und Multimedia-Animationen. Zudem gibt es sieben vergrößerte dreidimensionale Modelle von verschiedenen Bodenorganismen. In einem durchsichtigen Glaskasten können die Besucherinnen und Besucher lebendigen Regenwürmern bei der Arbeit zuschauen.

Die Ausstellung wirft auch ein Licht auf die Methoden zur Erfor-

schung von Böden und der Organismen, die in ihnen leben. Unter anderem wird die sogenannte Edaphobase vorgestellt, eine Datenbank zur Biodiversität im Boden, die Daten aus der ganzen Welt zusammenführt. Obwohl intakte Böden für das Ökosystem des Planeten unabdingbar sind, werden sie vielerorts durch die menschliche Nutzung beschädigt. Auch das greift die Ausstellung auf, indem sie illustriert, welche Nutzungsformen – etwa der Anbau von flächenintensiven Nutzpflanzen wie Soja – die Böden zerstören.

Ein Highlight der Ausstellung ist die Virtual-Reality-Präsentation. Mithilfe einer Virtual-Reality-Brille können Besucherinnen und Besucher erleben, wie es ist, auf die Größe einer Assel zu schrumpfen. Um das 200-fache kleiner kann man sich durch das Tunnelsystem eines Regenwurms oder den Laubstreue eines Buchenwalds bewegen und begegnet dort Milben, Springschwänzchen und Tausendfüßlern auf Augenhöhe.

## Oldenburg

Bis 17. Januar 2021

### Die dünne Haut der Erde –

### Unsere Böden

Landesmuseum Natur und Mensch  
Oldenburg

Telefon: +49-441-40570-300

E-Mail: [Museum@naturundmensch.de](mailto:Museum@naturundmensch.de)  
[www.naturundmensch.de](http://www.naturundmensch.de)

## Impressum

### Redaktion:

Bernd Luderhann (bl, verantw.),  
Tillmann Elliesen (ell), Barbara Erbe  
(erb), Melanie Kräuter (mek),  
Moritz Elliesen (me, Volontär),  
Sebastian Drescher (sdr, online)

Emil-von-Behring-Straße 3,  
60439 Frankfurt/M.;  
Postfach 50 05 50, 60394 Frankfurt/M.  
Telefon: 069-580 98 138;  
E-Mail: [redaktion@welt-sichten.org](mailto:redaktion@welt-sichten.org)

### Ständig Mitarbeitende:

Katja Dorothea Buck (kb), Tübingen;  
Ralf Leonhard (rld), Wien;  
Claudia Mende (cm), München; Philipp  
Saure (ps), Brüssel; Samanta Siegfried  
(sam), Bern; Christina Stucky (cst), Bern;  
Marina Zapf (maz), Berlin

### Ansprechpartner in Österreich:

Gottfried Mernyi, Kindernothilfe Österreich,  
Dorotheergasse 18, 1010 Wien.

**Herausgeber:** Verein zur Förderung der  
entwicklungspolitischen Publizistik e.V.  
(VFEP), Klaus Seitz (Vorsitzender),  
Brot für die Welt, Caroline-Michaelis-  
Straße 1, 10115 Berlin

**Mitglieder im VFEP:** Brot für alle (Bern),  
Brot für die Welt (Berlin), Christoffel-  
Blindenmission (Bensheim), Fastenopfer  
(Luzern), Kindernothilfe (Duisburg),  
Misereor (Aachen)

Die Rubrik „Global-lokal“ erscheint in  
Kooperation mit der Servicestelle Kom-  
munen in der Einen Welt/Engagement  
Global gGmbH.

**Anzeigenleitung:** Yvonne Christoph,  
m-public Medien Services GmbH,  
Zimmerstraße 90, 10117 Berlin,  
Tel.: 030-325321-433, [www.m-public.de](http://www.m-public.de)

### Grafische Gestaltung:

Angelika Fritsch, Matthias Koch



Gedruckt auf  
100% Recy-  
clingpapier mit  
dem blauen  
Engel.



**Druck:** Strube Druck&Medien OHG,  
Stimmerswiesen 3, 34587 Felsberg

**Verlegerischer Dienstleister:**  
Gemeinschaftswerk der Evangelischen  
Publizistik gGmbH, Frankfurt/M.

**Preis der Einzel-Nr.:** 6,90 Euro /  
8,90 sFr zuzügl. Versandkosten  
**Preis im Jahresabonnement:**  
54,90 Euro, ermäßigt 41,18 Euro.  
Preisänderungen vorbehalten

ISSN 1865-7966 „welt-sichten“

# Empfehlen Sie WELT-SICHTEN weiter. Es lohnt sich!



- sachlich
- kritisch
- gründlich

## Verbreiten Sie Denkanstöße

Sie schätzen unsere lebendigen Berichte und fundierten Analysen – und Sie kennen Kolleginnen, Freunde oder Verwandte, die welt-sichten vielleicht auch interessiert? Dann empfehlen Sie uns bitte weiter! Wir bedanken uns dafür mit einer Prämie.

### Ihre Vorteile:

- Der neue Leser bekommt welt-sichten für 54,90 Euro neunmal im Jahr nach Hause geliefert – oder als Studierender für nur 41,18 Euro. Voller Onlinezugang ist inbegriffen.
- Der Werbende kann zwischen drei attraktiven Prämien wählen. Sie müssen kein Abonnent sein, um neue Leser zu werben – aber Sie dürfen natürlich!

## Im nächsten Heft UMGANG MIT DEM ERBE DES KOLONIALISMUS

Wie sieht ein Namibier, dessen Großmutter Zeitzeugin des vom Deutschen Reich verübten Völkermords war, die Verhandlungen über eine Entschädigung? Ist der Kolonialismus Ursache für heutige Missstände in Afrika? Inwiefern hat auch die Schweiz vom Kolonialismus profitiert? Und welche Rolle spielt für die Jugend in Indien heute noch die frühere Kolonisierung ihres Landes?

## Bitte diesen Coupon ausfüllen und abschicken an:

Redaktion „welt-sichten“  
Postfach 50 05 50  
60394 Frankfurt/Main

Oder füllen Sie dieses Formular online aus:  
[www.welt-sichten.org/leser-werben-leser](http://www.welt-sichten.org/leser-werben-leser)

## Ja, ich habe WELT-SICHTEN weiterempfohlen

Als Dankeschön möchte ich, sobald die von mir geworbene Person ihr WELT-SICHTEN-Abonnement bezahlt hat, folgende Prämie\*:

- den Krimi „Öl auf Wasser“ von Helon Habila
- „Rückkehr durch die Hintertür“ von Eperi Hau'ofa
- den welt-sichten-Thermobecher



Die Prämie soll geschickt werden an:

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

POSTLEITZAHL, ORT

KUNDENNUMMER (FALLS VORHANDEN)

DATUM | UNTERSCHRIFT DES WERBERS

\* Der neue Abonnent darf nicht identisch mit dem Werber sein oder in einem gemeinsamen Haushalt mit ihm leben.

**Informationen zum Datenschutz:** Verantwortliche Stelle ist der Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V., Emil-von-Behring-Straße 3, 60439 Frankfurt/M., E-Mail: [redaktion@welt-sichten.org](mailto:redaktion@welt-sichten.org), Telefon: +49 69 58098-138. Ihre Daten werden vom weisungsgebundenen Auftragsverarbeiter Gemeinschaftswerk der Evang. Publizistik (GEP gGmbH), Frankfurt/M., verarbeitet. Ihre Daten werden nur für die Zwecke Ihrer Bestellung und der Kundenbindung verwendet. Es besteht keine Absicht, Ihre personenbezogenen Daten an einen Empfänger in einem Drittland zu übermitteln. Aufbewah-

## Ja, ich möchte auf Empfehlung des Werbenden WELT-SICHTEN abonnieren.

Ich erhalte das Magazin für globale Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit neunmal im Jahr in den Briefkasten und habe vollen Zugang zur Onlineausgabe von WELT-SICHTEN. Das unbefristete Abonnement kann jederzeit – jeweils vier Wochen bis zum Erscheinen der nächsten Ausgabe – gekündigt werden.

- Ich zahle den normalen Preis (inklusive Versand) von jährlich 54,90 Euro in Deutschland oder 69,75 Euro in Europa (Preisänderungen vorbehalten).
- Ich bin Studierender und erhalte gegen Vorlage des Studierendenausweises 25 Prozent Rabatt: Ich zahle für das Jahresabo 41,18 Euro (mit Versand, Preisänderungen vorbehalten).

Mein Abonnement soll mit folgender Ausgabe beginnen:

- Ausgabe 11-2020
- Ausgabe 12-2020/1-2021
- Ich möchte WELT-SICHTEN erst einmal testen und wünsche ein kostenloses Probeheft.

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

POSTLEITZAHL, ORT

E-MAIL (FREIWILLIG, NUR FÜR EVENTUELLE NACHFRAGEN)

- Ich möchte auch den kostenlosen wöchentlichen Newsletter „weekly“ mit aktuellen Berichten zur Entwicklungspolitik abonnieren an die vorstehende E-Mail-Adresse.

DATUM, UNTERSCHRIFT DES NEUEN LESERS

Ihr 14-tägiges Widerrufsrecht: Sie können diesen Vertrag innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Detaillierte Informationen über Ihr gesetzliches Widerrufsrecht erhalten Sie mit Ihrer Rechnung oder finden Sie unter [www.welt-sichten.org/widerrufsbelehrung](http://www.welt-sichten.org/widerrufsbelehrung)

rungsfristen (Löschfristen) richten sich nach gesetzlichen Vorschriften. Ihnen steht ein jederzeitiges Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten sowie auf Berichtigung unrichtiger Daten und auf Löschung Ihrer Daten sowie auf Einschränkung der Verarbeitung nach den Vorschriften der DSGVO zu. Sie haben das Recht, formlos jederzeit der Verarbeitung mit Wirkung für die Zukunft zu widersprechen. Sie haben das Recht der Beschwerde gegen die Datenverarbeitung bei der für uns zuständigen Aufsichtsbehörde: Der Hessische Datenschutzbeauftragte, Wiesbaden.





rechtgeben.de

# UNSER **MORGEN** ENTSCHEIDET SICH **HEUTE!**

Doch wir Kinder werden ausgenutzt,  
uns wird wehgetan und wir haben  
nicht genug zu essen. **Kinderrechte  
schützen. Gibst Du uns recht?  
Dann spende für unsere Rechte.**

Kinder aus Indien

**kinder  
not  
hilfe**

ÜBER 60 JAHRE  
GEMEINSAM WIRKEN

Foto: Jakob Stübner / Konzeption und Design: Galle Balschauer GmbH / © Kindermohle